



# akzente

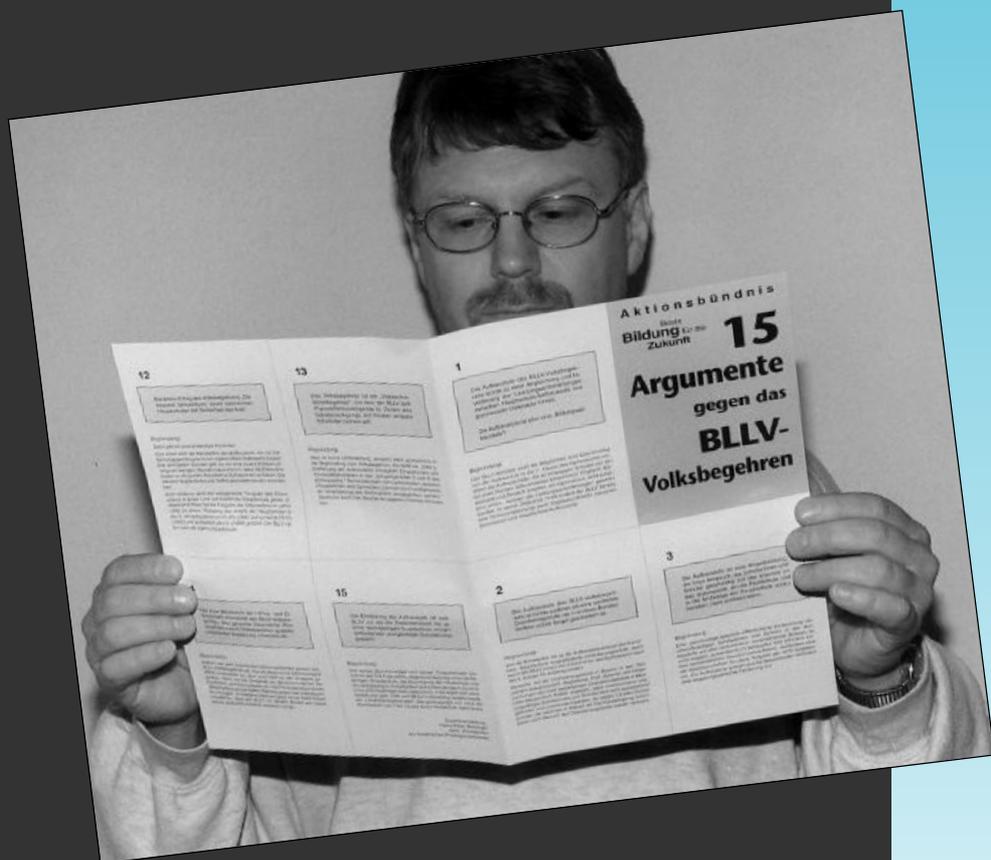
BERUFLICHE BILDUNG IN BAYERN

Unsere Themen:

- VLB bekennt sich zum Reformkonzept der Staatsregierung
- Leitlinien des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit zur dualen Berufsausbildung
- Bildungsoffensive Bayern
- Einführung der zweistufigen Wirtschaftsschule
- Die Verantwortung der beruflichen Schule
- Die Kunst des Zuhörens
- Entwicklung der Persönlichkeit in der Erzieherausbildung
- Vorbereitungsdienst in der Schußlinie
- Neuorientierung im Deutschunterricht nötig
- Sokrates-Comenius 1 – eine Zwischenbilanz
- KOLIBRI, ein neuer Modellversuch zur Lernortkooperation

## Was sagt das Aktionsbündnis?

Beste  
**Bildung** für die  
Zukunft



*Lesen Sie dazu das beigelegte Falblatt in der Heftmitte*

## HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 595270  
Telefax: (089) 5504443  
Internet: <http://www.vlb-bayern.de>  
e-mail: VLBBayern@aol.com

## REDAKTION

Peter Thiel  
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn  
Telefon: (0931) 707691  
Telefax: (0931) 707691 und 7953113  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon/Telefax: (0931) 661415  
e-mail: mruf97@aol.com

## ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 595270  
Telefax: (089) 5504443

## GESTALTUNG

p. m. e. GmbH  
Nonnengarten 8, 97270 Kist bei Würzburg  
Telefon: (09306) 9061-0  
Telefax: (09306) 906161

## DRUCK

Helmut Preußler-Verlag  
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg  
Telefon: (0911) 95478-0  
Telefax: (0911) 542486

## ERSCHEINUNGSWEISE

**UND BEZUGSPREIS**  
„VLB akzente“ erscheint 11 x jährlich  
Jahresabonnement 55,- DM  
zuzüglich Versandkosten

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
decken sich nicht unbedingt mit der  
Meinung der Redaktion.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumentationsdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, in Dokumentationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK und im Dokumentationsring DOPAED bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 03/04/00: 21. 02. 00  
für Heft 05/00: 03. 04. 00  
für Heft 06/00: 02. 05. 00

ISSN 0942 – 6930

# INHALT:

## THEMA DES TAGES

- 3 Klares Bekenntnis zum Reformkonzept der Staatsregierung

## BILDUNGSPOLITIK

- 4 Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit einigt sich auf Leitlinien zur dualen Berufsausbildung  
7 Hans Wilhelm Thomé/Thomas Sachsenröder:  
Bildungsoffensive Bayern  
10 Reform der Wirtschaftsschule: Einführung der zweistufigen Form

## LEHRERSEITE

- 11 Josef Eisele: Die Verantwortung der beruflichen Schule  
13 Peter Thiel: „So hören Sie mir doch erst mal zu...“  
14 Werner Dirrigl: Entwicklung der Persönlichkeit in der Erzieherausbildung

## DIENSTRECHT

- 17 Manfred Greubel: „Vorbereitungsdienst – nein danke!“

## PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 18 Siegfried Hummelsberger: Neuorientierung im Deutschunterricht nötig?  
22 Dr. Klaus Hermann: Sokrates-Comenius 1 – Ein Zwischenbericht  
24 Kooperation der Lernorte in der beruflichen Bildung (KOLIBRI)

## AUS DEM VERBANDSLEBEN

- 25 Bezirks- und Kreisverbände: KV Nürnberg, KV Oberbayern-Nordwest und Südwest, KV Bayreuth-Pegnitz  
27 Referate und Fachgruppen: FG Hauswirtschaft, FG Bautechnik  
29 Senioren  
29 Personalien: Jurist mit Hang zum Pädagogischen

## UMSCHAU

- 32 VLB-Sport  
32 Termine  
34 Nachrichtliches

## JAHREINHALTSVERZEICHNIS 1999

Einhefter

### *In eigener Sache*

Erstmals wird VLB akzente in diesem Kalenderjahr in 10 Ausgaben erscheinen. Verlag und Redaktion haben sich entschlossen, zum Zweck der Informations-Strafung neben der bisherigen Doppelnummer 8/9 die Monate März/April zusammenzufassen.

Die Maßnahme läuft zunächst versuchsweise. Wenn sie sich als gangbar erweist, kann sie für die Zukunft festgeschrieben werden.

-red-

Titelfoto: P. Thiel

# Klares Bekenntnis zum Reformkonzept der Staatsregierung

Die von der Staatsregierung initiierte Reform der bayerischen Schullandschaft hat den BLLV mit einem Genkonzept unter dem Motto „Die bessere Schulreform“ auf den Plan gerufen. Mit in seinem Boot sitzen Bayerns Sozialdemokraten, die GEW und ein bayerischer Elternverband. Für diese Gruppierung hat die Angelegenheit eine solche Dringlichkeit, dass sie einen Volksentscheid anstrebt.

Zur Einleitung eines zunächst notwendigen Volksbegehrens waren 25 000 Unterschriften nötig, welche der BLLV im Herbst freilich leicht zusammenbrachte, da er allein schon rund 50 000 Mitglieder zählt. In einem zweiten Schritt geht nun vom 15. bis 28. Februar das Volksbegehren über die Bühne. Gewinnen die Initiatoren zehn Prozent der in Bayern Wahlberechtigten für sich, dann folgt der Volksentscheid, bei dem schließlich einfache Mehrheit genügt. Der Termin für das Begehren ist vom Bayerischen Innenministerium so gelegt, dass im Hinblick auf Einschreibungen und Klassenbildungen für das nächste Schuljahr baldmöglichst Klarheit besteht.

Mit seiner Reformidee stieß der BLLV freilich nicht überall auf Gegenliebe. Gegen sein Konzept formierte sich im Spätherbst ein „Aktionsbündnis“, dem neben allen Verbänden der bayerischen Wirtschaft verschiedenen anderen gesellschaftlichen Gruppen, vielen Einzelpersonlichkeiten aus Politik und Wirtschaft auch die abl-Verbände – und damit der VLB – angehören. Dieses Bündnis steht unter dem Motto „Beste Bildung für die Zukunft“.

Die Kontroverse zwischen der BLLV-Seite und der Staatsregierung trieb in den letzten Wochen und Monaten dem Höhepunkt zu. Es bleibt zu hoffen, dass dann, wenn der Bürger entschieden hat, die Kontrahenten zu dem Maß an Kooperation zurückfinden, das im Interesse der

Kinder und Jugendlichen unverzichtbar ist.

Durch seine Mitgliedschaft im Aktionsbündnis bringt der VLB zum Ausdruck, dass er Position bezieht, auch wenn es nicht unmittelbar um seine Belange geht. Er bekennt sich zum Aktionsbündnis u. a. deshalb, weil dieses auf der Grundlage des gegliederten Schulwesens argumentiert, und weil es zu der in Bayern praktizierten „Mehrgliedrigkeit“ aus der Sicht der beruflichen Bildung keine Alternative gibt.

Die beruflichen Bildungsgänge fordern dem jungen Menschen vermehrt nicht nur ein solides Grundwissen, sondern Abstraktionsfähigkeit ab. Immer mehr Bedeutung für die Bewältigung künftiger beruflicher Anforderungen gewinnen auch soziale Kompetenzen, Fremdsprachenkenntnisse und geistige Mobilität. Immer massiver aber auch werden die Klagen unseres Dualpartners über Defizite, welche die Lehrlinge bereits in den einfachen Kulturtechniken haben. Die Berufsschule kann Versäumtes nur begrenzt nachholen. Dies ist im übrigen auch nicht ihr Auftrag. Also muss der VLB ein nachhaltiges Interesse an der Bildungsarbeit der Vorläuferschulen haben.

Inbesondere die im BLLV-Konzept vorgesehene Aufbaustufe – Alternative sozusagen zur sechstufigen Realschule – fordert zum Widerspruch heraus: Diejenigen Schülerinnen und Schüler, denen der Übertritt ins Gymnasium nach der 4. Jahrgangsstufe nicht möglich ist, sollen in einer zweijährigen Aufbaustufe aufgerüstet werden und den Schulwechsel dann nochmals versuchen können. Dazu soll der Wille der Eltern allein genügen. Der Unterricht in der Aufbaustufe ist für alle Schüler grundsätzlich gleich. Aspiranten für den verspäteten Übertritt ins Gymnasium oder in die (vierstufige) Realschule erhalten lediglich ein paar Zusatzstunden in Deutsch, Englisch

und Mathematik. Am Gymnasium sollen sie dann – in einer Klasse, welche bereits zwei Jahre lang gymnasial geschult ist – voll mithalten können, andernfalls droht ihnen nach einem Jahr Probezeit die Rückversetzung an die Hauptschule. Man stelle sich den Leistungsdruck vor, unter den die „Ärmsten“ da geraten. Besonders pädagogisch klingt das jedenfalls nicht.

Eine Rückversetzung kann stark am ohnehin labilen Selbstwertgefühl der Dreizehnjährigen nagen und ein unterkühltes Verhältnis zu Schule und Lernen nach sich ziehen. Dies bliebe nicht ohne Auswirkungen auf den späteren beruflichen Bildungsweg.

Was wir in der beruflichen Bildung brauchen sind junge Leute, die nicht nur den bereits genannten Anforderungen gerecht werden, die darüber hinaus ein gesundes Selbstwertgefühl und eine positive Einstellung zum Lernen mitbringen. Dies unabhängig davon, ob sie aus der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium kommen. Freilich setzt das auch entsprechend Vernunft bei den Eltern voraus. Falscher Ehrgeiz in Sachen Schullaufbahn erwies sich allemal als schädlich.

Für vernünftiger als mit einer Aufbaustufe und deren Pseudodurchlässigkeit zu operieren hält es der VLB daher, konsequent zu absolvierende Schullaufbahnen anzustreben, die dem Jugendlichen möglichst viele Erfolgserlebnisse vermitteln. Dabei sollte das Berufliche – unabhängig von der Schulart – einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die im Reformkonzept der Staatsregierung vorgesehene Möglichkeit übrigens, über den M-Zug der Hauptschule die Mittlere Reife zu erreichen, möge manche Eltern bewegen, künftig gelassener zu reagieren.

Wie gesagt, der VLB sitzt mit im Boot des Aktionsbündnisses. Er bekennt sich damit zum Reformkonzept der bayerischen Staatsregierung, mit dem bereits Schritte zur Schulentwicklung eingeleitet sind. Um eine Fortschreibung der Reform nicht aufs Spiel zu setzen, bittet der VLB darum, das Volksbegehren nicht zu unterschreiben. 

## Denkansätze zur künftigen Berufsausbildung, Teil 4:

## *Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit einigt sich auf Leitlinien zur dualen Berufsausbildung*

HERMANN SAUERWEIN

Die Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hat es geschafft, ein Konsenspapier zur **strukturellen Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung** zustande zu bringen. Mit Beschluss vom 22.10. 99 wurde ein umfassendes Positionspapier verabschiedet und kann – wie wir meinen – als tragfähiges Konzept für die weitere Diskussion um die berufliche Erstausbildung und die Weiterbildung angesehen werden.

Wir stellen Ihnen dieses Papier in Auszügen zur Verfügung, mit der Bitte, es an den bisher veröffentlichten Papieren des DIHT, des ZDH, der Arbeitgeber-Verbände zu spiegeln und das Ergebnis in die Diskussion vor Ort einzubeziehen.

Wir sind der Meinung, dass die in diesem Konsenspapier gemachten Aussagen zur Aufgabe der Berufsschule, zu ihrem Stellenwert, zur Kooperation der Lernorte, ja zur Aus- und Weiterbildung insgesamt, eine gute Basis für die anstehende Diskussion bilden.

### Rahmenbedingungen:

Die Entwicklung hin zur Informationsgesellschaft, zunehmender globaler Wettbewerb und mehr Kundenorientierung erfordern die flexible Anpassung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsverfahren an die neuen Bedingungen. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten der Betriebe zur Teilnahme an der Berufsausbildung verbessert werden, um nicht nur dem qualitativen Bedarf der Wirtschaft, sondern auch den quantitativen Herausforderungen eines ausreichenden und auswahlfähigen Angebots an betriebli-

chen Lehrstellen gerecht zu werden.

Deshalb muss auch die duale Berufsausbildung stärker auf die sich rasch verändernden Geschäfts- und Produktionsprozesse ausgerichtet werden und den Einzelnen in die Lage versetzen, sich eigenständig, eigenverantwortlich und flexibel auf neue Anforderungen einstellen zu können. Dazu müssen die Strukturen der dualen Berufsausbildung noch stärker so gestaltet werden, dass Betriebe und Berufsschulen die erforderlichen Handlungsspielräume für bedarfsgerechte Berufsbildungsmaßnahmen erhalten. Auf diese Weise kann ein drohendes Auseinanderdriften von Berufsbildungs- und Beschäftigungssystem vermieden werden. Dies entspricht nicht nur einem wirtschaftspolitischen Anliegen, sondern sichert gleichzeitig die Zukunftschancen der Jugendlichen.

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen haben sich die Bündnispartner auf Ziele, Grundprinzipien und Gestaltungsmerkmale für eine mittelfristige strukturelle Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung verständigt.

### Ziele der Berufsausbildung:

Die Bündnispartner sind übereinstimmend der Auffassung, dass eine moderne, umfassend und langfristig verwertbare Berufsausbildung darauf gerichtet sein muss:

- Die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zu befördern, um berufliche Entwicklungschancen für alle zu eröffnen,
- die Fähigkeit zum Lernen sowie die Motivation junger Menschen zu entwickeln, neue Anforderungen zu erkennen und Qualifizierungsmöglichkeiten aktiv in allen Phasen ihres Berufslebens zu

nutzen,

- den Bedarf von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft an qualifizierten und vielseitig einsetzbaren jungen Fachkräften zu decken,
- den Übergang in eine Beschäftigung unmittelbar im Anschluss an die Ausbildung zu ermöglichen.

Die Strukturen des Berufsausbildungssystems müssen so weiterentwickelt werden, dass sie den Erhalt und die Schaffung leistungsfähiger betrieblicher Ausbildungsplätze, auch in wachsenden und neuen Beschäftigungsfeldern sowie in innovativen Bereichen, befördern und Anknüpfungspunkte für berufliche Weiterbildung bieten.

Der Zugang zur dualen Berufsausbildung, die rund zwei Drittel eines Altersjahrgangs wählen, muss für alle Jugendlichen unabhängig vom Schulabschluss offen stehen. Die Verantwortlichen für das allgemeinbildende Schulwesen in den Ländern sind gefordert, die Anstrengungen verstärkt fortzusetzen, damit Schulabgängerinnen und Schulabgänger die für eine erfolgreiche Berufsausbildung nötige persönliche und fachliche Ausbildungsreife erreichen.

### I. Grundprinzipien einer modernen dualen Berufsausbildung

Die Bündnispartner haben sich auf Grundprinzipien als tragfähige Basis für die weitere Organisation und Gestaltung der dualen Berufsausbildung verständigt, um das duale System zukunftsfest zu gestalten. Dabei ist die gemeinsame Verantwortung der Sozialpartner für die Entwicklung und Ausgestaltung der Ausbildungsberufe im Konsens unverzichtbar.

Im wesentlichen sollen folgende Eckpunkte die Grundlage der strukturellen Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung bilden:

1. **Ausbildungsberufe** müssen sich an für den Arbeitsprozess typischen Qualifikationsbündeln für fachlich zusammenhängende Tätigkeiten orientieren. Sie sind unter Wahrung des Berufsprinzips so zu gestalten, dass neue Entwicklungen der Arbeitswelt in

- der Ausbildung dynamisch nachvollzogen werden können und spezifische Ausprägungen in der Ausbildung möglich sind.
2. Die Kombination von Lernen und Arbeiten ermöglicht die Herausforderung von **beruflicher Handlungsfähigkeit** (Berufsbefähigung), die auf der Grundlage umfassender Qualifikationen einen möglichst reibungslosen Übergang in das Erwerbsleben gestattet. Selbständiges Planen, Durchführen und Kontrollieren muss dabei schon während der Ausbildung durch die Anwendung des fachlichen Wissens und Könnens und anhand konkreter beruflicher Aufgaben und Prozesse gelernt werden.
  3. Berufsausbildung schafft die Voraussetzungen für **Mobilität im Beruf und am Arbeitsmarkt** durch die Vermittlung von beruflicher Handlungskompetenz sowie die Förderung der Bereitschaft und Fähigkeit zum lebensbegleitenden Weiterlernen.
  4. Die neuen Herausforderungen machen es erforderlich, dass **Betrieb und Berufsschule** zum Gelingen der Berufsausbildung **inhaltlich und organisatorisch verstärkt kooperieren**.
  5. Aufgrund der veränderten Anforderungen müssen die Prüfungen im dualen System weiterentwickelt werden. Sie sollen die betriebliche und berufliche Realität widerspiegeln. Dabei sind der **öffentlich-rechtliche Charakter der Abschlussprüfung**, eine unabhängige Qualitätskontrolle der Ausbildung und bundeseinheitliche Standards zu gewährleisten.
  6. Die Schaffung von Ordnungsmitteln muss durch Maßnahmen zur zügigen **Implementierung in die Ausbildungspraxis vor Ort** begleitet werden.

## II. Gestaltungsmerkmale dualer Berufsausbildung

Die Bündnispartner haben vereinbart, die für die Durchsetzung dieser Prinzipien notwendigen Schritte gemeinsam anzugehen.

### 1. Beschäftigungsfähigkeit durch neue oder modernisierte, arbeitsmarktverwertbare Ausbildungsberufe, die differenziert und flexibel gestaltet sind

- 1.1. Durch zusammenfassende und in der Ausbildung ausprägbare Beschreibungen der Ausbildungsinhalte soll die Flexibilität und Dynamik von Ausbildungsordnungen verstärkt werden. Eine zu detaillierte Festlegung der in der Berufsausbildung zu vermittelnden handlungsorientierten Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten würde dies beeinträchtigen.
- 1.2. Ein modernes Berufskonzept als Gestaltungsprinzip für die Ordnung beruflicher Erstausbildung kann nicht für alle Berufe Niveau, Breite und Dauer einheitlich vorgeben. Die Ausrichtung des Berufskonzepts auf die Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt erfordert eine flexible Handhabung mit dem Ziel, existierende und für den Einzelnen mit möglichst dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten und mit Entwicklungsperspektiven verbundene berufliche Tätigkeiten zusammenzufassen.
- 1.3. Berufe mit eher breiten und weniger tiefen fachlichen Qualifikationen stehen berufsbildungspolitisch gleichwertig neben anderen, die mehr in die Tiefe gehende fachliche Qualifikationen erfordern, aber weniger breit angelegt sind.
- 1.4. Bei der Ordnung des betrieblichen Teils der Berufsausbildung wird an der Bundeseinheitlichkeit und Gleichwertigkeit der Inhalte der Berufsabschlüsse festgehalten; bestehender Differenzierungsbedarf in Ausbildungsberufen erfordert nicht andere Regelungsebenen, sondern eine offene Ausgestaltung der jeweiligen Ausbildungsordnung. Durch flexible Ordnungsstrukturen soll den jeweiligen Qualifikationsanforderungen vor Ort entsprochen werden.
- 1.5. Um dies zu verwirklichen
  - verpflichten sich die Bündnispartner – unter Wahrung des

Konsensprinzips – zu einem straffen Neuordnungsverfahren von Ausbildungsberufen. Verfahren zur Modernisierung von Ausbildungsberufen sollen nicht länger als 12 Monate dauern, Verfahren zur Entwicklung neuer Ausbildungsberufe nicht länger als 24 Monate. Die Verantwortung für den Erlass von Ausbildungsordnungen liegt bei der Bundesregierung;

- werden die Sozialpartner den Beginn des Verfahrens zur Entwicklung und Modernisierung von Ausbildungsberufen durch einen zügigen Abschluss des vorangehenden Meinungsbildungsprozesses beschleunigen;
- werden die Bündnispartner die schnelle Übernahme neuer bzw. neu geordneter Berufe in die Ausbildungspraxis durch gezielte Information und entsprechende Hilfen für die Ausbildungsbetriebe unterstützen.

### 2. Wahlpflichtbausteine und Zusatzqualifikationen

- 2.1 Komplexe fachliche, fächerübergreifende und personale Qualifikationsanforderungen der Betriebe wie auch die berechtigten Erwartungen junger Menschen an einen möglichst reibungslosen Übergang in das Erwerbsleben stehen nach Auffassung der Bündnispartner einer Auflösung der beruflichen Erstausbildung in schrittweise zu erwerbende und nachgewiesene Teilqualifikationen entgegen. Das würde die Transparenz beruflicher Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt erheblich einschränken und eine geringere berufliche Mobilität der jungen Fachkräfte zur Folge haben sowie den Prüfungsaufwand in nicht kalkulierbarem Maße steigern.
- 2.2 Deshalb halten die Bündnispartner am Ziel einer anerkannten Berufsausbildung für alle Jugendlichen fest.
- 2.3 Die Flexibilität der Berufsausbildung kann durch Ordnungskonzepte erhöht werden, die – als Ergänzung von für den Beruf

gemeinsamen Qualifikationen – unterschiedliche Kombinationen aus Wahlpflichtbausteinen ermöglichen oder eine Differenzierung der Ausbildung entsprechend dem zu wählenden Einsatzgebiet zulassen.

- 2.4 Darüber hinaus sollen den Jugendlichen nach Möglichkeit Zusatzqualifikationen angeboten werden, die während oder im unmittelbaren Anschluss an eine Berufsausbildung zusätzliche vertiefte Fachkenntnisse und/oder berufsübergreifende Qualifikationen gestatten. Dazu gehören ergänzende spezifische Qualifikationen im Berufsbereich oder berufs- bzw. gewerkeübergreifende und regional differenzierte Qualifikationen, die mit dem jeweiligen Tätigkeitsbereich korrespondieren oder ihn ergänzen.

### 3. Erhalt individueller Ausbildungs- und Berufschancen durch strukturelle Differenzierung – Reaktion auf unterschiedliche Leistungsvermögen

- 3.1 Die beruflichen Anforderungen werden sich in den nächsten Jahren weiter wandeln, allerdings nicht durchgängig erhöhen. Es wird weiterhin Arbeitsplätze mit weniger komplexen Anforderungen geben, für die ausgebildet werden kann und muss. Neue, für Ausbildungsberufe tragfähige Tätigkeitsfelder müssen nach Überzeugung der Bündnispartner auch in diesem Bereich voll ausgeschöpft werden.
- 3.2 Die Bündnispartner sind sich einig, dass sich das Anspruchsniveau und die Verwertbarkeit einer Berufsausbildung im Beschäftigungssystem nicht an der Ausbildungsdauer bemessen, sondern vor allem an den Inhalten, die in den Ordnungsmitteln gefordert werden. Bei den Neuordnungsverfahren soll unter diesem Gesichtspunkt der im Berufsbildungsgesetz (§ 25 und § 26) und der Handwerksordnung (§ 25 und § 26) eröffne-

te Spielraum voll ausgeschöpft werden.

- 3.3 Bei der Festlegung der Ausbildungsdauer von Berufen kommt es insbesondere darauf an, wieviel Zeit zum Lernen, zur notwendigen Einübung und Wiederholung beruflicher Fähigkeiten bis zu deren sicherer Beherrschung im Arbeitsprozess durchschnittlich erforderlich ist und nicht darauf, ob stärker theoretische oder stärker praktische Ausbildungsinhalte vermittelt werden.

### 4. Prüfung und Zertifizierung erworbener Qualifikationen

- 4.1 Öffentlich-rechtliche Abschlussprüfungen dienen der Feststellung der Berufsfähigkeit im erlernten Beruf.
- 4.2 Handlungsorientierte Berufsausbildung sowie komplexe und zunehmend an betrieblichen Prozessen orientierte Ausbildungsinhalte müssen nach Auffassung der Bündnispartner stärker als bisher auch in den Abschlussprüfungen ihre Entsprechung finden.
- 4.3 Die Bündnispartner werden bis Ende 2000 prüfen, ob und ggf. in welcher Weise Leistungsfeststellungen der verschiedenen Lernorte in die Abschlussprüfung einbezogen werden können.
- 4.4 Zwischenprüfungen zur Ermittlung des Ausbildungsstandes haben nach Auffassung der Bündnispartner im Hinblick auf die am Ende der Ausbildung nachzuweisende berufliche Gesamtqualifikation einer selbständig handelnden Fachkraft in ihrem bisherigen Zuschnitt an Bedeutung eingebüßt.

### 5. Mobilität für Entwicklung im Beruf sowie flexiblen Einsatz auf dem deutschen und europäischen Arbeitsmarkt

- 5.1 In einer beruflichen Erstausbildung erworbene Qualifikationen sollen den Einstieg in die erste Berufsphase ermöglichen. Deshalb bleibt eine breit angelegte Berufsausbildung mit der

notwendigen fachlichen Spezialisierung notwendig. Sie reicht aber nicht für ein ganzes Berufsleben. Kontinuierliches, organisiertes und selbstgesteuertes Lernen im Arbeitsprozess wird die berufliche Aus- und Weiterbildung der Zukunft auf allen Qualifikationsebenen prägen.

- 5.2 Nach Auffassung der Bündnispartner muss der Auftrag an die berufliche Erstausbildung, auf lebensbegleitendes Lernen innerhalb und außerhalb des Berufslebens vorzubereiten, zu einer echten Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung auch beim Zugang zu weiteren Bildungsgängen, einschließlich der Hochschulen, führen.
- 5.3 Die Bündnispartner sind der Auffassung, dass im zusammenwachsenden Europa ausbildungsbezogene Aufenthalte im europäischen Ausland, beispielsweise im Rahmen von Austauschprogrammen, zweckmäßig sein können, um jungen Fachkräften frühzeitig die Möglichkeit zum Erwerb von Europakompetenz zu geben und sie dadurch besser auf berufliche Aktivitäten im internationalen Kontext vorzubereiten. Im Mittelpunkt dieser Auslandsaufenthalte sollten insbesondere solche Inhalte stehen, die für eine spätere Berufstätigkeit von Bedeutung sind (z. B. auch Fremdsprachenkompetenz). Die Austauschprogramme sollen ausgeweitet und verstärkt genutzt werden. Eine Bund-Länder-Vereinbarung „Teilnahme von Berufsschülern/Berufsschülerinnen an Austauschmaßnahmen mit dem Ausland“ ist bereits abgeschlossen.

### 6. Kooperation der Lernorte

- 6.1 Die neuen Herausforderungen an die duale Berufsausbildung machen es erforderlich, dass das Zusammenwirken von Betrieb und Berufsschule im dualen System neu gestaltet wird.

- 6.2 Die Berufsschule und die Ausbildungsbetriebe erfüllen in der dualen Berufsausbildung einen gemeinsamen Bildungsauftrag. Die Berufsschule soll in diesem Rahmen durch die Vermittlung beruflicher und allgemeiner Lerninhalte unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der Berufsausbildung ihren Beitrag leisten. Damit erweitert sie die vorher erworbene allgemeine Bildung und trägt dazu bei, zur Erfüllung der Aufgaben im Beruf sowie zur Mitgestaltung der Arbeitswelt und Gesellschaft in sozialer und ökologischer Verantwortung zu befähigen.
- 6.3 Die Dualität der Lernorte erfordert nach Auffassung der Bündnispartner keinen permanenten zeitlichen und inhaltlichen „Gleichschritt“ der Lerninhalte in Betrieb und Berufsschule. Ebenso wie durch zeitli-

che Blöcke die Effizienz der Lernorte gesteigert werden kann, sind Möglichkeiten zu prüfen, den Berufsschulunterricht stärker nach inhaltlichen Blöcken zu gliedern. Die betriebliche Ausbildung an konkreten beruflichen Tätigkeiten kann so durch die Vermittlung grundlegender allgemeiner und berufsbezogener Qualifikationen und von systematischen Zusammenhängen in der Berufsschule an geeigneter Stelle im Ausbildungsprozess wirksamer unterstützt werden. Zur Verbesserung der Lernangebote in Betrieb und Berufsschule sollten die Möglichkeiten selbstorganisierten, durch neue Medien unterstützten Lernens verstärkt genutzt werden.

- 6.4 Nach gemeinsamer Auffassung der Bündnispartner müssen die Berufsschulen modern ausge-

stattet sein, um die neuen Anforderungen an eine moderne Berufsausbildung erfüllen zu können. Länder und Kommunen sind hier gefordert, ihre darauf gerichteten Anstrengungen verstärkt fortzusetzen. Die Betriebe werden aufgefordert, zur Verbesserung der Kooperation der Lernorte auch durch die Bereitstellung von Praktikumsplätzen im Rahmen der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer beizutragen. Die Bündnispartner haben sich darauf verständigt, sich verstärkt für die Ausbildung eines ausreichenden Nachwuchses an Berufsschullehrern und Berufsschullehrerinnen einzusetzen.

- 6.5 Der Bund wird die Entwicklung regionaler Kompetenzzentren als Kooperationspartner in der dualen Berufsausbildung in Pilotprojekten fördern. 

## Bildungsoffensive Bayern

HANS WILHELM THOMÉ/  
THOMAS SACHSENRÖDER

Über Schule wird wieder viel geredet und geschrieben, über Schülerleistungen (TIMS) ebenso wie über die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems. Dabei sind kritische Stimmen nicht zu überhören, wenn beispielsweise immer wieder bemängelt wird, dass Wissen und Können der Schulabsolventen nicht mit den veränderten Anforderungen in der Berufs- und Arbeitswelt Schritt halten. Wir müssen diese Kritik ernst nehmen, denn in der Wissensgesellschaft der Zukunft bestimmt die Qualität von Bildung und Ausbildung mehr denn je die Lebenschancen junger Menschen und die Wettbewerbschancen der Wirtschaft. Um mitzuhalten in der internationalen Konkurrenz, hat Bayern mit der „Bildungsoffensive Bayern“ den Startschuss gegeben für eine umfas-

sende Erneuerung der Schulen. Diese Bildungsoffensive hat drei wesentliche Zielsetzungen:

### – Innere Schulentwicklung

Sie umfasst all die Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Arbeit in der Schule beitragen. Dazu gehören die Entwicklung eines Schulprofils beim Unterrichtsangebot oder auch bei Angeboten außerhalb des Unterrichts; die Weiterentwicklung der Teamfähigkeit der Lehrerkollegien durch stärkeren Austausch und intensivere Zusammenarbeit auch bei der Verbesserung der Qualität von Unterricht; die bessere Einbeziehung von Eltern und Jugendlichen in die schulische Arbeit; eine verstärkte Eigenverantwortlichkeit der Schule als Voraussetzung für solche Entwicklungen; Veränderungen in der Lehrerausbildung und bei der Fortbildung.

### – Ausbau des Betreuungsangebots nach dem Unterricht

Aufbauend auf bereits vorhandenen Einrichtungen wird bis zum Sommer 2000 ein Konzept erarbeitet, das die schrittweise Einführung eines vielfältigen Mittags- und Nachmittagsangebots für Kinder und Jugendliche zum Ziel hat. Gerade wegen der zunehmenden Berufstätigkeit beider Elternteile gewinnt dieses Betreuungsangebot nach dem Unterricht immer mehr an Bedeutung.

### – Strukturelle Veränderungen im Schulsystem

Sie betreffen die Umgestaltung des Schulaufbaus, die Weiterentwicklung von Stundentafeln und die Profilierung von Abschlüssen. Beispiele hierfür sind die Reformen an Hauptschule, Realschule und Wirtschaftsschule (siehe Kasten S. 10).

Insbesondere die geplanten strukturellen Änderungen an Hauptschule und Realschule sind spätestens seit der Einleitung eines



Mit großem Engagement für die Bildungs-offensive Bayern: Ltd. MR Hans Wilhelm Thomé ...

Volksbegehrens durch den BLLV mit Unterstützung von SPD und DGB in den Mittelpunkt der bildungspolitischen Diskussion gerückt. Die Bayerische Staatsregierung hat die geplanten Reformen in einem Gesetzentwurf formuliert, über den der Bayerische Landtag in den zuständigen Ausschüssen zwar bereits beraten, aber im Hinblick auf das eingeleitete Volksbegehren noch nicht abschließend entschieden hat. Für die Vertreter der beruflichen Bildung, insbesondere für die Lehrer an beruflichen Schulen, stellt sich vor allem die Frage: Was bringen die geplanten strukturellen Änderungen im Schulsystem für die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung; mit welchen Verbesserungen können die beruflichen Schulen als Abnehmer der Jugendlichen aus der neuen Hauptschule und Realschule rechnen?

**Bildungspolitische Hintergründe**

Wesentliche Leitlinien für die Veränderung von Haupt- und Realschule sind die Anerkennung der individuellen Begabungen und die Berücksichtigung unterschiedlicher Lernweisen von Kindern und Jugendlichen. Sie sollen über ein differenziertes und durchlässiges Schulwesen und durch eine an ihren Begabungen orientierte Förderung möglichst große Chancen für schulischen Erfolg erhalten und aus einer Vielfalt von qualitativ hochwertigen Abschlüssen wählen können. Als Ergebnis der bildungspolitischen Diskussion in den 70er Jahren bleibt festzu-

halten, dass sich Gesamtschule, Orientierungsstufe und das Bildungsziel Abitur für alle nicht bewährt und demzufolge auch nicht durchgesetzt haben. Bayern hat sich dem schulischen Nivellierungstrend stets widersetzt und stattdessen sein gegliedertes Schulwesen fortentwickelt. Unterschiedliche Begabungen benötigen verschiedene Schularten mit jeweils eigenem Profil und eigener Art des Unterrichts. Das Anliegen der eingeleiteten strukturellen Reformen ist der weitere Ausbau und die begabungsgerechte Differenzierung von Haupt- und Realschule, um den Jugendlichen ein solides Fundament an Wissen, das Denken im größeren Zusammenhängen, die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen und mehr Entscheidungskompetenz zu vermitteln und sie damit auf die Anforderungen der Berufsausbildung und Arbeitswelt vorzubereiten.

**Mittlerer Abschluss und Praxis-klassen an der Hauptschule, Sechsstufige Realschule**

Die Möglichkeiten, an der Hauptschule einen mittleren Schulabschluss zu erreichen, sollen flächen-deckend ausgebaut werden. Ab der 7. Klasse kann die Förderung entsprechend begabter Schülerinnen und Schüler im „M-Zug“ (M-Klassen, M-Kursen) erfolgen. Damit gibt es an der Hauptschule einen vierjährigen Weg zum mittleren Schulabschluss, der den einjährigen, stark komprimierten Bildungsgang der F10 ablöst, nicht mehr also wie bisher auf ein Jahr in der 10. Klasse begrenzt.

Für Schülerinnen und Schüler mit großen Lernproblemen, die vor der Schulentlassung stehen und deutliche Schwierigkeiten haben, den Hauptschulabschluss zu bestehen, werden Praxisklassen eingerichtet. In diesen Klassen sollen die Jugendlichen in Be-

trieben am Ort, in Werkstätten außer-schulischer Partner oder in Berufsschulen praktische Erfahrungen sammeln. Die in der praktischen Arbeit vermittelten Erfolgserlebnisse sollen zugleich die Persönlichkeitsentwicklung stärken. Auch durch die Verbesserung der Kenntnisse in Deutsch, Mathematik und Arbeitslehre sollen die Chancen auf einen Ausbildungsplatz und für den Hauptschulabschluss verbessert werden.

Die Realschulen sollen u. a. auch aufgrund der äußerst positiven Ergebnisse des 1992 begonnenen Schulversuchs sechsstufig ausgebaut werden (R6). Dieser Schulversuch hat gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler durch das längere und kontinuierliche Lernen bessere Leistungen als in der vierstufigen Realschule erbringen und die Zahl der Wiederholer drastisch sinkt. Auch bleibt vielen Kindern, für die die Realschule der richtige Schultyp ist, der bisher häufig gewählte Umweg über das Gymnasium, der oft mit Misserfolgserlebnissen und Frustration verbunden war, erspart. Die R 6 kann ein breiter angelegtes Bildungskonzept umsetzen, durch das die Qualitätsstandards im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich sowie in



Weg durch die Hauptschule.

den Sprachen deutlich besser erfüllt werden.

**Auswirkungen der Schulreform auf die berufliche Bildung:**

- **Verbesserter Übergang ins Berufsleben durch die einjährige Praxisklasse an der Hauptschule**  
Beim Übergang von der Haupt-

schule in die Berufsausbildung haben wir seit Jahren einen Anteil von etwa 12% Jugendlicher mit Lernproblemen und sozialen Defiziten, die keinen Hauptschulabschluss erreichen und demzufolge Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Die Erfahrungen aus einer Vielzahl von Modellversuchen zeigen, dass diesem Personenkreis am besten geholfen werden kann, wenn bereits in der Hauptschule neben dem schulischen Lernen in größerem Umfang auch betriebliche Erfahrungen gewonnen werden. Diese Intensivierung der Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben und die damit einhergehende Stärkung des außerschulischen Praxisanteils führt zu einer wesentlich besseren Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen des beruflichen Lebens. Damit werden die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erheblich gesteigert. Für Schülerinnen und Schüler die diesen Sprung noch nicht schaffen, stehen die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung sowie das Berufsvorbereitungsjahr der Berufsschule weiterhin zur Verfügung. Hier bedarf es noch einer verbesserten inhaltlichen und organisatorischen Abstimmung zwischen Praxisklassen und den berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Insgesamt gesehen, werden die Praxisklassen für die Lernschwächeren wesentliche Verbesserungen an der Schwelle des Übergangs von der Hauptschule in die Berufsausbildung und das Arbeitsleben bringen. Parallel dazu müssen auf Bundesebene auch die Bemühungen zur Schaffung von Ausbildungsberufen für mehr praktisch begabte Jugendliche verstärkt werden. Die bayerische Staatsregierung hat hierzu im Rahmen des Bündnisses für Arbeit Initiativen ergriffen und die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert sowie die Sozialparteien, insbesondere die Gewerkschaften, gebeten, tarifpolitische Bedenken zurückzustellen und rasch praktikable Lösungen des Problems zu finden.



... und MR Thomas Sachsenröder

#### – Mehr Qualität durch neue mittlere Schulabschlüsse

Die Entwicklungen in der dualen und in der vollzeitschulischen Berufsausbildung zeigen, dass die Anforderungen an die schulische Vorbildung bei einem Teil der Berufe, z. B. im technischen Sektor sowie im Dienstleistungsbereich ständig steigen. In diesen Berufsfeldern ist die Vorgabe, dass jede Berufsausbildung im dualen System auf dem Hauptschulabschluss aufbauen müsse, längst von der Realität überholt worden. Ohne einen guten mittleren Schulabschluss sind bestimmte neue Berufe, wie z. B. die IT-Berufe, aber auch „klassische“ Berufe wie z. B. der Bankkaufmann, kaum noch zu erreichen. Ähnliches gilt für die vollzeitschulische Berufsausbildung. Bei den Bildungsgängen für Assistenten war ohnehin seit jeher ein mittlerer Schulabschluss bereits Zulassungsvoraussetzung. Diesen Entwicklungen muss das Schulwesen Rechnung tragen, um die zukünftigen Herausforderungen bestehen zu können.

#### – Neuer mittlerer Schulabschluss an der Hauptschule

Bislang war die Möglichkeit zum Erwerb eines mittleren Schulabschlusses an der Hauptschule begrenzt auf die freiwillig besuchte 10. Klasse, die auf die 9. Klasse „aufgesetzt“ war. Der M-Zug (M-Klasse, M-Kurs) bietet erstmals im Schuljahr 1999/2000 einen vierjährigen Bildungsgang, der in eigenen Klassen und Kursen sowie mit einer eigenen Abschlussprüfung in der 10. Klasse zum mittleren Schulabschluss führt.

Mit der Möglichkeit den mittleren Schulabschluss zu erwerben, wird die Hauptschule künftig eine Angebotsschule – wie das Gymnasium, die Realschule oder die Wirtschaftsschule.

Die Schülerinnen und Schüler können innerhalb der eigenen Schulart Hauptschule über vier Jahre konsequent auf den mittleren Schulabschluss vorbereitet werden. Der M-Zug legt seine Schwerpunkte auf die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch sowie das Lernfeld Arbeitslehre und die verstärkte Vorbereitung auf das Wirtschafts- und Arbeitsleben. Mit diesem mittleren Abschluss steht eine qualifizierte Ausbildung auch in anspruchsvollen Berufen offen. Die Berufsschule und die Berufsfachschulen werden somit künftig auch aus der Hauptschule ein größeres Potential an qualifizierten Schülerinnen und Schüler für die Berufsausbildung erhalten.

Die Steigerung der Qualität wird sich darüber hinaus auch auf die Fachoberschule (für Bewerber ohne Berufsausbildung) sowie auf die Berufsoberschule (für Bewerber nach abgeschlossener Berufsausbildung) positiv auswirken.

#### – Neue Abschluss der R6

Die sechsjährige Realschule kann ein breiter angelegtes und vertiefteres Bildungsangebot umsetzen als die vierjährige. Sie findet mehr Zeit für schüler- und handlungsorientierte Unterrichtsmethoden und die damit verbundene Anbahnung von Schlüsselkompetenzen, die auch für die Berufsausbildung und das Berufsleben von immer größerer Bedeutung werden. Die erhöhte mathematisch-naturwissenschaftliche und sprachliche Kompetenz entspricht den Anforderungen der Wirtschaft ebenso wie das Angebot einer zweiten Pflichtsprache (Europatauglichkeit). Insgesamt kann die Berufsausbildung durch die strukturellen Änderungen an der Realschule insbesondere in den theoretisch anspruchsvollen Berufen mit einer deutlich besseren Abschluss-

leistungen der Jugendlichen rechnen, weil durch die sechsjährige kontinuierliche Bildungs- und Erziehungsarbeit höhere Qualitätsstandards erreicht werden.

Auch bei der Fortsetzung der Bildungslaufbahn von Realschulabsolventen in der Fachoberschule und Fachhochschule sowie in der Berufsschule (mit Berufsausbildung) und Universität sind aufgrund der fundierteren Vorbildung an der R6 positive Effekte zu erwarten.

### Bayerische Schulwesen garantiert weiterhin Qualität

Die eingeleiteten Reformen wurden vor allem auch mit Blick auf die gewandelten Anforderungen in der Berufs- und Arbeitswelt konzipiert. Die Palette der beruflichen Anforderungsprofile ist hoch differenziert. Die Anforderungen und Tätigkeiten in der arbeitsteiligen Berufswelt sind so unterschiedlich wie die Begabungen und Neigungen unserer Kinder und Jugendlichen. Es ist daher eine der wichtigsten Aufgaben von Schule und Bildung, diesen individuellen Anlagen Raum zu geben, sie möglichst früh zur Entfaltung zu bringen und durch differenzierte Bildungsangebote das gesamte Leistungspotential der Heranwachsenden auszuschöpfen.

Nur ein nach Anforderungsprofilen und Abschlüssen gegliedertes Schülerwesen ist dazu in der Lage. Nicht die Vereinheitlichung von Bildungsgängen durch Gesamtschule, Orientierungsstufe bzw. Aufbaustufe ist „die bessere Schule“. Wer dies heute immer noch behauptet, negiert jahrzehntelange Negativerfahrungen, auch und insbesondere in der beruflichen Bildung. Die rechtzeitige begabungs- und leistungsgerechte Differenzierung in verschiedenen Schularten in Verbindung mit Offenheit und Durchlässigkeit zwischen den Schullaufbahnen ist der richtige Weg. Die Erfolge bayerischer Schul- und Bildungspolitik zeigen, dass es gilt, diesen Weg weiterzuentwickeln, um die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs, der neben der Wirtschaft längst schon die Bildungssysteme erfasst hat, zu bestehen. 

### Reform der Wirtschaftsschule: Einführung der zweistufigen Form

Weniger spektakulär, aber auch weniger umstritten ist die Reform der Wirtschaftsschule. Ab Schuljahr 2000/2001 soll die zweijährige Wirtschaftsschule neu eingeführt werden. Der Entwurf zur Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes, der derzeit vom Bayerischen Landtag beraten wird, sieht eine entsprechende Ergänzung des Artikels 14 vor. Sollte der Bayerische Landtag dieser Ergänzung zustimmen, was nach dem Ergebnis der Beratungen in den Ausschüssen zu erwarten ist, gibt es zukünftig die Wirtschaftsschule in zwei-, drei- und vierjähriger Form. Alle drei Bildungsgänge verleihen nach bestandener Abschlussprüfung den Wirtschaftsschulabschluss, der in bewährter Weise die berufliche und allgemeine Bildung miteinander verbindet und einem mittleren Schulabschluss gleichgestellt ist.

Die neue zweijährige Wirtschaftsschule ist ein Bildungsangebot, das sich besonders an Hauptschulabsolventen mit Quali richtet und ihnen den Weg in anspruchsvolle kaufmännische und verwaltende Ausbildungsberufe ebnet. Der Bildungsgang steht aber auch Jugendlichen aus der 9. Klasse der Realschule oder des Gymnasiums offen, die sich gezielt auf den Eintritt ins Berufsleben vorbereiten wollen. Noch mehr als bei der drei- und vierstufigen Wirtschaftsschule betont die zweistufige Wirtschaftsschule die wirtschaftsberuflichen Fächer. Nahezu 60 Prozent des Unterrichts entfallen auf diesen Bereich; rechnet man den wirtschaftsenglischen Anteil des Faches Englisch hinzu, sind es sogar deutlich mehr als 60 Prozent.

Die Einführung der zweistufigen Wirtschaftsschule wurde durch einen Schulversuch an staatlichen Wirtschaftsschulen sorgfältig vorbereitet. Die bisherigen Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler des Schulversuches in den Abschlussprüfungen, die mindestens ebenso gut, teilweise sogar besser waren als die ihrer Mitschüler aus der drei- und vierstufigen Wirtschaftsschule, sind ein zuverlässiges Indiz dafür, dass das Konzept stimmt. Die Konzentration des Unterrichts auf die Wirtschaftsfächer sowie die für alle Schülerinnen und Schüler obligatorische Arbeit in der Übungsfirma haben sicher zu diesem positiven Ergebnis beigetragen. Die Grundstruktur der Stundentafel des Schulversuchs soll deshalb weitgehend übernommen werden, ebenso die Aufnahmebedingungen.

Mit der gesetzlichen Verankerung der zweistufigen Wirtschaftsschule kann dieses Bildungsangebot auch an den kommunalen und privaten Wirtschaftsschulen eingerichtet werden. Die bisherigen besonderen 9. Klassen der Wirtschaftsschule, die ausschließlich Hauptschülern mit Quali offenstanden, werden eingestellt. Das neue Bildungsangebot ist deutlich besser auf die Vorbildung der Hauptschulabsolventen zugeschnitten und ist somit weit mehr als ein Ersatz für die besonderen 9. Klassen.

#### Weiterentwicklung der Stundentafel

Sobald der Gesetzgeber die Aufnahme der zweistufigen Wirtschaftsschule in das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz beschlossen hat, was noch in diesem Schuljahr zu erwarten ist, muss die Wirtschaftsschulordnung entsprechend geändert werden. Diese Änderung soll zum Anlass genommen werden, auch die Stundentafel der Wirtschaftsschule weiterzuentwickeln und der Entwicklung im Bereich der beruflichen Qualifikationsanforderungen einerseits und im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken andererseits anzupassen. Dabei stellt sich unter anderem die Frage, welcher Stellenwert der Schreibtechnik in der Wirtschaftsschule weiterhin zukommt. Nach unseren Planungen soll Kurzschrift zukünftig nicht mehr für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend angeboten, sondern in das Wahlpflichtfach Bürokommunikation integriert werden. Textverarbeitung soll hingegen Pflichtfach bleiben. Außerdem ist daran gedacht, die Möglichkeiten für Projektarbeit auszuweiten, auch unter Einbeziehung der Textverarbeitung, und die Stundentafel zu flexibilisieren, um den Gestaltungsfreiraum der Schulen zu erweitern. So ist unter anderem vorgesehen, dass

- der Unterricht in einzelnen Pflichtfächern ganz oder teilweise in ein anderes Schuljahr verlagert werden kann,
- über die Stundentafel hinaus bis zu zwei Wochenstunden allgemeinbildender oder fachlicher Pflicht- oder Wahlpflichtunterricht (ausgenommen in Prüfungsfächern) erteilt werden kann und
- der Wahlfachkatalog gestrichen wird und die Schulen über die Einrichtung von Wahlfächern entscheiden.

Die geplanten Änderungen der Schulordnung und der Stundentafel erfolgen in enger Abstimmung mit den Lehrerverbänden, den Eltern und der Wirtschaft. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass die Änderungen der Stundentafel ab Schuljahr 2000/2001 wirksam werden.

Thomé/Sachsenröder

## Die Verantwortung der beruflichen Schule



JOSEF EISELE

Von Reformvorschlägen und Reformbedürftigkeit im Bildungswesen ist zur Zeit nicht nur gelegentlich die Rede, das Bedürfnis zu reformieren zeigt sich bei jedem Blick in Fachzeitschriften, Verbandszeitschriften und bei vielen ministeriellen Verlautbarungen. Je allgemeiner die pädagogischen Gestaltungsbereiche und je größer die Institutionen sind, desto anspruchsvoller klingen die Forderungen nach Reformen und die Vorschläge für die Durchführung. So verbreiten sich mit großer Geschwindigkeit Begriffe, welche vorgeben, einen neuen Theorieansatz in Didaktik und Methodik zu enthalten und sie werden schnell geläufig. Als Beispiele seien „Handlungsorientierter Unterricht“, „Projektunterricht“, „an neue Sozialstrukturen angepasster Unterricht“, „sich an neuen Medien ausrichtender Unterricht“ angeführt: Schlagwörter ersetzen schnell die Begriffe, aber die Genauigkeit der Begriffe, wenn sie je bestanden hat, leidet unter der Geschwindigkeit und der Verbreitung. Schlagwörter ermöglichen den Rückzug aufs Unverbindliche, bilden aber noch lange nicht die Grundlage für eine wirkliche Reform.

Je konkreter und beweiskräftiger die Reformansätze in schulischen Institutionen werden sollen, desto schwieriger gestalten sich ihre praktische Verwirklichung und Bewährung. Vielfach gerät, was als Reform gedacht war, zur Farce und zum Aktionismus. Welcher didaktische Nutzen, welcher pädagogische Ge-

winn von manchem „Projekt“, von manchem xy-orientierten Unterricht übrigbleibt, zieht man die Anteile ab, die dazu dienen, das Ganze für Schüler schmackhaft, d.h. in Wirklichkeit unterhaltend zu machen, weiß jeder erfahrene und in diesen Unterrichtsweisen geübte Lehrer. „Flexibilisierung“, „Kommunikationstraining“, Selbststeuerung und Selbsterfahrung sind für Schüler motivierend und notwendig, sie dürfen aber nicht in eine Art von Selbstüberlassung ausarten, weil sonst der Aufwand in keinem gesunden Verhältnis mehr zum Lerngewinn steht. „Trial and error“ gehört zum Forschergeist, darf aber nicht zur Fallenstellerei werden. Moderne Verfahren, ausgegeben als Unterricht versuchen oft die pädagogischen Irrtümer zu beseitigen, die es ohne sie nicht gäbe – um es in Anlehnung an einen Aphorismus (Lichtenberg) zu sagen.

Was auffällt, ist der Trend, alles, was technisch aufwendig und machbar ist, auch für pädagogisch sinnvoll und wünschenswert zu erachten: Nicht nur, dass das Mittel den Zweck zu heiligen scheint, das Mittel wird überdies immer mehr dem Zweck gleichgesetzt.

Am Beispiel Computer: Die Freude über die schnell gewonnene Vielfalt und Menge der Informationen also über das „Was“ verdrängt die wesentlichere Frage nach dem „Woher“, dem „Warum“, dem „Wozu“ und die entscheidende Frage nach Qualität und Wahrheit. Das Werkzeug ist zum Werkstück geworden.

Am Beispiel Naturwissenschaft: Die Naturwissenschaftler suchen, finden und sammeln Kenntnisse um der Kenntnisse und der Erkenntnis willen. Die Frage nach der Verantwortbarkeit, die mit der Anwendung und Ausbeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse verbunden ist, stellen sie beim Forschen nicht und sie lehnen auch jede Verantwortung ab. Die Pädagogik muss aber über die „Pädagogikwissenschaft“ hinaus gehen.

Am Beispiel Wirtschaft: Sie setzt insgeheim ihr eigentliches Ziel, die

Bedürfnisbefriedigung, die Bedarfsdeckung mit den Begriffen Bedürfnisweckung und Profitmaximierung gleich, ohne Rücksicht auf die Frage, ob sie um des schnell greifbaren Profits willen mehr vernichtet als sie zu erzeugen imstande ist. Die Pädagogik darf nicht denselben Weg gehen.

Woran fehlt es? Notwendig ist eine Neubesinnung, vielleicht auch eine Rückbesinnung.

Notwendig ist die Besinnung auf die Ziele. Was wollen wir überhaupt? Wenn es nur um die Erlernung von (beruflichen) Fertigkeiten geht, dann könnte man wohl die Schule in die Betriebe verlagern, hierzu bedarf es keinerlei staatlicher Förderung und Einmischung. Wenn es nur um „Vermittlung von Wissen“ geht, auch dann böten betriebliche Ausbildungsstätten vereinzelt möglicherweise sogar den effizienteren Weg, insbesondere angesichts der zunehmenden Spezialisierung.

Es scheint, dass die einzige Rechtfertigung für eine staatlich verantwortete Schule in dem Bereich liegt, der anscheinend bewusst vernachlässigt oder gar gelehnt wird: Diesem Bereich sind alle Fragen nach den Grundwerten menschlichen Handelns zugeordnet.

Mag es zum Beispiel in Verbindung mit Fragen der Wirtschaft (Wirtschaftslehre) sinnvoll sein, die Entstehung des BIP (Bruttoinlandsprodukt, ähnlich Bruttosozialprodukt), seine Größe, seine Verwendung zu kennen, wichtig und unerlässlich ist es, z. B. nach dem Zusammenhang von BIP und Lebensqualität zu fragen oder die Art der Produkte und der Produktion zu beurteilen. Mag es zum Beispiel bei der Information der Schüler über rechtliche Vorschriften (Rechtkunde) zweckmäßig sein, die Verjährung von Schulden und ihre Fristen zur Kenntnis zu bringen, die Frage nach dem moralischen Fortbestand der Schuldigkeit darf nicht vernachlässigt werden. Mag es zum Beispiel in Verbindung mit dem Training des mündlichen und schriftlichen Ausdrucks (Deutsch) sinnvoll sein, elegante und durchgestylte Geschäftsbriefe zu verfassen, so ist es unerlässlich, bei den Schülern die Frage nach der Wahr-

heit des Inhalts zu wecken. In einer betrieblichen Schule, deren Effizienz am Ende unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gemessen wird, bleiben bestimmte Fragen ausgespart, die zu stellen die vorrangige Aufgabe der staatlichen Schule ist, welche auch die Aufgabe hat, Aufsicht zu üben. Daraus leitet sie auch ihre Existenzberechtigung ab. Wenn aber dort das Erreichen von „Schlüsselqualifikationen“ im Sinne von instrumentalen Fertigkeiten das höchste Ziel ist, aber die Vorstellung von Tugenden (ein unnötig gefürchteter Begriff) und das Insistieren auf ihnen als überflüssiges, moralisches, vielleicht gar als fortschritthinderliches und lästiges Beiwerk gilt, wenn dies so wäre, dann bedürfte es des dualen Systems nicht mehr. Dann wäre aus Kostenersparnisgründen eine Privatisierung der Berufsschulen anzustreben. Dann hätten Pädagogen wie Aloys Fischer und Georg Kerschensteiner ausgedient.

Notwendig ist auch die Neubesinnung auf die Aufgaben und Bedeutung der Lehrerinnen und Lehrer. Sie dürfen sich nicht umfunktionieren oder degradieren lassen. Ihr Auftreten wird öfters gleichgesetzt mit der aus dem Fernsehen bekannten und dort sicher berechtigten Rolle des Moderators. Aber der Vergleich muss zu Ende gedacht werden: Unterricht im Stil von Talkshow und Zuschauerbeschäftigung, gemessen an Einschaltquoten? Während sich die Einsicht breit macht, dass die Schule, also die Lehrer, immer mehr dort einspringen müssen, wo das Elternhaus fehlt oder seine Aufgabe nicht mehr erfüllen kann, verengen manche moderne Repräsentanten der Pädagogik die Rolle des Lehrers auf seine Tätigkeit der Wissensvermittlung, auf Gruppenbetreuung und Lernorganisation. Wenn in der Schule auf erzieherisches Wirken immer mehr verzichtet wird, hat das mit Fortschritt nicht das Mindeste zu tun, im Gegenteil: Es ist ein Rückschritt hinter die Einsichten aller bedeutenden Pädagogen. Denn ihre Ideen enthüllten sich aus oft bitteren Erkenntnissen und Erfahrungen. Ihre Lehren sind nicht so selbstverständlich, dass es nicht wert wäre, sie neu zu studieren.

Notwendig ist eine Neubesinnung auf die Aufgaben der Schulpolitik. Ein Staat, der darauf verzichten sollte, sich in seinen Schulen zu allgemein anerkannten und tradierten Werten zu bekennen und diese zu fördern, kann getrost die Schule privatisieren, gerade im beruflichen Schulwesen. Er würde sich aber auch seiner hoheitlichen Aufgabe entziehen. Die berufliche Schule bindet sich selbst und ihre Zöglinge an Wertkenntnisse. Diese sind aber nicht behindernd, sondern in Wirklichkeit befreiend, Weg bahnend, fürsorglich und nur gelegentlich repressiv. Während ein autoritär geführter Staat sich das Recht nimmt, nur einzelne, bestimmte Werte festzulegen und zuzulassen, hat eine demokratische Regierung die Pflicht, die Fülle der Werte und mögliche Konflikte aufzuzeigen und die Konsequenzen der diversen Wertentscheidungen und Wertenthaltungen vor Augen zu zuführen. Voraussetzung hierfür ist freilich, dass die Politik selbst nicht dem Zeitgeist hörig, sondern noch frei genug ist, ihre über den Augenblick hinausgehenden Aufgaben zu erfüllen. Voraussetzung ist ferner, dass führende Politiker nicht nur reagierend und pragmatisch tätig sind, sondern vorausschauend und planend. Politische Repräsentanten müssen neben der Aufgabe, alle gesellschaftlichen Erfordernisse und Interessen wahrzunehmen und ihnen gerecht zu werden, auch die Fähigkeit und Kraft haben, Ideen gebend zu gestalten und zu lenken. Für Bayern ist dieser Auftrag in seiner Verfassung in Artikel 131 niedergeschrieben. Er ist nicht nur Programmsatz oder romantische Interpunktion, sondern höchste gesetzliche Vorschrift.

Notwendig ist auch die Neubesinnung auf die Anforderungen, die an die Lehrerinnen und Lehrer zu stellen sind. Der „programmierte Unterricht“ hat bewiesen, dass auf die führende, strenge und liebende Hand der Lehrerinnen und Lehrer nicht zu verzichten ist. Es ist die Hand, die etwas vormacht, es ist die Hand, welche die Übungen und Hausaufgaben zeitaufwendig korrigiert und nicht nur im Hinblick auf Prüfungen Noten

vergibt. Es ist nicht die Hand, deren Finger nur Verbindungsglieder zu Computertasten sind. Bei der Bestimmung dessen, was die Anforderungen an die Lehrkräfte sind, ist besonders die Lehrerausbildung gefordert. Vor allem sind es die Seminare, welche neben der Berufseinweisung der jungen Lehrer die besondere Aufgabe haben, die von den Hochschulen angebotenen und rezipierten Theorien und Vorschläge der Praxis auszusetzen und ihre Bewährung zu überprüfen. Die Seminare müssen mehr eigenständige pädagogische Willensbildung betreiben und sich in Distanz zur Schlagwortaktualität halten. Sie müssen ihre eigene Sprache sprechen und sich Gehör verschaffen. Sie sind auch mehr als nur der verlängerte Arm der Prüfungsämter. Sie haben höchste Ansprüche zu stellen an Referendare, die nicht mehr Studenten sind, denen viel erlaubt und nachzusehen ist, sondern Studierende, für deren Tätigkeit die Bezeichnung „Job“ zu ungenau klingt, deren Tätigkeit Beruf ist und deren Aufgabe Berufung heißt: „Ihr seid das Salz der Erde“ (Matthäus, 5, 13).

Notwendig ist nicht zuletzt die Neubesinnung auf die Sprache. Es ist nicht schwer, aus dem Fundus von Altgriechisch und Latein beliebig viele Wörter zu erzeugen, die geschickt klingen. Es ist leicht für einen, der Englisch beherrscht, viele Wortvorgaben in der weltweiten englischsprachigen Literatur aufzufinden und sie als Fremdwörter einzubürgern. Viel schwieriger ist die richtige Entschlüsselung, die Entlarvung der klingenden Zeichen. Sie setzt nicht nur übersetzerische, sondern auch interpretatorische Fähigkeiten voraus. Die richtige Wiederverwendung der Wörter ist nicht nur eine Sache der Fachkenntnisse, sondern ebenso eine Sache des Charakters. Es ist nicht schwer zu bluffen. Aber nicht nur die Fachsprache der Pädagogen braucht eine ständige Pflege. Auch die Umgangssprache des Lehrers im Unterricht bedarf ihrer, weil sie unmittelbar Früchte trägt. Im Anfang war das Wort, der Textbaustein kam später. Der Turm zu Babel, aus Textbausteinen erbaut – eine reizvolle Vorstellung. 

Unsere Kolumne:

## „So hören Sie mir doch erst mal zu . . .“



PETER THIEL

Der kürzlich von der Staatsregierung in Nürnberg durchgeführte Berufsbildungskongress war mit seinem vielseitigen Informationsangebot und seinen rund 88 000 Besuchern gewiss ein Renner. Der Gesamteindruck jedoch wird recht schnell verblassen und in Erinnerung bleiben werden eher Einzelheiten, kleine Ereignisse am Rande des offiziellen Geschehens, das mehr Zufällige, nebenbei Bemerkte.

Anlässlich einer Podiumsrunde bei diesem Kongress, welche das Thema „Modularisierung in der Berufsausbildung“ zum Inhalt hatte, bezeichnete Prof. Dr. Hermann Schmidt, ehemals Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB), beispielsweise die Fähigkeit des Zuhörens als eine Schlüsselqualifikation mit zukunftsweisender Bedeutung. Die Aussage fiel eher nebenbei; sie enthält auch keine grundsätzlich neue Erkenntnis. Dennoch ist sie äußerst bemerkenswert. Richtiges Zuhören gilt als Zeichen von Wertschätzung und Annahme. Man merkt sehr schnell, wenn der Gesprächspartner – aus welchen Gründen auch immer – nicht bei der Sache ist, man ist unangenehm berührt, vielleicht sogar verstimmt.

Wenn der Dienstleistungsbereich künftig eine immer größere Bedeu-

tung erlangt, wie allenthalben behauptet wird, dann werden die „Dienstleistenden“ also umso mehr Erfolg haben, je mehr sie in der Lage sind zuzuhören, schon deshalb, weil die meisten Menschen diesbezüglich nicht gerade verwöhnt und für das Erlebnis der Wertschätzung umso dankbarer sind. Um aber nicht mißverstanden zu werden: Zuhören ist kein taktischer Trick zur Erhöhung des Verkaufserfolges. Es entspringt einem Gebot der Höflichkeit und ist Voraussetzung zu einer gediegenen Gesprächskultur.

Mit Worten dominieren, andere mit Argumenten erschlagen, das ist eine leider nur zu gern praktizierte Form der Gesprächsführung. Abschreckende Beispiele dazu finden wir zu Hauf, wir müssen nur das Fernsehen einschalten. „Lassen Sie mich doch erst einmal ausreden“, fordert der Politiker X in der Talk-Runde von seinem Kontrahenten oder er sagt: „So hören Sie mir doch erst mal zu“. Es geht dahin mit der Gesprächskultur, möchte man meinen, wenn man solche Sendungen verfolgt. Unergiebige Besprechungen „mit dem Sieg des Sitzfleisches über das Gehirn“, Besprechungen, bei denen viele der Anwesenden längst abgeschaltet haben, konflikt- und emotionsgeladene Gespräche, bei denen es nicht mehr um die Sache geht, bei denen vielmehr von vornherein feststeht, dass der andere auf dem Holzweg ist und Reaktionen, die fast ausschließlich bestimmt sind von subjektiver Wahrnehmung, das haben wir alle zur Genüge schon erlebt. Und in irgendeiner Weise haben wir negativ darauf reagiert.

In der Tat, das, was vordergründig betrachtet so banal aussieht, nämlich einem anderen zuzuhören und den Inhalt seiner Worte vollwertig zur Kenntnis zu nehmen, ist alles andere als selbstverständlich.

Manfred Lucas behauptet in seinem Buch „Die Kunst des Zuhörens“: „Die meisten Menschen sind ganz und gar ineffektive Zuhörer.“

Aufgabe der Berufsschule ist es u.a. Schlüsselqualifikationen zu vermitteln. Deshalb müssen wir uns also anschicken, die Schüler für das Zuhören zu sensibilisieren. Es genügt freilich nicht, dessen Bedeutung theoretisch zu erläutern, es kommt – wie immer bei solchen erzieherischen Absichten – darauf an, das entsprechende Beispiel zu geben.

Lehrer wissen viel, wissen wo's langgeht. Sie reden mehrheitlich gern und sehen ihren Auftrag meist in der Belehrung der Schutzbefohlenen. Das ist die Regel im Umgang mit unseren Schülern, machen wir uns nichts vor, und in vielen Fällen hat dies ja auch seine Berechtigung. Aber eben nicht prinzipiell.

Es ist gewiss nicht meine Absicht an dieser Stelle sozusagen oberlehrerhaft und mit erhobenem Zeigefinger den Fehler zu wiederholen, den ich soeben bemängelt habe. In aller Bescheidenheit sei aber doch nochmals auf den bereits zitierten Manfred Lucas verwiesen, der feststellt: „Falsches Zuhören kostet die Wirtschaft und uns alle in der Gesellschaft jährlich Millionen an Mark.“

Schöne Aussichten also für Prof. Schmidts Anregung. Wir sollten das Anliegen im Interesse unseres Bildungsauftrags ernst nehmen, sehr ernst sogar. Bevor wir unseren Schülern aber – u. a. dem Fachpersonal des Dienstleistungssektors von morgen – eine solche Schlüsselqualifikation nahezubringen versuchen, müssten wir uns selbst einer entsprechenden Standortbestimmung unterziehen. Dies könnte u. a. im Rahmen der Lehrerfortbildung geschehen. Im übrigen bieten auch unsere allgemeinbildenden Fächer eine Vielfalt von Möglichkeiten, die Fähigkeit des richtigen Zuhörens zu schulen. Auch deshalb sind diese Fächer an der Berufsschule von so großer Bedeutung. 

# Entwicklung der Persönlichkeit in der Erzieherausbildung



WERNER DIRRIGL

## Gleichnis vom Elefanten

*Ein indischer Fürst liess alle Blindgeborenen seines Landes zusammenführen und liess ihnen zeigen, wie ein Elefant aussieht...*

*Da standen nun die Blindgeborenen von Savatthi um den Elefanten herum und betasteten ihn, ein jeder, wo er gerade stand. Dann begab sich der König zu den Blindgeborenen und fragte sie: „Wie ist denn ein Elefant?“ Und da sagten nun die einen:*

*Der Elefant ist wie ein Tragkessel – so sprachen die, die den Kopf betastet hatten.*

*Der Elefant ist wie eine Schaufel – so sagten die, die das Ohr des Elefanten betastet hatten.*

*Der Elefant ist wie eine Pflugschar – so sagten die, die seinen Zahn betastet hatten;*

*wie eine Stange am Pfluge ist der Elefant – so sagten die, die seinen Rüssel betastet hatten;*

*wie ein Pfeiler ist der Elefant – sie hatten sein Bein betastet;*

*wie eine Keule ist der Elefant – sie hatten seinen Schwanz in die Hand genommen;*

*wie ein Besen ist der Elefant – so sprachen die, welche das Schwanzende befühlt hatten. –*

*Und sie gerieten miteinander in Streit, und jeder meinte recht zu haben, denn er traute der eigenen Erfahrung.*

Befragt man Philosophen, Pädagogen und Psychologen danach, was die Persönlichkeit ist, wird man eine ähnliche Vielfalt von Antworten bekommen wie der indische Fürst auf seine Frage: „Habt ihr erkannt, was ein Elefant ist?“

Auch in der Psychologie gibt es eine Vielzahl von Persönlichkeitsbegriffen. Die Begriffe sind Reduktionen einer komplexen Wirklichkeit, je nachdem, welches Erkenntnisinteresse den Forscher leitet und von welchem **Menschenbild** er ausgeht.

Hans-Peter Langfeldt (1993) schreibt hierzu:

„Wissenschaftler sind selbst Persönlichkeiten mit Vorlieben und Abneigungen, mit persönlichen Überzeugungen, mit Weltanschauungen und mit unterschiedlichen Menschenbildern. Ihre Theorien entsprechen ihrer Persönlichkeit.“

Eine empirische Wissenschaft, wie die Persönlichkeitspsychologie, braucht keine abschließende Definition. Es genügt eine Arbeitsdefinition, die solange gilt bis sie widerlegt wird. Eine solche Arbeitsdefinition kann lauten:

*Persönlichkeit ist die einzigartige Struktur von relativ konstanten und doch sich verändernden Merkmalen einer Person, die ein beständiges Verhaltens- und Erlebensmuster zur Folge haben.*

## Entwicklung der Persönlichkeit

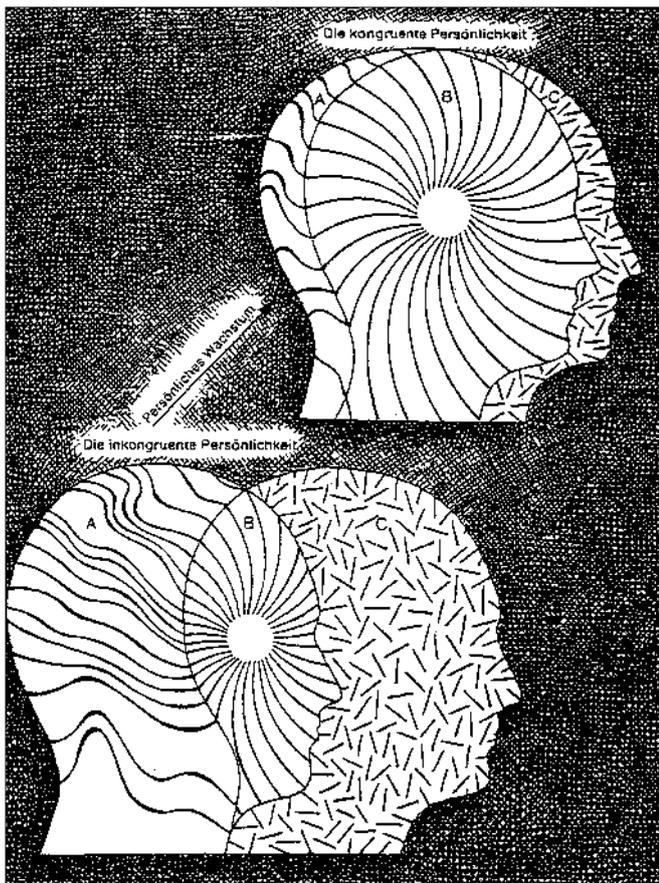
Die Persönlichkeitstheorie von Carl R. Rogers ist das Ergebnis seiner jahrzehntelangen therapeutischen Arbeit mit Menschen. Aus einer Therapiemethode und einer Lehre vom Prozess der Veränderung des menschlichen Verhaltens hat Rogers eine umfassende Theorie der Persönlichkeit entwickelt. Sein spe-

zielles Erkenntnisinteresse galt den Prozessen der Veränderung.

Sein Menschenbild ist geprägt von einem tiefen Respekt gegenüber dem Menschen und deutlich beeinflusst vom philosophischen Denken des Humanismus.

Drei wesentliche Aussagen der Persönlichkeitstheorie von Rogers sind:

- (1) Persönlichkeitsentwicklung ist Selbstwerdung und geschieht durch Selbstexploration und Selbstannahme. „Der Betreffende horcht immer mehr in die tiefsten Winkel seines psychischen und emotionalen Wesens hinein; und er entdeckt, dass er immer stärker bereit ist, mit größerer Genauigkeit und Tiefe jenes Selbst zu sein, das er am wahrhaftigsten ist.“ (Carl Rogers, 1992)
- (2) Die gestaltende Kraft der Selbstwerdung ist das angeborene und beständige Bestreben des Menschen, seine Entwicklungsmöglichkeiten zu entfalten und zu verwirklichen (Selbstaktualisierung). „Die letzte treibende Kraft... ist der unnachgiebige Wille der Person, mit sich selbst fertig zu werden, der Wunsch, zu wachsen und nichts einfach bestehen zu lassen, was das Wachsen behindert... Bei der überwältigenden Mehrzahl aller Individuen ist die Vorwärts-Richtung des Wachstums mächtiger als die Zufriedenheit, die es mit sich bringt infantil zu bleiben“ (Carl Rogers, 1992).
- (3) Eine Person, die sich verändert, wird zunehmend offener für ihre eigenen Gefühle und Wahrnehmungen. Empfindungen, die zunächst unbekannt sind und am Anfang Unbehagen und Unsicherheit auslösen, werden Schritt für Schritt zugelassen und in das Bewusstsein über die eigene Person (Selbstkonzept) integriert. Das Ergebnis der Selbstwerdung ist ein erweitertes Bewusstsein über sich selbst, das mit dem aktuellen Erleben und Verhalten weitgehend übereinstimmt (Kongruenz).



Quelle: Charles Hampden-Turner, 1996

- (3) **Echtheit:**  
Der Lehrer bzw. Erzieher ist authentisch und natürlich. Das, was er sagt und tut, stimmt mit dem überein, was er denkt und fühlt.
- (4) **Geringe Lenkung (Autonomie):**  
Die Wünsche und Bedürfnisse des Zu-Erziehenden werden respektiert. Der Lehrer bzw. Erzieher gewährt Freiräume, setzt aber auch klar definierte und praktizierte Grenzen. Er begründet seine Anweisungen.
- (5) **Fördernde nicht-dirigierende Einzeltätigkeiten:**  
Der Lehrer bzw. Erzieher gibt Anregungen, Rückmeldungen und Hilfestellungen. Er informiert und stellt Angebote bereit.

### Konsequenzen für die Erzieherausbildung

Die Studierenden an der Fachakademie für Sozialpädagogik verfügen über ein reiches inneres Wachstumspotential, das nach Entfaltung und Entwicklung strebt. Die Entwicklung der Persönlichkeit ist zwar ein individueller Akt, kann aber durch schulische Prozesse unterstützt und gefördert werden:

- (1) Die Studierenden erfahren in der alltäglichen Begegnung mit den Lehrkräften die förderlichen Dimensionen des Erziehverhaltens. In einem wertschätzenden und wenig lenkenden Schulklima können sich die Studierenden mit ihren Gefühlen und Wahrnehmungen angstfrei auseinandersetzen. Dadurch können sie die eigene Person, so wie

### Selbstwertung in der Ausbildung

Eine Praktikantin der Fachakademie für Sozialpädagogik äußert gegenüber der anleitenden Lehrkraft: „Jetzt reicht es mir aber. Hier habe ich es nur mit Idioten zu tun!“ Darauf der Lehrer erstaunt und nachdenklich zugleich: „Irgendetwas hat sie verletzt.“ Es entsteht eine kurze Gesprächspause. Die Praktikantin, die sehr ruhig geworden ist, äußert jetzt: „Ja, es tut mir sehr weh, wenn die Jugendlichen mich nur anschreien.“

In diesem Gespräch hat die Praktikantin die Möglichkeit ihre Wut und Enttäuschung bewusster wahrzunehmen. Durch die einführende Reaktion des Lehrers nähert sie sich ihrem tieferem emotionalem Bewusstsein. Sie wird achtsam für ihre verletzten Gefühle.

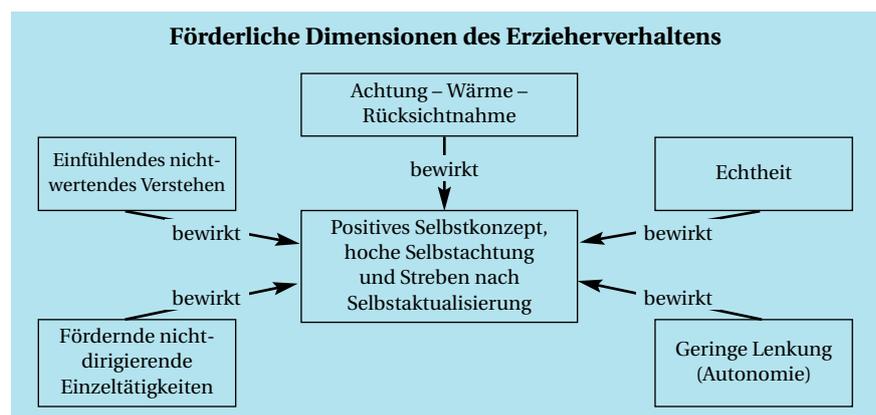
Erzieher und Lehrer können die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern, Jugendlichen und Auszubildenden fördern.

Anne-Marie und Reinhard Tausch beschreiben fünf förderliche Di-

mensionen des Erziehverhaltens:

- (1) **Achtung – Wärme – Rücksichtnahme:**  
Der Zu-Erziehende wird geachtet und seine Person wird bedingungslos akzeptiert. Ihm wird vertraut. Er wird ermutigt und freundlich behandelt.
- (2) **Einführendes nichtwertendes Verstehen**  
Auf die Gefühle des Zu-Erziehenden wird eingegangen. Sie werden nicht bewertet. Dem Zu-Erziehenden wird aufmerksam zugehört.

### Förderliche Dimensionen des Erziehverhaltens



sie ist, allmählich verstehen und annehmen.

- (2) In theoretischen und praktischen Lernprozessen, die stufenweise aufeinander aufbauen, werden die förderlichen Dimensionen des Erziehverhaltens vermittelt, eingeübt und angewendet. Erwerben Studierende diese Grundhaltungen, dann verfügen sie damit über Methoden, die die eigene Selbstwertung unterstützen und mit deren Hilfe förderliche Beziehungen zu Kindern, Jugendlichen und Behinderten aufgebaut werden können.
- (3) In mehreren Lerneinheiten, die über die gesamte Ausbildung (Vorpraktikum, Schule, Berufspraktikum) verteilt und aufeinander bezogen sind, erwerben die Studierenden die Fähigkeit, innerlich achtsam zu werden und sich bewusst und nichtwertend wahrzunehmen. Bewusste Selbstwahrnehmung ist die Grundlage, um das Bewusstsein über sich selbst zu erweitern, die eigene Person mit ihren individuellen Stärken und Schwächen anzunehmen und die eigenen Entwicklungsmöglichkeiten zu entfalten.

*Die Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden wird gefördert, wenn wir auf individuelle Wachstumspotentiale vertrauen, den lebendigen Prozess der Selbstwertung zulassen und achtsam begleiten und das geeignete Schulklima hierfür bereitstellen.*

#### Literatur

- <sup>(1)</sup> Dirrigl, W.: Psychologie der Persönlichkeit und Theorien der Persönlichkeit. In: Hobmair, H. (Hg.): Psychologie für Fachoberschulen. Köln/München 1994
- <sup>(2)</sup> Hampden-Turner, C.: Modelle des Menschen, Weinheim/Basel 1996
- <sup>(3)</sup> Langfeld, H.-P. (Hg.): Psychologie, Neuwied 1993
- <sup>(4)</sup> Rogers, C.R.: Entwicklung der Persönlichkeit, Stuttgart 1992
- <sup>(5)</sup> Tausch, A./Tausch, R.: Erziehungspsychologie. Göttingen/Toronto/Zürich 1998
- <sup>(6)</sup> Weiss, H./Benz, D.: Auf den Körper hören, München 1987

Die Friedrich-Oberlin-Fachoberschule ist staatlich anerkannt und umfaßt derzeit acht Klassen der Jahrgangsstufen 11 und 12.

Sie vereint allgemeinbildende, fachtheoretische und fachpraktische Ausbildung in besonders intensiver Weise.

Die Stiftung ist offen für neue pädagogische Konzepte, die an der Praxis im sozialen Bereich orientiert sind.

Seit einigen Jahren unterrichten wir in einem neuen, gut ausgestatteten Schulhaus.

Der Leiter der Evangelischen Fachoberschule für Sozialwesen der Friedrich-Oberlin-Stiftung in München ist zum 1. Januar 2000 vorzeitig in den Ruhestand getreten.

Wir suchen als Nachfolger/in zum 1. August 2000 oder früher eine/n

## Schulleiter/in

### Anforderungsprofil

- Sie sind eine pädagogisch engagierte, teamfähige und verständnisvolle Persönlichkeit und bringen möglichst Erfahrung in der Schulverwaltung mit.
- Sie sind durch ein positives Verhältnis zum christlichen Glauben Vorbild für Kollegen/innen sowie Schüler/innen.
- Sie können die Schule nach innen und außen gewinnend vertreten.

### Wir bieten:

- Die Stelle ist bis Besoldungsgruppe A 15 + Zulage eingestuft. Sie setzt die Qualifikation für das Lehramt an Gymnasien oder an beruflichen Schulen voraus. Unterrichtserfahrung an Fachoberschulen und Fachakademien ist erwünscht.
- Die Übernahme in das Kirchenbeamtenverhältnis ist vorgesehen. Der Bewerber muß evangelisch sein.

Wenn Sie sich dieser Aufgabe stellen wollen, erbitten wir Ihre schriftliche Bewerbung bis spätestens 29. Februar 2000 an den Stiftungsvorsitzenden Dr. Markus Rückert, c/o AUGUSTINUM, Stiftsbogen 74, 81375 München.

**Friedrich-Oberlin-Stiftung**

## „Vorbereitungsdienst – nein danke!“



MANFRED GREUBEL

Diese Absage erteilen die Absolventen der Wirtschaftspädagogik dem Lehramt an kaufmännischen Berufsschulen immer häufiger. Schuld daran sind neben den unzureichenden statusrechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. 3/4 Angestelltenstelle) die Einschnitte bei der Besoldung und dabei vor allem die Absenkung der Anwärterbezüge. Hierbei ist festzustellen, dass diese sich auf einem Niveau befinden, welches besonders verheiratete Beamtenanwärter mit Kind zum Sozialfall werden lässt. Selbst Unverheiratete sind auf eine Nebenbeschäftigung angewiesen oder müssen von Ersparnissen leben oder einen Kredit aufnehmen, um den Lebensunterhalt und die zu Berufsbeginn in hohem Maße erforderlichen Investitionen für Arbeitsmittel und Literatur etc. finanzieren zu können.

Man muss kein Prophet sein, um voraussagen zu können, dass diese Bedingungen den Beruf des Lehrers nicht attraktiv erscheinen lassen und deshalb die Hochschulabsolventen immer häufiger den Weg in die freie Wirtschaft gehen. Dort erhalten sie Anfangsgehälter zwischen 6 000 DM und 7 000 DM. Wäre dieser erste Schock überwunden, dann müssen sie feststellen, dass die spätere Eingangsbesoldung in A 13 + Z erheblich (bis zu 20 %) unter dem Niveau der Gehälter der freien Wirtschaft liegt.

Neben den finanziellen Schwierigkeiten bedeutet es für die auf ei-

ne Nebentätigkeit angewiesenen Referendare auch eine Minderung der Leistungsfähigkeit. Denn die zusätzliche zeitliche, physische und psychische Belastung führt dazu, dass für eine qualitativ hochwertige Ausbildung nicht mehr die erforderliche Zeit und Kraft aufgebracht werden kann. Die Konsequenz daraus könnte ein schlechteres Prüfungsergebnis sein, was die zukünftigen Entwicklungschancen beeinträchtigen würde.

Auch ist festzustellen, dass immer weniger Abiturienten das Studium der Wirtschaftspädagogik beginnen. In den vergangenen drei Jahren betrug dieser Rückgang bundesweit ca. 12 %. Die Gesamtzahl der Studierenden hat sich in diesem Zeitraum von 10 847 auf 9 610 reduziert. Die Tendenz dürfte jedoch stärker rückläufig sein, da sich die Sparmaßnahmen mit einem time-lag auf die Berufsauswahl auswirken. Stellt man allein den Ersatzbedarf für die nächsten 10 Jahre von ca. 1 450 jährlich einer Absolventenzahl von ca. 1 050 gegenüber, dann dürfte ein dringender Handlungsbedarf offensichtlich sein, wenn man dabei noch berücksichtigt, dass von diesem Potential heute bereits ca. 30 % nicht das Referendariat antreten und diese Tendenz aus genannten Gründen stärker zunehmen wird.

Es ist somit zwingend erforderlich Bedingungen zu schaffen, welche den Nachwuchs sichern. Sollte dies nicht gelingen, dann wäre mit Folgendem zu rechnen:

- Weiterer Unterrichtsausfall in erheblichem Maße (bereits jetzt liegt in vielen Bundesländern die Unterrichtsversorgung unter 90 %);
- Benachteiligung für Schüler des beruflichen Bildungsweges;
- Qualitätsminderung – der Lernort Schule verliert an Image;
- Ungenügende Innovation;
- Standort Bildung verliert an Wert – Nachteil im internationalen Wettbewerb.

- Zunehmende Belastung der Lehrkräfte – Anstieg des Krankenstandes – Anstieg der Ruhestandsversetzungen wegen Dienstinaktivität
- Altersteilzeit kann nicht wahrgenommen werden – Anstieg der Ruhestandsversetzungen wegen Dienstinaktivität.

Diese Konsequenzen können nicht das Ziel einer leistungsorientierten und innovativen Bildungspolitik sein. Es ist somit ein Umdenken erforderlich und einer qualifizierten und ausreichenden Nachwuchsgewinnung hohe Priorität zuzuweisen.

Die Attraktivität für eine Aufnahme des Studiums der Wirtschaftspädagogik und die Bereitschaft für den späteren Einstieg in die Schullaufbahn muss durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erhöht werden. Ein erster Schritt hierzu besteht auf der Bundesebene in der Rücknahme der Kürzungen der Anwärterbezüge und die Wiedereinführung der Anwärtersonderzuschläge für das Lehramt an kaufmännischen beruflichen Schulen.

Wir fordern deshalb den Bundesinnenminister auf, einen Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, der die im Versorgungsreformgesetz 1998 beschlossenen Kürzungen zurücknimmt. Desweiteren ist im § 1 Abs. 2 Ziff. 10 der Anwärtersonderzuschlags-Verordnung die Befristung „bis zum 31. Juli 1998“ zu streichen.

Den Bundesrat fordern wir auf, diesen beiden Änderungen zuzustimmen. 

### Der VLB ist online...

Der VLB ist jetzt auch online zu erreichen. Unsere Homepage ist unter der Internet-Adresse

<http://www.vlb-bayern.de>

zu finden.

Lernziel Kommunikations- und Medienkompetenz:

# Neuorientierung im Deutschunterricht nötig?



DR. SIEGFRIED HUMMELSDERGER

## 1. Grundsätzliches

Lernen kann immer nur vom Bildungsziel her gedacht werden; das gilt auch und gerade für den Sprachunterricht, der sich ansonsten nur allzu leicht in die Extreme „Beliebigkeit“ einerseits oder „Formalismus“ andererseits zu verirren droht. Vom Leitziel Kommunikative Kompetenz aus gedacht, in dem sich Fachwissenschaftler und Lehrplankommission einig sind, ist zumindest in drei große Bereiche zu differenzieren: Förderung der Kommunikationsfähigkeit im privaten, im beruflichen und im öffentlich-gesellschaftlichen Bereich. Es liegt auf der Hand, dass diese Bereiche sich überschneiden werden. Überlegt man nun weiter, dass Kommunikation auf verschiedenen medialen Ebenen möglich ist, gelangt man zumindest zu einer ersten Aufgabenbeschreibung in Form von Lernzielbereichen des Sprachunterrichts an beruflichen Schulen in Art einer Matrix, der dann die einzelnen (Grob-) Lernziele zugeordnet werden können (Abb. 1):

Kommunikation im...	privaten Bereich	beruflichen Bereich	öffentlich-gesellschaftlich-politischen Bereich
Kommunikation mittels			
Sprache	z. B. Konfliktgespräch	z. B. Beratungsgespräch	z. B. Fähigkeit zur Teilnahme an Diskussionen
Schrift	z. B. Behördenverkehr	z. B. Besprechungsprotokoll	z. B. schriftliche Stellungnahme
Medien (v. a. Neue Medien)	z. B. Einblick in die >Chat<-Kultur	z. B. Einsatz von Präsentationsmedien	z. B. Glaubwürdigkeit von Informationen

Abb. 1: Lernzielbereiche des Sprachunterrichts an beruflichen Schulen

Innerhalb dieser Lernzielbereiche muss sicherlich beachtet werden, dass jeweils drei verschiedene Zielrichtungen des Unterrichts möglich sind: der Aspekt der Produktion und Gestaltung (Sprechen, Schreiben), der Aspekt der Rezeption (Verstehen) und auch der Aspekt der Reflexion, also des Nachdenkens über die jeweilige kommunikative Handlung. Natürlich müssen hier jeweils themen-, lernziel- und schülerspezifische Schwerpunkte gesetzt werden. (vgl. Beispiel 1)

Insbesondere an den Teilzeit-Berufsschulen wird der Sprachunterricht durch die engen zeitlichen

## 2. Zum Berufsbezug

Die Berufsschule hat die Aufgabe, die Schüler in Abstimmung mit der betrieblichen Berufsausbildung oder unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Tätigkeit beruflich zu bilden und zu erziehen und die allgemeine Bildung zu fördern. (BayEUG, Art.11(1),2)

Traditionell ist gerade der Sprachunterricht an der Berufsschule inhaltlich deutlich von den Anforderungen des Berufslebens geprägt. Darunter leidet oft der im BayEUG explizit geforderte allgemein bildende Auftrag der Berufsschule. Dieser Anspruch jedoch ist nicht nur die grundlegende Legitimation für ein öffentliches Berufsschulwesen und muss gegen die (verständlichen, aber oft kurzzeitigen) Partikularinteressen der Betriebe offensiv verteidigt werden, sie ist auch ein



Vorgaben stark eingeschränkt; insofern ist klar, dass von vorneherein keine Vollständigkeit angestrebt werden kann, sondern dass Vieles nur exemplarisch vermittelt werden muss. Gerade deswegen aber muss durch vielfältige Selbsttätigkeit eine zunehmende Selbstständigkeit eingeübt werden, die die Schüler befähigt, ihre Kompetenzen auch eigenständig zu erweitern.

Anrecht der von uns betreuten Schüler. Es kann nicht angehen, dass der ohnehin knappe Deutschunterricht (nur) zum Zuträger des ohnehin weitaus umfangreicheren fachlichen Unterrichts wird. Andererseits kann und sollte der Sprachunterricht sich der Berufsorientierung natürlich nicht grundsätzlich verweigern. Es bietet sich daher folgende prinzipielle Aufteilung an (Abb. 2 S. 19):

Berufsbezug ernst zu nehmen erfordert daneben ein hohes Maß an Differenzierung zwischen den einzelnen Berufsfelder bzw. Einzelberufen, sowohl vom Umfang als auch von den Inhalten her gesehen. Hier liegt sicherlich eines der Hauptprobleme des aktuell gültigen Lehrplanes: Einerseits wird eine starke Berufsorientierung (zumindest indirekt) eingefordert, andererseits gilt

**Inhaltsverzeichnis 1999**

	Heft/Seite
<b>Thema des Tages</b>	
Sauerwein Herrmann: Alte Denkstrukturen über Bord werfen	01/03
Sauerwein Herrmann: Aufruf zu Personalratswahlen	05/03
Thiel Peter: Der Europapass - Berufsbildung	06/03
Thiel Peter: Flexibilisierung ...	07/03
Weichenstellung	08/03
Thiel Peter: Zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres	10/03
Sauerwein Herrmann: Berufliche Erstausbildung – ohne die Berufsschule?	11/03
Eine Jahrhundertfrage	12/03
<b>Bildungspolitik</b>	
Thiel Peter: kobas-Fachtagung in Nürnberg	01/09
Kultusministerium: Schulinnovation	01/10
Dr. Kusch Werner: Förderung besonders Leistungsfähiger in beruflichen Schulen	01/11
Leischner Dietmar: Lernfeldstrukturierte Rahmenlehrpläne	02/12
Liebel Alexander: KMK zur Weiterentwicklung der Berufsschule	02/14
Schulter Berthold: abl - Herbstklausur	02/16
Schulter Berthold: Entwarnung für die Wirtschaftsschule	03/14
Münch Johannes: Auftaktveranstaltung SchiLF TELuMM	03/16
Thiel Peter: Parlamentarischer Abend mit der SPD	04/12
Ein Aufschrei hätte durch die Presse gehen müssen	04/15
Thiel Peter: Arge alp tage in Würzburg	06/04
Leischner Dietmar: Beispiel für neue Berufsprofile – der Medien-gestalter	06/09
Dr. Witt Günter: Wirtschaftsschule	07/04
VLB-Erfolg: Studiengang Gesundheit/Pflege an TU München	07/06
Thiel Peter: VLB und BAV tagen zum Thema Lernortkooperation	08/04
Thiel Peter: Pressegespräch mit SPD-Landtagsfraktion	08/09
Wenn die Statistik nicht lügt	08/10
DUA für leistungsstarke Schüler	08/11
Thiel Peter: Pressekonferenz des KM zu Schuljahresbeginn	10/04
Leischner Dietmar: Bildungspolitische Klausurtagung	10/09
Sauerwein Hermann/Liebel Alexander: Denksätze zur künftigen Berufsausbildung (1)	11/04
Berufsbildungskongress der Staatsregierung	11/06
50 Jahre VLB in Bayern	
Liebel Alexander: Denksätze zur künftigen Berufsausbildung (2)	12/09
Thiel Peter: Parlamentarischer Abend mit der SPD	12/10
<b>Kolumne</b>	
Geboren im November '94	01/10
Thiel Peter: Verstetigung ...	02/16

Thiel Peter: Vom Rest spricht keiner	03/17
Oschmann Thomas: Erst Sport, dann Religion, dann Deutsch ...	08/31
Thiel Peter: Merkwürdiger Gesinnungswandel	12/13

**Tagungen, Kongresse und Festveranstaltungen**

*Fachtagung zum allgemeinbildenden Unterricht an der Berufsschule:*

Der VLB wird in die Offensive gehen	01/04
-------------------------------------	-------

*4. Berufsbildungskongress:*

Thiel Peter: Würzburg - Europastadt im Glanze der Vergangenheit	01/16
Ott Wilhelm: BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen	01/20
Thiel Peter: Von der Schubkraft eines Berufsbildungskongresses	02/03
Ruf Martin/Schuller Bernd/Kraus Erich: Die kaufmännischen beruflichen Schulen in Würzburg	02/05
Seydl Thomas: In der Tradition - Ausstellung kunstschaffender Lehrer	02/10
Thiel Peter: ‚Schattenmann‘ ...	02/10
VLB-Softwarepreis	02/11
Grußworte	03/03
Thiel Peter: Die Franz-Oberthür-Schule	03/07
Beuchert Günther: Die Josef-Greising-Schule	03/11
Helbig Hermann: Städtische Maschinenbauschule	03/12
Feige W./Weigand A.: Städtische FOS	03/13
Gesamtprogramm	Beihefter
Thiel Peter: Drei bewegte Tage im Rückblick	04/03
Hummelsberger Siegfried: Forum Dienstrecht	04/10
Towara Wolfgang: Forum Berufsbildungspolitische Entwicklungen	04/11
Thiel Peter: Würzburg klingt nach	05/04
Kernaussagen von: VLB-Vorsitzender Sauerwein und Kultusministerin Hohlmeier	05/05
Bethold Schulter wird Ehrenvorsitzender	05/14
Ruf Martin: VLB-Arbeitskreise und Lehrmittelschau	05/17
Dr. Horber Monika: Die musische Seite des Kongresses	05/19
Geiger Herbert: ‚Die Lehrer müssen ja Zeit haben‘	05/21
Teige Winfried: Seniorentreff in Würzburg	05/23
Puryear Rudolf: VLB-Softwarewettbewerb erfolgreich beendet	05/24

*50 Jahre VLB*

Thiel Peter: 50 Jahre VLB – Dem Verband eine lange Jugend gewünscht	12/04
---	-------

**Personalvertretung**

Lambel Wolfgang: Unterfränkische Personalräte sind gerüstet	04/35
Heckner Ingrid: Änderungen bei Beförderungswartezeiten	01/14
Neufassung der Ernennungsrichtlinien	03/21

Heckner Ingrid/Hackel Horst: Altersteilzeit kollegenfreundlich umsetzen	05/26
VLB-Kandidaten für den Hauptpersonalrat	05/27
Lambl Wolfgang: Personalvertretung im Gespräch mit MD Pascher	05/30
Überragendes Ergebnis für den VLB	07/07

## Dienstrecht

Greubel Manfred: Leistungsbezogene Besoldungselemente ..	02/17
Greubel Manfred: Altersteilzeit – Gesetzentwurf liegt vor	04/16
Altersteilzeit- jede freie Stelle soll besetzt werden	06/17
Altersteilzeit endgültig beschlossen	08/18
Greubel Manfred: Qualitätsverbesserung im Rechtsschutz	11/08
Greubel Manfred: 15. Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften	11/14

## VLB - Initiativen

<i>Schreiben, Anträge, Antworten</i>	
Aktualisierung der Lehrpläne	01/22
Amtsbezeichnung für Fachlehrer	01/21
Unterrichtspflichtzeit: Fachlehrer	01/21
Zulassung zur Abschlussprüfung: BFS für Kinder-/Sozialpflege	01/22
Änderung Art. 40 BayEUG	01/23
Fortentwicklung der Wirtschaftsschule	02/19
Wirtschaftsschulen in Bayern	02/20
Fachgerechte Betreuung von DV-Systemen	03/19
Einführung DUA	04/18
Absenkung der Anwärterbezüge	04/19
Zum Doppelhaushalt	07/11
Aufnahme in die BOS	07/12
Modellversuch kobas	08/12
Flexibilisierung von Unterrichtspflichtzeit	08/13
Erfolg zur Flexibilisierung der Unterrichtszeit	10/10
Pilotprojekt LUZ	10/10
Änderung des Funktionenkataloges	12/18

## Pressemitteilungen

VLB: Der äußeren Schulreform muss die innere folgen	03/20
VLB: Zum Schuljahresbeginn	10/08
KM: Zum Schuljahresbeginn	10/08

## Lehrerbildung

Riedl Alfred/Vögele Michael: Schulpädagogisches Blockpraktikum in der Lehrerbildung	04/20
Riedl Alfred/Vögele Michael: Arbeitsgespräch zwischen Berufsschule und TU München	04/20
Lankes Anton: Methodentraining am Studienseminar in Ostbayern	04/23

## Die Lehrerseite

Cheauré Curt: Tote Seelen?	06/22
Berufsschulbesuch von Thomas Bernhard	06/24
Geiger Herbert: Lehrersport macht Schule!?	07/22

Geiger Herbert: Erbarmen mit den Lehrern	10/23
Geiger Herbert: Für den Wunschzettel zum Weihnachtsfest	12/16
Cheauré Curt: Endzeit?	

## Die Kritische Seite

Ein Maulkorberlass?	03/18
---------------------	-------

## Referendare

Carl-Rau Ulrike/Bauer Eduard/Schieder Daniela: Erfahrungen aus dem Referendariat	07/23
--	-------

## Pädagogik und Unterricht

Perlowski Dieter: Debatte zum Bundeshaushalt '99	01/24
Stephan Helmut: Neues zum Kartellrecht	02/21
Klawitter Birgit: Die Fachakademie	04/25
Mandl Roger: Fachakademie: Neugestaltung des Eingangsbereichs des ISB	04/25
Burger Reinhold: Fachakademie: Europa wächst zusammen	04/25
Jungkunz Martin: Rosenheimer Schüler im Maximilianeum	04/28
Sampson Hanne: Deutsch-englischer Schüleraustausch	04/28
Stephan Helmut: Aktuelles für den Betriebswirtschaftslehreunterricht	04/29
Loos Norbert: Arbeit mit Lernzirkeln	06/13
Geiger Robert/Dr. Tenberg Ralf: Lehrer erstellen Unterrichtsoftware (1)	06/15
Merkel Gundolf: 25 Jahre Don-Bosco-Schule in Würzburg	06/20
Honal Werner: Mailingliste für Schulberatung	06/21
Sachsenröder Thomas u. a.: Neue Lehrpläne für die Wirtschaftsschule	07/14
Geier Rudolf: Neue Lehrpläne für das Berufsfeld Elektrotechnik	07/17
Thiele Peter: Die neuen EU-Programme	07/19
Ziegler Franz: Bildungsoffensive Schulentwicklung	08/15
Stubbe Harald: Einstieg in Schulentwicklung	08/16
Off Armin: Lernort Regierung	08/18
Hummelsberger Siegfried: Deutschunterricht an berufsbegleitenden Schulen	08/19
Fischer Uli/Schöll Marion: Berufsschüler brauten ihr Bier selbst	08/22
Espe Clemens: Unternehmensplanspiel HeiCon	08/23
Mohr, Heribert u.a.: kobas in Schwandorf (1)	10/11
Dr. Haßlberger, Josef: Handlungsorientierter Unterricht bei Kfz-Mechanikern	10/15
Eisele Josef: Computer im (Sozialkunde-) Unterricht	10/17
Stephan Helmut: Das Gerundium zur Feststellung von beruflichen Funktionsprofilen	10/19
Leischner Dietmar/Kraus Marie-Luise: Die Ausbildung zum Mediengestalter	10/20
Dr. Nichterlein Friedhard: Planung und Durchführung von Projektunterricht	11/10
Mohr Heribert: kobas in Schwandorf (2)	11/15
Keitel Ernst: DUA - eine Chance für die politische Bildung	11/16
Geiger Robert/Dr. Tenberg Ralf: Lehrer erstellen Unterrichtsoftware (2)	11/19
Cheauré Curt: Flucht und Vertreibung - ein Thema für den Unterricht	11/22

Stephan Helmut: Neues zum Regelinsolvenzverfahren	11/24	Dotzler Karl-Heinz: 20 Jahre BGJ Landwirtschaft	06/26
Ziegler Franz: Schulinterne Lehrerfortbildung	12/18	Dotzler Karl-Heinz: Gespräch bei der Regierung	06/27
Knau Christine: Kooperationsformen an der Berufsschule	12/20	Oschmann Thomas: BS I Schweinfurt Volleyballmeister	08/28
Münch Johannes: SchILF-TeluMM in Schwaben	12/22	Dotzler Karl-Heinz: 20. Unterfränkische Fussballmeisterschaft	08/28
Mohr Heribert: kobas in Schwandorf (3)	12/23	Kippes Helmut: KBBZ Würzburg bayerischer Fußballmeister	10/28
<b>Online</b>		<b>Kreisverbände:</b>	
Münch Johannes: Der richtige Internet-Provider	01/26	<i>Bayreuth-Pegnitz</i>	
Münch Johannes: Internet-Seiten gestalten	02/22	Beetz Paul: Jahresausklang	02/24
Münch Johannes: HTML-Kurzreferenz Teil 1	03/22	<i>Donau-Wald</i>	
Münch Johannes: Internet im Unterricht – Zusammenarbeit lohnt	04/30	Stelzl Wilhelm: Positives Denken für Führungskräfte	06/28
Münch Johannes: HTML-Kurzreferenz Teil 2	05/32	<i>Mittelfranken-Nord</i>	
Münch Johannes: Info-Foren für Studenten und Referendare	06/25	Liegl Werner: Neujahrsgruß	01/29
Jungkunz Martin: Internet World Berlin '99 ...	07/27	<i>Mittelfranken-Süd</i>	
Münch Johannes: Lernerfolgskontrolle im Internet	08/26	Gieritz Renate: Mitgliederversammlung	02/25
Münch Johannes: Unterrichtsmaterial aus dem Internet	10/24	Gieritz Renate: Bildungspolitischer Abend mit Staatssekretär Freller	07/30
Fendt Hans: LOTUS-Pilotprojekt	10/25	<i>Niederbayern-Ost</i>	
Fendt Hans: Schulen ans Netz – aber wie?	10/27	Sigl Josef: Politische Fortbildung in München	05/32
Ulbrich Armin: Die Systembetreuung – die unendliche Geschichte	11/25	<i>KV Nürnberg</i>	
Münch Johannes: Sicherheit für den PC	12/24	Burger Reinhold: Jahresabschlussfeier	01/29
<b>Europa:</b>		Dr. Trump Egon: Kompetenzregion Nürnberg	06/28
LEONARDO II	11/07	Burger Reinhold: ‚Körper in Bewegung‘	08/29
Berufsbildung europäisch gestalten	11/08	Burger Reinhold: Mitgliederversammlung	12/25
<b>Aus dem Verbandsleben</b>		<i>Oberbayern Nordwest/Südwest</i>	
<b>Landesverband:</b>		Schöne Wieland: Gemeinsame Mitgliederversammlung	08/29
Leischner Dietmar: VLB-Klausurtagung: Lernfeldstrukturierte Lehrpläne	01/31	<i>Traunstein-BGD</i>	
Thiel Peter: Die Südschiene ist reanimiert	04/31	Maier Robert: Boulderspass an BS II in Traunstein	05/35
Lochner Horst: BV Mittelfranken verabschiedet Herbert Lauer	04/32	<i>Würzburg</i>	
Neue Sekretärin in Geschäftsstelle: Roswitha Diekmann	06/26	Reinwald Ingrid: Kreisversammlung	07/30
<b>Bezirksverbände:</b>		<b>Referate und Fachgruppen:</b>	
<i>Mittelfranken</i>		<i>Bautechnik</i>	
Hergert Gerwolf: Faschingsreise nach Basel	05/33	Wagner Lotar: Aktuelles für den Unterricht	04/32
von Heckel Dietrich: China-Reise	07/31	Fortbildung ‚Vertiefte Betontechnologie‘	08/33
Hauptmann Eva: Der BV auf Herbstfahrt	12/26	Wagner Lotar: ‚Lerning by doing‘	08/33
<i>Oberbayern</i>		<i>Elektrotechnik</i>	
Bock Günter: Kontaktkollegen/Innenseminar	12/25	Durner Norbert/Stobinski Hans-Jürgen: Neue Lehrpläne	02/25
David Peter: Spargelesen des BV Oberbayern	05/36	<i>Ethik</i>	
<i>Schwaben</i>		Meder Wolfgang: Neuer Lehrplan	08/33
Wilhelm Konrad: Pensionistentreffen in Augsburg	01/28		
<i>Unterfranken</i>			
Dotzler Karl-Heinz: Adventsausflug	02/24		
Pfingstreise	03/24		
Ziegler Franz: Hallenfußballturnier in Würzburg	05/34		

## *Fahrzeugtechnik*

Jakob Günter: Erste Erfahrungen mit dem neuen Lehrplan 07/32

## *Förderberufsschulen*

Merkel Gundolf: Fachgruppe bei MR Josef Graf 05/35

## *Handelsberufe*

Hacker Gerhard: Fachgruppensitzung 08/32

## *Hauswirtschaft*

Götz-Wachter Elisabeth: Arbeitstagung 03/24

## *Raum/Farbe;*

Kempf Markus: Fachgruppentagung 01/32

Ort Bruno: Länderübergreifende Fortbildung 02/26

Moser Bernd/Ort Bruno: Gespräch mit Staatssekretär Freller 06/29

Ort Bruno: Lehrerfortbildung in Wittenberg 07/33

## *Schulleiter*

Gehlert Berthold: Funktionsübertragungen 01/30

Schulleiter als Impulsgeber 01/31

## *Sozialpädagogik/Sozialpflege*

Altenpflegeausbildung wird neu geregelt 06/30

## *Sport*

Bayerische Fussballmeisterschaft 03/24

Kissingen schafft Volleyballhatrick 07/29

Oschmann Thomas: Fachgruppe unter neuer Leitung 08/30

Aktionsbündnis für den Schulsport gegründet 08/32

## Senioren:

Teige Winfried/Doleschal Otmar: Arbeitstreffen der Seniorenbetreuer 01/33

Teige Winfried: Seniorentreff in Würzburg 03/26

Teige Winfried: Teilerfolg in Würzburg 08/34

Teige Winfried: Senioren-Info 10/28

Raffelt Peter: Rund um das Riesengebirge 11/25

Wilhelm Konrad: Wiedersehensfreude in Augsburg 12/27

## Personalien:

Erich Dehler zum 60. 01/33

Dr. Peter Langer neuer Schulleiter 03/27

Ernst Keitel im Ruhestand 04/33

Prof. Dr. Siekaup zum 75. 04/34

Hermann Sauerwein und Otmar Doleschal zusammen 130 Jahre alt 07/08

In Memoriam Hanns Huber 07/35

Karl-Heinrich Hergert im Ruhestand 08/34

Wechsel im ISB: Dr. Leo Heimerer geht, Arnulf Zöllner kommt 08/36

Volker Wiermann zum 60. 08/37

Erich Jauch zum 90. 08/38

In Memoriam Günter Prell 08/38

In Memoriam Karl Szilovivs 10/29

Hans Huber im Ruhestand 11/27

Dorothea Weidinger neue Ministerialbeauftragte 12/28

Ernst Peter zum 80. 12/28

Dr. Egon Trump zum Professor ernannt 12/29

in Memoriam Heinz Thoma 12/30

sowie 01/34; 02/27; 03/27; 04/35; 05/36; 06/33; 07/35; 08/39; 10/29; 11/28; 12/31

## Umschau

### **Kommunale Schulen**

Thiel Peter: Lernortkooperation bei Fotografen 02/28

Metzloff Klaus-A./von Heckel Dietrich: Projektarbeit an der B 14 Nürnberg 04/36

Zeller Bernhard: Landeselternvereinigung öffentlicher Wirtschaftsschulen 07/24

BOS und FOS in Würzburg 07/25

Hummelsberger Siegfried: Annelise Huß mit Kerschensteiner-Medaille ausgezeichnet 11/29

Albrecht Günter u.a.: Internationales Sokrates-Comenius-Projekt 12/33

## Termine

02/29

sowie 03/28; 07/36; 08/39; 10/30

## Nachrichtliches

Zöllner Arnulf: Medizinische Fachberufe 02/29

sowie 02/29; 03/28; 05/37; 06/34; 10/31; 11/29; 12/34

## Für Sie persönlich

Lang Helmut: Infodienst Versicherungen 02/30

Ruf Martin: Heiße Tipps für die Urlaubszeit 07/36

Lang Helmut: Privat-, Dienst- und Amtshaftpflichtversicherung 10/30

## Bücher/Medien

Neues vom Büchermarkt 01/35

sowie 02/32; 06/34; 10/32

## Leser schreiben

Bayerl Harald 02/35

Schöne Wieland 04/39

Färber Eduard 06/34

## Landtag und Senat

Anfragen, Anträge und Beschlüsse 11/28

sowie 12/32

## Beihefter:

Jahresinhaltsverzeichnis 01

Haftpflichtversicherungsbedingungen 02

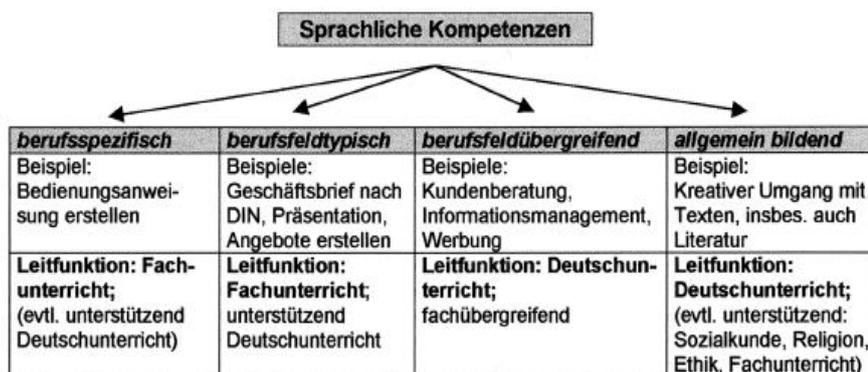


Abb.2: Berufsbezug und Fachspezifik

der Lehrplan für alle Berufe gleichermaßen. Es wird also nötig sein, den Freiraum des Lehrplans in vollem Umfang auszuschöpfen und die gegebenen Hinweise in Hinblick auf die tatsächlichen Anforderungen im jeweiligen Beruf zu interpretieren. So wird z. B. ein durchschnittlicher Kfz-Mechaniker kaum jemals eine Beschreibung eines Arbeitsvorganges schriftlich ausformulieren müssen, bei Bankkaufleuten, die fast durchweg Abitur haben, wird es ebenso überflüssig sein, Grundbegriffe der Textanalyse zu erarbeiten. Eine weit größere inhaltliche Offenheit mit dem Ziel der inneren Differenzierung des Sprachunterrichts wäre in diesem Zusammenhang wahrscheinlich weitaus nützlicher gewesen als die organisatorisch schwierigere äußere Differenzierung (wie etwa DUA).

Ebenso klar wird bei einer derartigen Aufstellung aber auch, wie fragwürdig es ist, Absolventen der allgemeinbildenden Schulen mit höheren Abschlüssen aus dem Deutschunterricht herauszunehmen oder den Sprachunterricht generell einzuschränken, denn deren Kenntnisse bewegen sich naturgemäß ausschließlich im Bereich der allgemeinen Kenntnisse, wenn man von grundlegenden Fertigkeiten absieht, die noch dazu nicht bei allen Schülerinnen und Schülern vorausgesetzt werden können. Andernfalls erfolgt eine Beschränkung der kommunikativen Kenntnisse auf berufs- oder gar nur betriebsspezifische Bereiche, was der allerorten geforderten Flexibilität und dem Erwerb breit verwertbarer Schlüsselqualifikationen diametral entgegen steht.

### 3. Exemplarische Einzelbereiche

Im Folgenden möchte ich versuchen, einige Bereiche des Sprachunterrichts mit dem Bildungsziel „kommunikative Kompetenz“ exemplarisch zu vertiefen.

#### Rechtschreibunterricht

Im Rahmen des Deutschunterrichts insbesondere an der Berufsschule wird es kaum möglich sein, auch nur die Mehrzahl der Problemfälle der deutschen Rechtschreibung in einem isolierten Unterricht so effektiv zu behandeln, dass eine tatsächliche Verbesserung der Rechtschreibleistung eintritt, wie gerade die Praxis immer wieder beweist. (Das vor 4 Wochen mühsam Erarbeitete zeigt bei der nächsten Schulaufgabe keinerlei Wirkung mehr.) Ebenso schwierig wäre die extreme Differenzierung zu leisten, da die Heterogenität der Schüler gerade in dieser Hinsicht sehr unterschiedliche Kenntnisstände mit sich bringt. (Eine unterrichtsmethodische Lösung wären hier etwa Freiarbeitsphasen, Stationenlernen oder Lernzirkel). Ganz klar müssen also „Rasenmäher-Lösungen“ (eine Stunde zur Groß-/Kleinschreibung) massiv in Frage gestellt werden. Wichtiger wäre stattdessen, das verteilte, kurze und exemplarische Eingehen auf Rechtschreibschwierigkeiten als Unterrichtsprinzip, am Besten in allen Fächern.

Daneben muss das Bewusstsein für die eigenen Rechtschreibfähigkeiten und -defizite aufgebaut und Möglichkeiten zur eigenständigen Bearbeitung erarbeitet werden

(z. B.: „Joker“ zum Markieren von Unsicherheiten beim Schreiben in Proben; der Fehler wird dann nicht gewertet; Wettspiele, die unmittelbar zeigen, ob man sich in einem bestimmten Bereich der Rechtschreibung richtig einschätzt – siehe Beispiel 2; Strategien der Fehlervermeidung wie Nachschlagen oder Formulierungsvarianten benutzen etc.) Ebenso wesentlich ist ein Nachdenken über die Bedeutung der Rechtschreibung: Den Schülern muss bewusst werden, dass ein Rechtschreibfehler in einem Bewerbungsschreiben ein anderes Gewicht hat als in einem Protokoll, dieser wiederum ein anderes als in einer privaten Mitteilung, und dass die Gesellschaft gerade im beruflichen Bereich immer noch (fälschlicherweise) Rechtschreibung als ein Indiz für Sorgfalt, Intelligenz und Bildung einschätzt.<sup>1</sup>

Du hast insgesamt 100 Wett-punkte. Je nachdem, wie sicher du dir bist, kannst du für jede Aufgabe mehr oder weniger Punkte einsetzen. Ist deine Lösung richtig, gewinnst du die Punkte dazu, ist sie falsch, musst du sie abziehen.

1. irgendjemand / irgend jemand
2. auf deutsch / auf Deutsch
3. Ich bin zu Hause. / Ich bin zu-hause.
4. Potenzial / Potential
- ...
10. Sekretarin / Sekretärin

**Kommentar:** Während der Arbeit denkt der Schüler nicht nur darüber nach, welche Lösung richtig sein könnte, sondern auch, wie sicher er sich dessen ist. Durch die Anzahl der gewonnenen bzw. verlorenen Punkte erhält er eine unmittelbare Rückmeldung. Zudem lockert der Spielcharakter die Übung auf.

**Beispiel 2:**  
Rechtschreibbewußtsein fördern

Schließlich ziehen sich aber auch viele Lehrkräfte auf ein Übermaß an Rechtschreibunterricht zurück, weil hier die Bewertung (etwa durch Fehlerzählung) vordergründig einfacher und objektiver erscheint als in vielen anderen Bereichen des Deutschunterrichts. Die viel zu oft angeführte Begründung für den Rechtschreibunterricht, dass fehlerhafte Texte nicht verständlich seien, ist weder sachlich richtig noch vermag sie die Schüler zu überzeugen: *Di wiesen nämlich gantz Genau, das auch Fehler haffte Täfte Tadel loos ferstendlig sinn!* Aber wer wird dagegen schon gerne für dumm gehalten, weil er nur so schreiben kann?

### Grammatik / Sprachbetrachtung

Es ist für die Berufsschule unmöglich zu leisten, evtl. vorhandene Defizite aus den Zubringerschulen aufzuarbeiten – und es ist auch nicht ihre Aufgabe. Sinn macht ein Grammatikunterricht im weitesten Sinne m. E. an der Berufsschule nur dann, wenn er funktional angelegt ist. Darunter versteht man im wesentlichen, dass nicht abstrakte und isolierte Kenntnisse vermittelt werden, sondern dass die jeweils spezifische kommunikative Funktion eines sprachlichen Phänomens im konkreten Zusammenhang dargelegt wird, dass man gemeinsam darüber nachdenkt und versucht, die Kompetenz im Umgang mit diesem Phänomen zu erhöhen. Dies verlangt von der Lehrkraft natürlich mehr, als nur ein bestimmtes Lernziel des Lehrplans (etwa die Fälle und korrekte Flexionen) „abzuhaken“; statt dessen muss man nachdenken, welche Bereiche der Grammatik, der Sprachbetrachtung mit welchen Situationen und Anforderungen typischerweise verbunden sind. Um wenigstens zwei konkrete Beispiele zu nennen: Ein Protokoll erfordert u. a. die korrekte Beherrschung der Modi (Konjunktiv, Indikativ) für die Wiedergabe der direkten Rede und ggf. des Plusquamperfekt (Vorvergangenheit), um Zeitabläufe in ihrer Logik verständlich darzustellen. Das Anfertigen einer Vorgangsbeschreibung oder einer Gebrauchsanweisung setzt die Fähigkeit voraus, das

Passiv und äquivalente Satzkonstruktionen (z. B. mittels der sogen. Inpersonalia wie „man“) benutzen zu können und darüber nachzudenken, wann welche Lösung besser ist.<sup>2</sup>

Dies gilt natürlich nicht in gleichem Umfang für Schüler fremder Muttersprachen, die noch gravierende Mängel in der Zweitsprache Deutsch aufweisen. In diesem Fall sind grammatische Grundkenntnisse tatsächlich erst zu erlernen im ursprünglichen Sinne des Wortes, was in den meisten Fällen nur durch innere – oder noch besser: äußere – Differenzierung zu leisten ist. Ideal wäre hier natürlich ein separater Förderunterricht durch entsprechend qualifizierte Lehrkräfte. Die entsprechenden Lehrmaterialien stehen inzwischen durchaus zur Verfügung.

### Gesprächskompetenz

Auch im Bereich des mündlichen Sprachunterrichts wird m. E. oft viel zu formalistisch vorgegangen. Dabei wird übersehen, dass jeder Regelanwendung die Einsicht, das Verständnis vorangehen sollte. Dies wird aber nur zu erreichen sein, wenn dem Nachdenken über Sprachverwendung ausreichend Zeit eingeräumt wird. (Helmut Geißner bezeichnet diesen Vorgang als „Sprechdenken“.) Um ein konkretes Beispiel herauszugreifen: Jeder kennt die Regel, dass ein Referent bei seinem Vortrag Augenkontakt zu seinem Publikum suchen soll. Die Bedeutung dieser Regel allerdings erschließt sich erst im Nachdenken über die Kommunikation: Jeder Zuhörer interpretiert alle Äußerungen, auch die nichtverbalen, eines Sprechers auf der Basis seiner Alltagserfahrungen. Neben der reinen Sachinformation enthält jede Äußerung immer auch einen Beziehungsaspekt. Was wird also der Zuhörer intuitiv vermuten, wenn ihm ein Blickkontakt verweigert wird? Auf ähnliche Weise könnten Gesprächsregeln selbst hergeleitet werden, wenn man darüber nachdenkt, wie z. B. Missverständnisse entstehen können. (Übrigens: Zur Verdeutlichung, dass tatsäch-

lich jeder Hörer eine Aussage auf seinem Alltagswissen nicht nur interpretiert, sondern sogar vorausdenkt, sind viele Witze geeignet, denn die Pointe lebt ja zumeist gerade vom Kontrast zwischen dem, was der Hörer vermutet, und dem, was dann tatsächlich folgt.)

### Schreibfähigkeit

Im Bereich des Textverfassens, der sich keinesfalls auf Rechtschreibung und korrekte Grammatik beschränken darf, müssen sicherlich die allergrößten Unterschiede in Bezug auf die Berufsrelevanz und das Vorwissen der Schüler gemacht werden. Abgesehen von den sehr schwachen und den sehr leistungsfähigen Schülern liegen die Defizite zumeist darin, dass es den Schülern an prozeduralem Wissen zur Textverfassung mangelt, d. h. ihnen also weitgehend die Fähigkeit fehlt, einen Text vom Entwurf über mehrere Arbeitsschritte hinweg allmählich zu entwickeln. In aller Regel wird, wie sie das von vielen Schulaufsätzen her gewohnt sind, einfach „drauf-los-geschrieben“ – und so sehen die Texte dann auch oft aus. Diese typische Schulaufsatz-Situation entspricht aber in keiner Weise den Realitäten, insbesondere nicht denen im Beruf. Fast immer planen wir Texte zuerst, überarbeiten sie dann und korrigieren sie am Ende. Genau diese Fähigkeiten also müssten auch im Sinne einer Methodenkompetenz verstärkt gefördert werden.

### Medienerziehung

In unserer modernen Informationsgesellschaft entfällt ein immer größerer Anteil der Kommunikation auf die „Neuen Medien“, sowohl was den Beruf als auch was das Privatleben betrifft; diese Tatsache kann der Deutschunterricht nicht ignorieren, wenn er nicht auf einen Teil seiner Legitimation verzichten will. Zur Zeit erleben wir etwa ein nahezu explosionsartiges Anwachsen betrieblicher und überbetrieblicher Fortbildungsmaßnahmen mittels der Neuen Medien (Online-Qualifikation, Tele-Learning, entsprechende CD-ROMs etc.). Gene-

rell gilt für all diese Medien, dass Medienkompetenz und sprachliche Kompetenz ganz allgemein sich untrennbar durchdringen: ein großer Teil auch multimedialer Lernkonzepte basiert auf mündlicher oder schriftlicher Sprache. Schon längst wird in der Wissenschaft vom sogenannten „erweiterten Textbegriff“ ausgegangen, worunter jegliche Art von Kommunikationssystemen eingeschlossen sind, etwa audiovisuelle oder multimediale „Texte“. Grundsätzlich können viele Konzepte, die sich im Hinblick auf traditionelle Medien bewährt haben, auch auf die Neuen Medien übertragen werden. Mehr Gewicht erhalten muss in diesem Zusammenhang allerdings das Verhältnis verschiedener medialer Anteile untereinander, wie etwa Schrift, Ton, stehende und bewegte Bilder, Animation usw.: Welche Wirkungen lösen sie aus? Wie wirken sie zusammen? Wo verstärken sie sich? Welche Arten der Manipulation ergeben sich daraus?

Einigkeit besteht heute auf jeden Fall darin, dass Medienerziehung sich gerade nicht schwerpunktmäßig nur auf den Bereich des Umgangs und des technischen Wissens beschränken sollte, nicht zuletzt auch wegen der kurzen Innovationszyklen, die das heute erworbene Anwendungswissen morgen schon wieder veralten lassen. Zudem wäre gerade dieser Bereich sicherlich sinnvoller im Fachunterricht am konkreten Beispiel zu unterrichten. Natürlich überfordert es den Deutschunterricht, wenn er auch noch im Bereich Medienerziehung die Hauptlast tragen sollte, aber gerade dieses Thema bietet sich wie kaum ein anderes für fachübergreifendes bzw. projektorientiertes Lernen an. Dem Deutschunterricht könnte dabei eine wesentliche Integrationsrolle zukommen, denn die fachorientierte Vermittlung von Medienkompetenz vernachlässigt zumeist den Bereich des Nachdenkens über die Medien selbst.

**Fazit**

Versucht man ein Fazit aus den exemplarisch dargelegten Thesen zu ziehen, zeigt sich schnell, dass der

Deutschunterricht nicht umhin kommt, sich an den gewandelten Realitäten insbesondere im Hinblick auf die im Durchschnitt immer höhere Vorbildung unserer Schüler und damit einher gehend ihr höheres Alter, auf die neue Medienrealität, auf gewandelte Berufsbilder und die in der Berufspädagogik seit Jahren propagierten neuen Anforderungsprofile zu orientieren: Mehr als bisher sollte das Fach darauf verzichten, in Konkurrenz oder im Abklatsch der allgemein bildenden Schulen nur Kenntnisse zu vermitteln, sondern Schlüsselqualifikationen zu fördern, ein Ort des Nachdenkens über Sprache, Kommunikation und Medien und des entdeckenden Lernens werden. Nur dieser Weg verspricht nämlich, der

das Fach gefährdenden Argumentationsfalle entkommen zu können: Der Deutschunterricht an der Berufsschule kann sich nur über den allgemein bildenden Auftrag legitimieren – eine zu große Orientierung nur oder hauptsächlich am Beruf führt sich demgemäß selbst ad absurdum und sägt auf dem Ast, auf dem wir letztlich sitzen. Denn, mal ehrlich, wer brauchte noch den Deutschunterricht, wenn er nur eine Kopie oder zweifelhafte Ergänzung des Fachunterrichts wäre?

<sup>1</sup> Vertiefend dargestellt z. B. in: R. Hoberg [Hg.]: Rechtschreibung und Beruf. Tübingen 1985  
<sup>2</sup> Vgl. z. B. meinen Artikel zum Verfassen von Berichten in VLB-akzente, H. 6/1996.

**bezirk  oberbayern**

**Fachschule für Schreiner und Holzbildhauer Garmisch-Partenkirchen**

Die Schule gehört zu den renommiertesten Bildungseinrichtungen für das Schreiner- und Holzbildhauerhandwerk in Deutschland. Wir verbinden Aus- und Weiterbildung am gleichen Ort in drei verschiedenen Schulformen: Berufsfachschulen für Schreiner und Holzbildhauer, Meisterschule für Schreiner, Fachakademie für Holzgestaltung (geplant wird derzeit die Einrichtung einer Fachakademie Restauratoren für Möbel- und Holzobjekte). Für alle Schulformen gilt konzeptionell ein gestalterischer Schwerpunkt in Verbindung mit hohem handwerklichen und technologischen Standard. Der Unterricht erfolgt praxisbezogen und projektorientiert.

Zum 1.9.2000 suchen wir den neuen / die neue

### Schulleiter / in

Voraussetzung für die Bewerbung ist ein Hochschulabschluss als **Innenarchitekt/in** oder **Architekt/in** und Berufserfahrung oder **Lehrer/in** mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen Fachrichtung Bautechnik / Holztechnik und einer gleichwertigen gestalterischen Qualifikation.

Wir wünschen uns eine/n Bewerber / in mit ausgeprägten gestalterischen und pädagogischen Fähigkeiten auf der Basis einer Ausbildung als Tischler/in/Schreiner/in.

Wir erwarten uns von Ihnen, dass Sie

- einen beruflichen Schulbetrieb mit verschiedenen Abteilungen fachlich kompetent, verantwortlich und effizient organisieren und richtungsweisende Perspektiven im Berufsbildungsbereich aufnehmen, umsetzen und weiterentwickeln,
- ein Mitarbeiterteam aus pädagogischem und nichtpädagogischem Personal erfolgreich führen,
- die Zielsetzung der Schule durch eigene Unterrichtstätigkeit vertreten und umsetzen,
- die Schule nach aussen repräsentieren, Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Messebeteiligungen betreiben und Kontakte vor allem zum Schreiner- und Holzbildhauerhandwerk pflegen,
- über gute allgemeine und fachspezifische EDV-Kenntnisse verfügen

Sie haben sehr gute Team- und Kommunikationsfähigkeiten, sind mit Schul-/Verwaltungsrecht und dessen Umsetzung vertraut, sind durchsetzungsfähig, flexibel und nicht auf starr geregelte Arbeitszeiten fixiert.

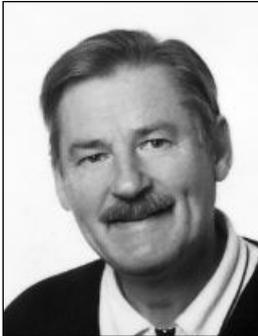
Wir bieten Ihnen eine Führungsaufgabe mit vielfältigen und interessanten Herausforderungen an Ihre eigene Kreativität und einem großen Handlungs- und Entscheidungsfreiraum, eine angenehme Arbeitsatmosphäre in einer Schule ohne Massenbetrieb in reizvoller Umgebung am Alpenrand.

Die Bezahlung erfolgt nach BesGr. A15 bzw. VergGr. Ia. Bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen wird eine Amtszulage gewährt.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung, die bis zum 31. 3. 2000 bei uns eintreffen sollte.

**Fachschule für Schreiner und Holzbildhauer**  
 Hauptstr. 70, 82467 Garmisch-Partenkirchen, Tel. 08821/9592-0 Fax 08821/9592-99

## Europa-Projekt an der Staatlichen Berufsschule Neumarkt:

*Sokrates-Comenius 1: Ein Zwischenbericht*

DR. KLAUS HERMANN

**Ziele des gemeinsamen Projekts**

Seit Frühjahr 1998 beteiligt sich die Staatliche Berufsschule Neumarkt an dem europäischen Bildungsprojekt „Comenius 1“. Ziel des vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament beschlossenen Programms „Sokrates“ sind multilaterale Partnerschaften und Aktivitäten im Bereich der interkulturellen Erziehung. Vor diesem Hintergrund schlug die Landesberufsschule Mistelbach in Niederösterreich – Partnerstadt von Neumarkt in der Oberpfalz – im Herbst 1997 der staatlichen Berufsschule Neumarkt die Mitarbeit an dem europäischen Bildungsprojekt vor. Die Landesberufsschule in Mistelbach beteiligte sich dabei als koordinierende Einrichtung. Das gemeinsam mit zwei weiteren Partnerschulen, der Landesberufsschule Bregenz 2/Österreich und dem Bracknell and Wokingham College in Bracknell/England durchgeführte Projekt „Bau- und Kommunalmaschinenmechaniker“ sieht die gemeinsame Erarbeitung eines Berufsbildes mit Rahmenlehrplan für diesen neuen Lehrberuf vor. Das Ergebnis soll den zuständigen Stellen in Bayern für eine Ordnung des Berufes vorgeschlagen werden. Das Konzept für dieses neue Berufsbild wird in Kooperation mit den europäischen Partnerschulen unter den länderspezifischen Schwerpunkten und

Besonderheiten erstellt. Dazu ist ein hohes Maß an Kommunikation, wie z. B. gegenseitige Besuche und Informationsaustausch per Telefon, Fax, Internet und e-mail, zwischen den Partnerschulen notwendig. In allen beteiligten Schulen arbeiten am Projekt auch Schülerinnen und Schüler mit. Das Projekt wurde erst durch die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union, vertreten durch die Nationale Agentur für das Sokrates-Programm im Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland – Pädagogischer Austauschdienst – möglich.

**Bisherige Aktivitäten**

Zu Beginn des Jahres 1998 trafen sich Vertreter der koordinierenden Schule aus Mistelbach zu einem ersten informellen Gespräch an der Staatlichen Berufsschule Neumarkt i. d. OPf. Dabei wurden die Ziele und der inhaltliche Rahmen des gemeinsamen Projekts „Bau- und Kommunalmaschinenmechaniker“ abgesteckt.

Im Frühjahr 1998 kam dann das Bracknell and Wokingham College aus Bracknell in England – zwischen London und Oxford gelegen – als weitere Partnerschule hinzu. Bald darauf fand eine Arbeitssitzung unter Beteiligung der Landesberufsschule Mistelbach und des Bracknell and Wokingham College an der Berufsschule Neumarkt statt. Während dieses Meetings wurden die länderspezifischen Schwerpunkte aufgezeigt und der gemeinsame Weg zu einem Berufsbild mit Rahmenlehrplan festgelegt.

Anfang Dezember 1998 besuchten die Verantwortlichen der Berufsschule Neumarkt, Rüdiger Cedl und Dr. Klaus Hermann, der zugleich das Projekt an seiner Schule koordiniert, die Landesberufsschule Mistelbach in Niederösterreich. Unter der Leitung der federfüh-

renden Schule aus Mistelbach fand ein dreitägiger Studienbesuch statt, an dem auch Vertreter des Bracknell and Wokingham College und der neu hinzugekommenen Partnerschule aus Bregenz in Österreich teilnahmen. Auf dem Arbeitstreffen wurden die bisherigen Ergebnisse für das neue Berufsbild „Bau- und Kommunalmaschinenmechaniker“ ausgetauscht. Besuche im Kreisbauhof und in der Straßenmeisterei Mistelbach standen ebenso auf dem Programm wie ein Besuch in einem für die Gegend typischen Weinkelner. Die Arbeitssitzungen waren Dank der hervorragenden Organisation seitens der österreichischen Gastgeber sehr effektiv und das Rahmenprogramm war angenehm abwechslungsreich. Auf diesem Symposium wurde der europäische Gedanke in die Tat umgesetzt.

Zu einem weiteren Erfahrungsaustausch trafen sich in England Vertreter der beruflichen Schulen aus Mistelbach, Bregenz und Neumarkt. Während des Arbeitstreffens, das vom 12. bis 17. Mai in Bracknell, nahe Schloss Winsor, stattfand, wurden die im Dezember 1998 in Mistelbach begonnenen Arbeiten am Entwurf eines Berufsbildes mit Rahmenlehrplan für den „Bau- und Kommunalmaschinenmechaniker“ fortgeführt. Aufschlussreiche Informationen und Anregungen erhielten die Teilnehmer während der Besuche bei Zeneca Agrochemicals und im National Construction College in King's Lynn, Norfolk. Einer der Höhepunkte während der Besichtigungen war der Besuch der ca. 80 Jahre alten Thames Water Pumping Station in Hampton, nahe London City, die als ingenieurmäßige Meisterleistung auf dem Sektor des Maschinenbaus zu Beginn des 20. Jahrhunderts galt. Auf diesem, von den englischen Gastgebern in vorbildlicher Weise organisierten Arbeitstreffen, wurden neben Gemeinsamkeiten im Bildungswesen aber auch Unterschiede in Aufbau und Organisation der beruflichen Bildungseinrichtungen der beteiligten europäischen Länder festgestellt.

Vom 13. bis 17. Oktober trafen sich an der Staatlichen Berufsschule Neumarkt i.d.OPf. zu einem weiteren Arbeitstreffen Vertreter der Landesberufsschule Mistelbach, der Landesberufsschule Bregenz 2 und des Bracknell and Wokingham College aus England. Ziel war es, einen während des Studienbesuches im Mai 1999 in Bracknell erarbeiteten Entwurfs eines Berufsbildes mit Rahmenlehrplan für den „Bau- und Kommunalmaschinenmechaniker“ in seinem Inhalt unter den länderspezifischen Schwerpunkten und Besonderheiten weiter auszuformen. Informationen und Anregungen für das gemeinsame Projekt erhielten die Teilnehmer während der Besuche in der Baumaschinen-Abteilung der Fa. Max Bögl, Neumarkt in der Oberpfalz, des Kreisbauhofes Neumarkt und der Kläranlage der Stadt Neumarkt. Die Teilnehmer konnten sich über die Aufgaben und Tätigkeiten des „Baumaschinenmechanikers“ – der immer noch kein Ausbildungsberuf ist – ausgiebig informieren. Eine Besichtigung der Stadt Nürnberg stand ebenso auf dem Programm wie eine Diskussionsrunde zwischen Vertretern der gewerblichen Wirtschaft, der Kommune und Lehrern der Berufsschule. Den krönenden Abschluss des Treffens bildete am 17. Oktober 1999 die 125-Jahr-Feier der Staatlichen Berufsschule Neumarkt.

### Besonderheiten und Probleme bei der Projektarbeit

Das Berufsbild des „Bau- und Kommunalmaschinenmechanikers“ gibt es in den am Projekt beteiligten Ländern bisher nicht. Im folgenden sei nur auf die Situation in Deutschland bzw. im Bundesland Bayern hingewiesen. Nach Umfragen („Fragebogenaktionen“), die von Schülern der Landesberufsschule Mistelbach und der Staatlichen Berufsschule Neumarkt jeweils in ihren Landkreisen durchgeführt wurden, wünschen sich den „Bau- und Kommunalmaschinenmechaniker“ sowohl die Bauindustrie als auch die Kommunen mit ihren Kreisbauhöfen, Straßenmeistereien

und diversen anderen Einrichtungen. Es besteht also durchaus Bedarf an diesem neuen Ausbildungsberuf in den am Projekt beteiligten Ländern. Bisher mussten die zukünftigen Baumaschinenmechaniker den Umweg über den „Landmaschinenmechaniker“ gehen, die sich dann nach der Ausbildung durch innerbetriebliche Weiterbildungsmaßnahmen die nötigen Fachkenntnisse aneigneten. Die Bauindustrie bestätigt die Tatsache, dass neben Landmaschinenmechanikern auch Kfz-Mechaniker die Arbeit eines „reinen“ Baumaschinenmechanikers verrichten müssen. Die Gesellen beginnen nach ihrer Ausbildung als Landmaschinen- oder Kraftfahrzeugmechaniker im Baumaschinen-Sektor neu „zu lernen“, da die für die Ausübung des Berufes notwendigen Spezialkenntnisse nur zum Teil mit den Lerninhalten eines Landmaschinen- oder Kfz-Mechanikers abgedeckt werden können. Sowohl Bauindustrie als auch Kommunen sind sich einig, dass die Auszubildenden in Zukunft keinen Umweg mehr über den „Landmaschinenmechaniker“ gehen sollten, um dann später ausschließlich als „Baumaschinenmechaniker“ zu arbeiten. Die Bauwirtschaft kann sich eine derartige Redundanz – schon aus wirtschaftlichen Gründen – nicht leisten. Nachdem die Landmaschinenmechaniker-Innung es bisher nicht erlaubte, innerhalb der dreieinhalbjährigen Ausbildung zum „Landmaschinenmechaniker“ den neuen Ausbildungsberuf „Baumaschinenmechaniker“ von ihrem Berufsbild abzukoppeln, wäre durchaus folgende Kompromisslösung denkbar: Nach einer mit den „Landmaschinenmechanikern“ gemeinsamen Grund- und Fachstufe (Jahrgangsstufen 10 und 11) soll ab der 12. Jahrgangsstufe (3. Ausbildungsjahr) eine 1<sup>1/2</sup>-jährige getrennte Beschulung bis zur Schulabschluss- und Gesellenprüfung erfolgen. Auch sollten die Absolventen separate Lehrabschlüsse in den beiden Ausbildungsberufen erhalten. Die Prüfung sollte unter der Obhut der Landmaschinenmechaniker-In-

nung durch einen Prüfungsausschuss erfolgen, dessen Mitglieder auf dem Baumaschinensektor entsprechende Erfahrung haben. Obwohl sich Bauindustrie und Kommune einig sind, dass es besser wäre, eine Trennung in zwei eigene Ausbildungsrichtungen schon nach dem 1. Lehrjahr, also nach der gemeinsamen Grundstufe, durchzuführen, dürfte der beschriebene Vorschlag als ein möglicher Weg aus der Sackgasse sein. Diese Kompromisslösung würde ein erster Schritt in die richtige Richtung bedeuten. Im Rahmen der Aufgabengebiete des Baukompetenzzentrums Neumarkt wäre auch an der Staatlichen Berufsschule Neumarkt ein Pilotprojekt zum „Bau- und Kommunalmaschinenmechaniker“ denkbar. So könnte zum Beispiel in einem Modellversuch der neue Beruf zur Erprobung eingeführt werden.

### Wie geht es weiter?

Die am Europaprojekt beteiligten vier beruflichen Schulen werden in diesem Jahr die Arbeiten für das neue Berufsbild mit Rahmenlehrplan zum „Bau- und Kommunalmaschinenmechaniker“ fortführen. Dafür sind weitere Arbeitstreffen sowie Lehrer- und Schüleraustauschmaßnahmen geplant. Das nächste Meeting findet im März 2000 in Bregenz am Bodensee statt. Für das Schuljahr 2000/01 beabsichtigen die Landesberufsschulen Mistelbach und Bregenz sowie das Bracknell and Wokingham College den neuen Beruf in einer einjährigen Erprobungsphase einzuführen. Die Staatliche Berufsschule Neumarkt hofft, dass bis zu diesem Zeitpunkt bildungspolitische und innungsspezifische sowie organisatorische Hürden auf einem lohnenswerten Weg genommen werden, um das neue Berufsbild auch in Bayern oder evtl. sogar bundesweit anbieten zu können. Schließlich bleibt zu hoffen, dass das gemeinsame Projekt im Sinne des europäischen Gedankens und letztlich zum Wohle unserer Auszubildenden erfolgreich abgeschlossen werden kann. ▼

**Das neue BLK-Programm:****„Kooperation der Lernorte in der beruflichen Bildung (KOLIBRI)“****Dritte Antragsrunde ist gestartet**

Das neue Modellversuchsprogramm, für das in vier Jahren ca. 24 Mio. DM (Bund/BMBF und Länder) zur Verfügung stehen, ist zum 01. Oktober 1999 in einer ersten, und zum 31.12.1999 in einer zweiten Antragsrunde mit verschiedenen Vorhaben gestartet. Innerhalb dieses Programms können noch weitere Programmelemente gefördert werden, die in der Regel eine Laufzeit von drei Jahren haben. Das Modellversuchsprogramm soll gezielt an bereits verfügbare Erkenntnisse und Erfahrungen zur Lernortkooperation ansetzen. Modellversuche in diesem Programm müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern können auch an Bekanntem und Bewährtem ansetzen und die Erfahrungen weiterführen. Wesentlich für die Einreichung von Förderanträgen ist es daher, dass sie möglichst genau in die Maßnahmenbereiche passen, die den Innovationsfokus des Programms umschreiben. Insgesamt werden 5 Maßnahmenbereiche ausgeschrieben:

1. Entwicklung von kooperativen Konzepten zur Curriculumpräzisierung vor Ort sowie von Instrumenten zur ausbildungsprozessbegleitenden Beurteilung von Methoden- und Sozialkompetenz.
  2. Entwicklung von ordnungspolitisch kompatiblen Modulkonzepten mit Verbindungen zur beruflichen Weiterbildung.
  3. Integration und didaktische Gestaltung von Praxisbezügen in vollzeitschulischen Ausbildungsgängen.
  4. Lernortübergreifende Entwicklung von Förderansätzen zur Sicherung des Ausbildungserfolgs von besonderen Zielgruppen.
  5. Entwicklung der institutionellen und personellen Bedingungen zur Intensivierung und Verstetigung von Lernortkooperation.
- Das Programm richtet sich an be-

rufliche Schulen, Institute in der beruflichen Bildung, sowie Einrichtungen der Lehreraus- und -weiterbildung, die einen modellhaften Beitrag zur Kooperation der Lernorte in der beruflichen Bildung leisten möchten. Neben Einzelprojekten können auch Verbundprojekte gefördert werden, in denen Berufsbildungsinstitutionen oder mehrere berufliche Schulen mit externen Partnern aus Hochschule bzw. Wissenschaft ein Projektkonsortium bilden.

Interessierte Institutionen wenden sich bitte an den Programmträger (s. u.), der zur Beratung bei der Planung,

Beantragung und Umsetzung des Modellversuchs zur Verfügung steht. Der endgültige Abgabeschlusstermin ist auf Anfrage erhältlich.

Zur Vorabinformation können Dossiers zu den einzelnen Maßnahmenbereichen sowie eine aktuelle Programminformation für Antragsteller beim Programmträger angefordert werden. Beides ist aber auch im Internet unter folgender Adresse abzurufen:

<http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/WiPd/seiten/kolibri/kolibriindex.html>

Anfragen richten Sie bitte an:

Lehrstuhl für Pädagogik, insb. Wirtschaftspädagogik

Prof. Dr. Dieter Euler

Universität Erlangen-Nürnberg

Lange Gasse 20, 90403 Nürnberg

Tel.: 09 11/53 02-3 22

Fax: 09 11/53 02-3 54

E-Mail: [knippel@wiso.uni-erlangen.de](mailto:knippel@wiso.uni-erlangen.de)

**Glosse****Exempla trahunt**

Jeder Pädagoge freut sich über Beispiele, um den oft trockenen Lehrstoff zu veranschaulichen. Die Spenden-Affäre bietet besonders einem Handelslehrer einleuchtende Beispiele für viele Unterrichtsfächer:

1. Buchführung: Die Grundsätze der ordnungsmäßigen Buchführung, verankert im HGB, verlangen, dass die Eintragungen in den Büchern vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet vorzunehmen sind. Zahlungen ohne Belege (schwarze Kassen) sind ein Verstoß gegen diese gesetzlichen Vorschriften.
2. Wirtschaftslehre: Zahlungsverkehr (bare, halbbare, bargeldlose Zahlung). In der Spendenaffäre wird gezeigt, dass auch die eigentlich veraltete Barzahlung bei Millionenbeträgen in manchen Fällen durchaus noch ihre Berechtigung hat.
3. Sozialkunde: Gemäß Art. 21 Grundgesetz müssen die Parteien über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel Rechenschaft abgeben. Dass es dafür eines Untersuchungsausschusses (siehe [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)) und eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens bedarf, weiß sicher nicht jeder Jugendliche.  
Das abstrakte Thema "Gewaltenteilung" lässt sich künftig mit der gegenwärtigen Arbeit der Justiz (Staatsanwaltschaft, Gerichte) zeigen. Einen Leckerbissen der Anschaulichkeit bietet aber die funktionierende Gewaltenteilung durch die Opposition im Bundestag und durch die Macht der vierten Gewalt (Presse, Medien) bei der Aufdeckung der Transaktionen.
4. Rechnungswesen: Die "schwarze" Verteilung von Spenden, die fehlende Besteuerung von Kapitalerträgen aus Treuhandkonten fordert geradezu dazu heraus, den Zinsverlust für den Fiskus mit der Zinsformel zu berechnen.
5. Religion/Ethik: Die Notwendigkeit ethischer Grundsätze in Wirtschaft und Politik ist ab jetzt sofort einsichtig. Die Verführung des Menschen durch Macht und Geld kann exemplarisch gezeigt werden. Die geistig-moralische Wende, die Herr Dr. Kohl zu Beginn seiner Amtszeit als Bundeskanzler angekündigt hat, wird nun hoffentlich eintreten.

Es werden sicher in den nächsten Wochen und Monaten weitere fächerübergreifende Unterrichtshilfen im Laufe der Spendenaffären kostenlos angeboten werden. Ein lernbereiter Handelslehrer bedankt sich bereits jetzt.

*Richard Kuhner*

## Bezirks- und Kreisverbände

### KV-Nürnberg

#### Traditionelle Jahresabschlussfeier

„Der bewegte Verband“ oder „Das bewegte Schulwesen der Stadt Nürnberg“ hätten als Überschrift für den Jahresrückblick 1999 dienen können. Ein bewegtes Jahr war es allemal. Im Mittelpunkt stand für einen großen Teil der Verbandsmitglieder die „Umsetzung der Strukturreform an den beruflichen Schulen der Stadt Nürnberg“, kurz Umstrukturierung genannt. Reinhold Burger, stellv. Kreisvorsitzender, stellte diesen Vorgang deshalb auch an den Anfang seines Rückblicks und wies darauf hin, dass es der VLB war, der sich intensiv mit mehreren Veranstaltungen an der Strukturdiskussion aktiv beteiligte. „Der Verband ist den Ansprüchen, die an ihn gestellt werden in dieser Sache voll gerecht geworden“ konstatierte er.

Unerfreulich, so musste festgestellt werden, war das berufsbedingte Ausscheiden von Prof. Dr. Egon Trump aus dem Vorstand. Der Logistikexperte wurde mit einem Wanderbuch seiner neuen Wahlheimat Lörrach und einem limitierten, maßstabsgetreuen Lkw-Modell der Firma Nagel-Logistics-United Kingdom verabschiedet.

In seiner Situationsbeschreibung stellte Burger fest, dass derzeit das Engagement der jüngeren Mitglieder nicht den Erwartungen entspricht. Zukünftig muss sich der Verband mehr mit den Bedürfnissen dieser Altersgruppe auseinandersetzen, um sie für eine aktive Mitgliedschaft im Verband zu aktivieren. Dies könnte in Arbeitskreisen geschehen, die ja nicht zwangsläufig streng institutionalisiert sein müssen. Es ist Aufgabe des Verbandes Impulse für solche Arbeitsgruppen zu geben und für sie ein Forum zu schaffen. Hierfür benötigt der Verband jedoch die Ideen und den

Einsatz der Mitglieder. Reinhold Burger appellierte an die Anwesenden, diese Gedanken an die nicht anwesenden Mitglieder weiterzugeben und die Vorstandschaft durch eine rege Beteiligung an den geplanten Veranstaltungen und in konstruktiven Gesprächen zu unterstützen.

Anschließend richteten die beiden Vertreter des Rates der Stadt Nürnberg, Franz Gebhardt für die CSU-Fraktion und Theodorakis Agathagelitis für die SPD-Fraktion, Grußworte an die Mitglieder. Brigitte Wellhöfer, B90/Die Grünen, konnte aus terminlichen Problemen leider nicht persönlich teilnehmen.

Horst Lochner, der Bezirksvorsitzende Mittelfrankens, nahm mit der stellv. Kreisvorsitzenden Ann-Margret Müller die Ehrungen vor. An der Spitze standen diesmal Kollegin Kristin Raab, die an der Beruflichen Schule 14 unterrichtet und drei Kollegen: Dieter Junge, Schulleiter der Beruflichen Schule 11, Karl May von der Beruflichen Schule 4 und Gerd Schlegel aus der Beruflichen Schule 1. Sie wurden für 30 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Auf 25 Jahre Mitgliedschaft konnte Hanns-Werner Heckel zurückblicken. Für 20 Jahre Mitgliedschaft wurde Ramona Schneider, Werner Reichenbach und Stefan Schopper sowie Jürgen Anzt vom Berufsbildungswerk geehrt. 10 Jahre sind Ute Baur, Jutta Horn, Wilhelm Fensel, Hermannfried Heller und Klaus-Arnold Metzlaß im Verband. Dem Goethejahr angepasst erhielten die Jubilare zu ihren Urkunden die Erzählung „Goethe und der Ginkyo“ von Siegfried Unseld.

Dies stimmte auf den folgenden Programmpunkt ein. Wie bereits im vergangenen Jahr war es unserem Kontaktkollegen Manfred Müller gelungen, den Pantomimen Werner Müller mit Ausschnitten aus seinem Programm „Goethe zum Vergnügen“ zu gewinnen. In seiner einzigartigen Mischung aus Erzählkunst, Pantomime und Körpertheater begeisterte er die nahezu 70 anwesenden Mitglieder und Gäste. Goethes Beziehungen zum weiblichen Ge-

schlecht stand im Mittelpunkt der Darbietung, die durch einige Zugaben ergänzt wurde.

Nach diesem kulturellen Höhepunkt wünschte der gesamte Vorstand ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahrtausend. Heitere Gespräche zwischen den Teilnehmern ließen den Abend ausklingen.

*Reinhold Burger*

#### "Schulinnovation 2000"

Am Augsburger Kongress "Schulinnovation 2000 – Schulen auf dem Weg" (11./12. April 2000) nehmen auch zwei Berufsschulen der Stadt Nürnberg, B2 und B3, als aktive Schulen teil. Beide freuen sich darauf, ihr Konzept einer Pädagogischen Schulentwicklung in der Augsburger Kongresshalle präsentieren und mit den Besucherinnen und Besuchern diskutieren zu können.

In diesem Zusammenhang weist der Kreisverband Nürnberg auch auf sein Vorhaben hin, nach dem Kongress einen Arbeitskreis "Pädagogische Schulentwicklung" ins Leben zu rufen. Ziel soll es sein, allen interessierten Mitgliedern eine Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch zu allen Feldern der "Organisation Schule" zu bieten, die bei Weiterentwicklungsprozessen in pädagogischer, aber auch in bildungspolitischer und dienstrechtlicher Hinsicht betroffen sind.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen werden gebeten, sich diesbezüglich mit Dr. Manfred Müller (beratendes Mitglied des Kreisverbandes Nürnberg in Sachen Pädagogische Schulentwicklung) in Verbindung zu setzen, damit die inhaltliche Gestaltung des Arbeitskreises so nah wie möglich an den Erwartungen der Interessentinnen und Interessenten ausgerichtet werden kann.

Kontaktadresse: Berufsschule 3 Nürnberg, Dr. M. Müller, Sulzbacher Str. 102, 90489 Nürnberg, Tel.: (0911) 2 31 28 10, E-Mail (privat): [dr.m.h.mueller@t-online.de](mailto:dr.m.h.mueller@t-online.de).

*Dr. Manfred Müller*

## KV Oberbayern-Nordwest und Südwest

### Kontaktlehrertagung in Starnberg

#### Mehr Schüler in weniger Klassen

Von der deutschsprachigen Schweiz bis ins Saarland und nach Hessen reicht der Sprengel für Fischwirte an der Berufsschule Starnberg, wo der stellvertretende Schulleiter Bruno Albrecht und der Kreisvorsitzende Peter David im November 1999 die Kontaktlehrer von Oberbayern Nordwest und Südwest zu ihrer Herbsttagung begrüßen konnten. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Referat von Bezirksvorsitzenden und Bezirkspersonalrat Peter Wawra über die Lage an den oberbayrischen Berufsschulen.

An den staatlichen Schulen gibt es 499 Berufsschüler mehr, aber zwei Klassen weniger als im Vorjahr, wobei die Situation an den einzelnen Schulen sehr unterschiedlich ist. Die Stadt München hat 1.378 Berufsschüler und 54 Klassen mehr. Es wird vermutet - endgültige Klarheit besteht noch nicht - dass „Miniklassen“ vom Freistaat nach München verlagert werden. Die durchschnittliche Klassenstärke liegt in Oberbayern bei 21,69 Schülern und ist damit im Vergleich zum Vorjahr mit einer Klassenstärke von 21,3 leicht angeiegen.

Sieben Planstellen konnten in Oberbayern nicht besetzt werden. Die Stadt München hat mit 120 Berufsschullehrern so viele Neueinstellungen wie niemals zuvor vorgenommen; viele Bewerber beim Freistaat, die eine für sie unattraktive Stelle zugewiesen bekommen hatten, wie z.B. eine Dreiviertelstelle oder einen unerwünschten Dienstort, sind nach München auf eine volle Stelle gegangen. In Oberbayern konnten 23 neue Berufsschullehrer eingestellt werden, dazu kommen noch sechs „Grenzgänger“ aus benachbarten Regierungsbezirken.

Von den 23 Anträgen auf Altersteilzeit - an fast jeder staatlichen Berufsschule ein Lehrer - wurden alle



Peter Wawra berichtet den Kontaktlehrern, rechts Kreisvorsitzender Peter David

genehmigt. Im Vorfeld war aber ein Kollege der Aufforderung nachgekommen, seinen Antrag zurückzuziehen, weil an seiner Schule sonst erhebliche Mehrarbeit angefallen wäre. Wawra geht davon aus, dass die Genehmigung von Altersteilzeit in Zukunft restriktiver gehandhabt wird.

Die Mehrarbeit an den staatlichen Berufsschulen beträgt 119 Stunden pro Woche, was eine Zunahme von 17,82% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Der Unterrichtsausfall hat ebenfalls zugenommen und macht jetzt 436 Stunden aus, ein Plus von 33,33%, wobei in erster Linie die Fächer Deutsch, Religion und Sport betroffen sind, in geringerem Maße auch Sozialkunde. Der Ausfall lässt sich mit nebenberuflichen Lehrkräften kaum ausgleichen, da die Schulleiter gehalten sind, mit dem Etat für Nebenberufliche so sparsam wie möglich umzugehen.

Man kann davon ausgehen, dass sich der Trend zu mehr Schülern in weniger Klassen fortsetzen wird, da die derzeitigen Referendare nur noch 60% der ausscheidenden Lehrer ersetzen können. Das übliche Maß an Zuwanderung aus anderen Bundesländern wird diese Lücke nicht schließen. Auf Anfrage aus dem Kreis der Kontaktkollegen bestätigt HPR Horst Hackel, dass im Kultusministerium erwogen wird, stellungslose Gymnasiallehrer über ein zweijähriges Zusatzstudium zu Berufsschullehrern umzuschulen. Konkret liegt noch nichts vor; die Maßnahme soll aber streng kontingentiert werden. Berufsschullehrer einiger Bun-

desländer können in Bayern nicht eingestellt werden, weil ihre Ausbildung nicht anerkannt wird. Auf Anregung von Dr. Elfriede Bärwinkel wird der Verband beauftragt, darauf hinzuwirken, dass zunächst solche Berufsschullehrer anerkannt und eingestellt werden, bevor Philologen an die Berufsschule kommen.

Aufgrund einer Änderung des BayEUG fällt die BAS als eigene Schulform in Zukunft weg; die BAS-Lehrer werden in die Berufsschulen integriert. Die noch ausstehenden Einweisungen in eine Funktionsstelle A 15 wurden noch nicht beschieden, es stehen aber für Beförderungen nach A 14 und A 15 genügend Stellen zur Verfügung, wobei zu beachten ist, dass die Beförderungswartezeiten bereits vor einiger Zeit um zwölf Monate verlängert wurden.

Hauptpersonalrat Horst Hackel dankt allen Kollegen für die an der Basis geleistete Arbeit, die zu dem hervorragenden Ergebnis des VLB bei den Hauptpersonalratswahlen geführt hat. Die Staatsregierung hat neue Beurteilungsrichtlinien entworfen; der Hauptpersonalrat wird diesen Entwurf ablehnen. In Arbeitskreisen will der Verband einen eigenen Entwurf erarbeiten. Des Weiteren setzt sich der HPR für die Abschaffung der Zweidrittel-Stellen ein. LUZ ist endgültig gestrichen worden, es gilt wieder die Mehrarbeitsverordnung. Über die Aufrechnung und Übertragung von Stunden und über die Beurlaubung von Prüfungsklassen wird der Hauptpersonalrat in VLB-akzente informieren.

Wieland Schöne

## KV Bayreuth-Pegnitz

### Kreisversammlung

Wie immer vor dem Jahreswechsel fand die diesjährige VLB-Kreisversammlung in den Räumlichkeiten der BS II Bayreuth statt. Als Gast referierte Regierungsamtmann Hübner von der Bezirksfinanzdirektion Ansbach (Außenstelle Bayreuth) über das Versorgungsrecht der Beamten. Der stellvertretende Landesvorsitzende Armin Ulbrich und die stellvertretende Bezirksvorsitzende für Oberfranken, Dr. Angelika Rehm, nahmen Stellung zu aktuellen Fragen des beruflichen Schulwesens.

Ein Thema, das im Kollegium z. Z. diskutiert wird, ist der Unterrichtsausfall, der ab Beginn der Prüfung bei der IHK/HWK eintritt, weil die Berufsschüler dann nicht mehr die Berufsschule besuchen. Eindeutige Regelungen seitens des KM sind nicht vorgegeben. Einzelne Berufsschulen praktizieren im voraus "selbstgestrickte" Lösungen zum Thema Unterrichtsausfall. In der Vergangenheit gehörten Lehrkräfte mit Vertretungsstunden schon immer zu den Verlierern, da diese Stunden mit den Ausfallstunden verrechnet wurden. Nun gibt es in einer Schule sicher Lehrkräfte, die in mehreren Prüfungsausschüssen in vielfältiger Form aktiv sind. Rechnet man den Ausfallstunden die Stun-

den für ehrenamtliche Tätigkeit dagegen, stellt sich heraus, dass diese Lehrkräfte viel fleißiger sind, als angenommen wird. Es drängt sich dabei der Frage auf, warum gerade die Berufsschule der Vorreiter bei einer Unterrichtskompensation sein soll. Eine Antwort des KM könnte sein, dass bei einer Berufsschuldauer von drei Jahren ca. ein Drittel aller Lehrkräfte betroffen sind, beim Gymnasium nur ca. 1/9 der Lehrkräfte. Welche Antworten können bei den Fachoberschulen, Berufsoberschulen Wirtschaftsschulen und Realschulen erwartet werden? Eine Lösung des Problems ist momentan nicht in Sicht, noch vielfältige Überlegungen sind anzustellen.

Als Höhepunkt der Veranstaltung galt die Ehrung langjähriger Mitglieder im VLB. Der VLB-Kreisvorsitzende Paul Beetz bedankte sich bei allen Jubilaren recht herzlich für die langjährige Treue zum Berufsverband, außerdem wurden Glückwünsche von Armin Ulbrich und Dr. Angelika Rehm übermittelt. Auf eine 45-jährige Mitgliedschaft können Annemarie Döllfelder und Helmut Münch zurückblicken, Erich Frey auf 40 Jahre, Melitta Stahl auf 35 Jahre, Sigmund Müller, Kurt Mühlhäuser und Norbert Preininger auf 30 Jahre, Manfred Festel und Horst Rustler auf 25 Jahre. Der VLB-Kreisverband verabschiedete sich mit den besten Wünschen für das neue Jahrtausend. *Paul Beetz*

## Referate und Fachgruppen

### Fachgruppe Hauswirtschaft

### VLB trifft unterfränkische SPD-Landtagsabgeordnete

„Keine Fachlehrer aus der Retorte!“, hieß es im Plädoyer für die Erhaltung der berufsbezogenen Fachlehrausbildung anlässlich eines Gespräches des VLB mit unterfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten in Würzburg. Dazu eingeladen waren auch Betroffene, also Studierende und Eltern.

Sorge bereiten die Anträge von SPD und CSU, einen Modellversuch mit verändertem Ausbildungsverlauf zu starten, obwohl sich die 1998 vom Landtag beschlossene Neuordnung an Fachakademien in erstmaliger Durchführung befindet, deren frühester Erstabschluss im Juli 2000 erfolgen kann.



Bild von links: Paul Beetz, Ruth Bankmann, Erich Frey, Annemarie Döllfelder, Manfred Festel, Sigmund Müller, Kurt Mühlhäuser, Horst Rustler, Dr. Angelika Rehm, Helmut Münch und Armin Ulbrich.

Dieses Foto ...



... liebe Leserinnen und Leser, erscheint Ihnen sicher bekannt. In der Tat, wir hatten es in unserer Januar Ausgabe bereits veröffentlicht, weil sich damals unverhofft Platz ergab, der gefüllt werden mußte. Die Gesprächsrunde mit den Sozialdemokraten im Städtischen BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen, Würzburg, hatte kurz vorher stattgefunden hatte. Die journalistisch nicht übliche Vorgehensweise einer Doppel-Veröffentlichung wollen Sie uns bitte verzeihen. Der Information tut es keinen Abbruch – im Gegenteil – und die Abgebildeten werden nicht böse sein. Sie sind von links MdL Rainer Boutter, Dorothea Helbig (VLB), Hermann Sauerwein (VLB), MdL Karin Pranghofer, Schulleiter Wilhelm Ott, MdL Gerhard Hartmann, Carolin Oesmann (Studierende), Herbert Stappf (Elternvertreter), MdL Ruth von Truchseß, Verena Hartmann und Elke Röhner (Studierende), Barbara Kaschkat (stellvertretende Schulleiterin).

Inhaltlich formulierten anwesende Fachlehrerinnen und Studierende an Fachakademien berechnete Einwände gegen die am Institut (favorisiert von CSU) oder Fachakademien (favorisiert von SPD) geplanten Modellversuche: Eine reine Institutsausbildung ist in zweifacher Hinsicht abzulehnen, da die Ausbildung zu wenig berufsbezogen verläuft und somit eine Fachlehrertätigkeit eingeengt wird im Vergleich zur bisherigen Ausbildung, die zugleich mehrere Berufsschlüsse beinhaltet.

Dadurch sinken auch drastisch die Berufschancen für die Absolventen, die als ‚Staatlich geprüfte Hauswirtschaftliche Betriebsleiterin‘ vielfältig einsetzbar sind (z. B. in der Energieberatung oder Cateringmanagement etc...)

Über diese ‚Eingleisigkeit‘ hinaus ist zu befürchten, dass eine weitere Verkürzung der Ausbildungszeit zu pädagogischen Überforderungen führen kann, wenn zu junge Fachlehrkräfte eigenverantwortlichen Unterricht mit 20 Jahren übernehmen müssen.

Insgesamt konnte in einer sachlichen Gesprächsatmosphäre Konsens in den vorgenannten Punkten erzielt werden, was durch den allgemeinen Wunsch den beruflichen Bildungsweg zu erhalten noch abgerundet wurde. *Dorothea Helbig*

### FG Bautechnik

### Wegweiser zu 18 modernisierten Berufen in der Bauwirtschaft

Die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft ist in der Zukunft angekommen. Mit modernisierten Ausbildungsregelungen für 18 Berufe in der Bauwirtschaft wird seit dem 1. August 1999 dem umfassenden Wandel Rechnung getragen, der sich im Baubereich in den letzten zwei Jahrzehnten vollzogen hat. Um allen an der Berufsausbildung im Baubereich Beteiligten die Übertragung der nach 25 Jahren grundlegend modernisierten Regelungen in ihre tägliche Ausbildungspraxis zu

erleichtern, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zusammen mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. und dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V. die wichtigsten Merkmale der Neuordnung in einer Broschüre zusammengestellt. Ziel dieses praktischen Wegweisers zu den neuen Berufen in der Bauwirtschaft ist, den Ausbildungsbetrieben, Ausbildern, Berufsschullehrern, Auszubildenden und schließlich der interessierten Fachöffentlichkeit die entscheidenden Überlegungen und Hintergründe der Neuordnung verständlich zu machen, einzelne Aspekte näher zu erläutern und so zu einem besseren Verständnis der neuen Ausbildungs- und Prüfungsregelungen in der Bauwirtschaft beizutragen. Die Broschüre stellt die wesentlichen Inhalte, Strukturen und die Organisation der modernisierten Ausbildung in der Bauwirtschaft einschließlich der neuen Regelungen für die Gesellen- und Abschlußprüfung vor und erläutert

- die berufliche Grund- und Fachbildung
- die Stufung der Ausbildung
- die Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten
- den Berufsschulunterricht
- die Abschlußprüfung/Gesellenprüfung und
- den neuen Ausbildungsberuf „Spezialtiefbauer/in“.

Übersichten über die Berufsbilder, ihre zeitlichen Richtwerte und ihre inhaltlichen Strukturen komplettieren diesen praktischen Ratgeber für die Ausbildung in der Bauwirtschaft.

Die Veröffentlichung versteht sich als Erläuterung zum Verordnungstext und konzentriert sich auf besonders erklärungsbedürftige Sachverhalte. Der vollständige Verordnungstext sollte beim Lesen der Broschüre hinzugezogen werden.

Bezugsquelle: Die Broschüre „Berufsausbildung in der Bauwirtschaft“ ist zum Preis von DM 5,00 zu beziehen beim W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Postfach 100633, 33506 Bielefeld, Tel. (05 21) 9 11 01-0 Fax: (05 21) 9 11 01-79

## Senioren

### Steuerreform 2000 – eine Wunderkerze?

Lachend verkündeten Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundesfinanzminister Hans Eichel kurz vor Heiligabend 1999 in Berlin medienwirksam im Blitzlichtgewitter der Presseleute und Journalisten ihr Weihnachtsgeschenk an die Republik: 70 Milliarden D-Mark Steuerentlastung im bisher größten Steuerreformwerk in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland!

Ähnliches hörten wir doch schon einmal? Die Akteure hiessen damals Kohl und Waigel. Die Versprechen verpufften wie eine Wunderkerze am Christbaum, danach war es wieder dunkel in der Steuerlandschaft. Warten wir also ab, was die neuen Steuerversprechungen wirklich bringen.

Bei dieser Gelegenheit stösst uns Pensionären die seit mehr als 20 Jahren (!) zum Nachteil der Beamtenversorgungs-Empfänger bestehende Diskrepanz zwischen Renten- und Pensionsbesteuerung heftig auf = X Y ungelöst!

Das mutige Finanzgericht Münster hat nun erneut an das Bundesverfassungsgericht appelliert, diesem verfassungswidrigen Zustand ein rasches Ende zu bereiten und vom Gesetzgeber die wiederholt angemahnte Neuregelung dieses Komplexes ohne weiteres Taktieren zu verlangen. Der Sachverhalt ist wohl eindeutig: Der steuerfreie Raum ist in der Zeit von 1965 bis 1996 bei Rentnern (alleinstehend) von 29936 DM auf 62 103 DM bzw. 58 861 DM auf 109 874 DM (Rentnerhepaar) gewachsen, bei Beamtenpensionären (alleinstehend dagegen) von 15 452 DM auf 22 418 DM bzw. von 29 984 DM auf 36 836 DM (Pensionärsepaar).

Es bleibt abzuwarten, ob das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2000 endlich tätig wird und dem Gesetzgeber Dampf macht für eine verfassungskonforme, gerechte Lösung dieses ungunstigen und ärgerlichen Zustandes. Aber wer interessiert sich schon dafür, ausser uns, die einst den Treue-Eid geleistet haben? *Winfried Teige*

## Personalien

**Min.Dirig. Herbert Pascher zum 60. Geburtstag:**

### *Jurist mit Hang zum Pädagogischen*



Im Januar feierte Min.Dirig. Herbert Pascher seinen sechzigsten Geburtstag. Der Jubilar ist seit gut 10 Jahren Leiter der Abteilung „Berufliche Schulen“ im Bayerischen Kultusministerium und als solcher erster Ansprechpartner für die Vorstandsetage des VLB.

Wer so viele Begegnungen mit Pascher hatte wie unsere Verbandsspitze, wer so viele Gespräche mit ihm geführt hat, vermag ein zuverlässiges Urteil abzugeben über den Mann, der vielerlei Entscheidungen in Sachen berufliche Bildung zu treffen und gleichzeitig die Weichen für Innovatives in diesem Bereich zu stellen hat.

Weitblick, eine von Grund auf positive Lebenseinstellung, Kontaktfreudigkeit, Offenheit insbesondere allen Anliegen der beruflichen Bildung gegenüber, eine hohe juristische Kompetenz, aber auch einen feinen Sinn für das Pädagogische, eine tolerante Art im Umgang, dies alles schätzen seine Gesprächspartner an ihm.

„Bei dieser Gelegenheit möchte ich es nicht versäumen zum Ausdruck zu bringen“, schrieb der VLB-Landesvorsitzende in seiner Glückwunschadresse an Pascher, „dass wir – die Lehrer an beruflichen Schulen im Lande – uns glücklich schätzen, in Ihnen einen so angenehmen und den

Fragen der beruflichen Bildung gegenüber so aufgeschlossenen Gesprächspartner im hohen Hause am Salvatorplatz zu haben“.

Pascher setzte sich in der jüngsten Vergangenheit sehr stark für die Neustrukturierung der „beruflichen Oberstufe“ ein. Er initiierte 1990 einen Modellversuch, der schließlich zu einer einheitlichen Konzeption und deren Festschreibung im BayEUG (1997) führte. Bekanntlich wurde diese Veränderung der bayerischen Schullandschaft vor allem in Kollegenkreisen stark kontrovers diskutiert, und die Zeit ist vielleicht noch nicht reif für ein endgültiges Urteil über diese Veränderung.

Die innere Weiterentwicklung beruflicher Schulen, die vermehrte Delegation von Entscheidungskompetenz nach unten (u. a. die Beteiligung der Schulen bei Neueinstellungen von Lehrern), die Verbesserung der Organisationsstrukturen der Schulen oder das Faktorenverfahren für die Lehrerbedarfsberechnung sind nur einige Aspekte seines Wirkens an der Spitze der Abteilung.

Ogleich Jurist, gilt Pascher als entscheidender Impulsgeber auch in pädagogisch-didaktischen Fragen: der fächerübergreifende Unterricht oder die neuen Lehrpläne mit ihren Lernfeldstrukturen sind z. B. Innovationen, die es ihm angetan haben.

Besonders kämpferisch zeigte er sich, als es in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre darum ging, die Position der Berufsschule der Wirtschaft gegenüber zu behaupten. Wir erinnern uns mit Unbehagen der Töne aus dem damaligen Bonner Bildungsministerium, die da lauteten: „Der zweite Berufsschultag muss weg“. Der VLB und die Jugend im Beruf, sie hatten in Min.Dirig. Pascher einen zuverlässigen Anwalt in dieser kritischen Phase.

Pascher ist Oberbayer, schrieb 1960 in Ingolstadt sein Abitur und studierte in München Rechtswissenschaften. 1965 legte er das erste Staatsexamen ab und trat nach dem Referendariat 1968 bei der Regierung von Oberbayern in den Staatsdienst. Ganze drei Monate später folgte die Versetzung ans Kultusministerium mit Einsatz sowohl in der Volksschul-

abteilung als auch in der Realschul- und Gymnasialabteilung. Zwischenzeitlich war er beurlaubt für eine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landtag.

1976 kehrte er als Leiter des Rechtsreferats für Fachoberschulen, Berufsoberschulen und Schulbau-richtlinien ans Kultusministerium zurück. 1980 übernahm er das Rechtsreferat für die Berufsschulen, Berufsschulorganisation, gewerbliche und kaufmännische Berufsfachschulen, Fachschulen und Fachakademien und Lehrerbildung.

1986 schließlich wurde er stellvertretender Abteilungsleiter "Berufliche Schulen" und nur drei Jahre später Chef der Abteilung.

Der VLB wünscht Min.Dirig. Herbert Pascher nicht nur für das nächste Lebensjahr, sondern für seine ganze Zukunft alles Gute, vor allem eine weiterhin stabile Gesundheit. Er wünscht dem Jubilar aber auch beruflichen Erfolg wie bisher sowie noch viele gute Begegnungen mit der Standsvertretung der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern. *pth*

## Joseph Bogner 60 – statt einer Laudatio

Mitgliederversammlung, Delegiertensitzung, Arbeitstagung – der Vorstand blickt in die Runde. Ist er da? Ja – na dann kann nichts mehr schief gehen! Wir versuchen einmal dieses Gefühl zu beschreiben, wenn Joseph Bogner im Publikum sitzt, meist eher im Hintergrund: Der BV München fühlt sich natürlich geehrt durch die Anwesenheit des Kultusministeriums (man kann dann manche Anregungen und Fragen ganz direkt weiter- oder ableiten) – aber es ist mehr und eigentlich völlig unabhängig von seiner Stellung oder überhaupt von seiner Zugehörigkeit zum Kultusministerium. Es wäre genau so, wenn er als Lehrer, als Personalvertreter, als Schulleiter der Derostraße, als Experte für Dienst- und Besoldungsrecht anwesend wäre. Joseph Bogner bleibt Joseph Bogner – charmant, herzlich und – wie man in Bayern sagt – hinterkünftig. So hinterkünftig, dass man über sei-



ne Aussagen und Antworten doch länger grübeln muss – oder soll? Vielleicht waren es neben seiner unbestreitbaren Fach- und Sachkompetenz auch diese Eigenschaften, die den damaligen Kultusminister dazu bewogen haben, einmal einen „gstandenen“ Schulleiter in sein Ministerium zu berufen – noch dazu einen aus München. Normalerweise verläuft der Weg ja etwas anders – man kommt als Schulleiter aus dem Kultusministerium heraus – „gstandn“ oder nicht.

Einen Vorteil der Verbandsarbeit möchten wir bei dieser Gelegenheit einfach mal anbringen: Man lernt viele Leute kennen. Joseph Bogner mag das vielleicht beruflich genutzt haben, eindeutig bewiesen ist das aber für sein Privatleben. Auch das war wieder einfach nur hinterkünftig von ihm – plötzlich hieß die damalige Bezirksvorsitzende des BV München Inge Bogner.

Sollte der Jubilar auch noch so kokettieren mit seiner Pensionierung, seinem Rückzug aus dem Tagesgeschäft – in 10, 20 oder 30 Jahren wird eine Bezirksvorsitzende/ein Bezirksvorsitzender in die Runde blicken, ihn sehen und erleichtert die Sitzung eröffnen. Joseph Bogner ist da, charmant, herzlich, kompetent und – hinterkünftig!

*Monika Monat*

## Zum Gedenken an einen Pionier im VLB – Georg Köttner

Am Freitag, den 17. Dezember 1999 verstarb kurz vor seinem 93. Geburtstag Georg Köttner, Grün-

dungsmitglied und Ehrenmitglied in unserem Verband. Köttner hat wie nur wenig andere die ersten Jahrzehnte unseres Verbandes geprägt und so sei es mir erlaubt einige wenige Stationen dieser gemeinsamen Geschichte zu erwähnen.

Georg Köttner wurde am 24. Dezember 1906 in Nürnberg geboren – ein besonderes Datum für einen besonderen Menschen. Er hat damit in seinem Leben von seiner Kindheit im Kaiserreich, über die Jugend in der Weimarer Republik, dem dritten Reich und unserer jetzigen Bundesrepublik die gesamte jüngere deutsche Geschichte selbst miterlebt.

Es war wohl das schreckliche Ende der Hitlerdiktatur, das durch seine gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen, Georg Köttner zum landwirtschaftlichen Lehrberuf gebracht hat – eine Entscheidung die sich im Nachhinein betrachtet als Glücksfall erwiesen hat. Als einer der ersten landwirtschaftlichen Berufsschullehrer trat er 1948 den Dienst an. Sein schulisches Wirkungsgebiet war Mittelfranken, besonders der Landkreis Ansbach. Hier wurde auf seine Initiative hin eine der ersten landwirtschaftlichen Berufsschulen gebaut, hier wirkte er zuletzt als Schulleiter, bevor er 1972 in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Auf der noch vorhandenen Karte unserer Mitgliederkartei steht bei Georg Köttner als Eintrittsdatum nur „seit Gründung“. In der Tat war er es, der bereits während seiner Studienzeit die Notwendigkeit eines Berufsverbandes im Interesse der Lehrer aber natürlich auch im Interesse des gesamten beruflichen Schulwesens erkannte. Er war es, der 1948 die Gründungsversammlung des damaligen Verbandes bayerischer Landwirtschaftslehrer – des Vorgängers des heutigen Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern – organisierte. Von 1948 bis 1950 war er Bezirksvorsitzender des Verbandes in Mittelfranken und anschließend von 1950 bis 1980 als Kassier Mitglied im Landesvorstand. Kein anderes Mitglied in unserem Verband hat über so lange Zeit so unwidersprochen und mit



1998 bei der Jubelfeier in Triesdorf: Georg Köttner nimmt die Urkunde für 50jährige Verbandstreue aus der Hand des Landesvorsitzenden entgegen.

so großer Zustimmung ein Führungsamt ausgeübt. Seine Kasensbücher können hinsichtlich Genauigkeit, Sorgfalt und Sauberkeit auch heute noch als Vorbild dienen.

Ich stütze mich auf Zeitzeugen, wenn ich – als Garant für Harmonie und kollegiales Miteinander unter den Lehrkräften – die Kompromisfähigkeit und den Humor von Köttner erwähne. Diesen Eigenschaften, verbunden mit einem außergewöhnlichen Organisationsvermögen und auch der notwendigen Zähigkeit bei der Verfolgung gesteckter Ziele hat unser Verband viel zu verdanken. Die Ehrenmitgliedschaft unseres Verbandes, die Georg Köttner 1980 erhielt, konnte dafür nur eine kleine symbolische Anerkennung sein.

Ein Rückblick auf Jahrzehnte kann an dieser Stelle nur unvollkommen sein. Gerne noch denke ich an den September im letzten Jahr in Triesdorf zurück, wo wir den 50. Jahrestag der Gründung des Verbandes bayerischer Landwirtschaftslehrer feiern konnten – Georg Köttner damals als Gründungsmitglied geehrt haben – uns er selbst in einer seiner typischen Reden, voll Witz, Lebenserfahrung und Begeisterung, die ersten Jahre unseres Verbandes aufgezeigt hat.

Die Trauer über den Tod unseres Ehrenmitglieds und das Nachdenken über seine Leistungen machen deutlich, wie dankbar wir alle sein können, dass wir ihn als Freund und Kollegen gehabt haben.

*Horst Lochner*

## Wir gratulieren im Februar zum ...

### ... 80. Geburtstag

**Schuberth, Marianne**, 15.02.  
91054 Erlangen, KV Mfr.-Nord  
**Palzer, Anna**, 17.02.  
83471 Berchtesgaden, KV Traunstein/BGL

### ... 75. Geburtstag

**Weiss, Oscar**, 04.02.  
82266 Inning, KV Obb.-Nordwest  
**Leiter, Erich**, 13.02.  
83024 Rosenheim, KV Rosenh.-Miesb.  
**Schlittenbauer, Alfons**, 17.02.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

### ... 70. Geburtstag

**Reinhold, Ernst**, 01.02.  
83278 Traunstein, KV Traunstein/BGL  
**Hermann, Hans-Günter**, 13.02.  
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest  
**Bock, Gerda**, 15.02.  
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest  
**Schnellbögl, Josef**, 19.02.  
93426 Roding, KV Cham  
**Einfalt, Stephanie**, 21.02.  
86720 Nördlingen, KV Nordschwaben  
**Hartmann, Rolf**, 23.02.  
80803 München, BV München

### ... 65. Geburtstag

**Fischer, Josef**, 09.02.  
83377 Vachendorf, KV Traunstein/BGL  
**Stock, Friedrich**, 09.02.  
83661 Lengries, KV Obb.-Südwest  
**Koch, Günter**, 19.02.  
91710 Gunzenhausen, KV Mfr.-Süd  
**Rößler, Wolf**, 25.02.  
95643 Tirschenreuth, KV Opf.-Nord  
**Kurzbach, Klaus**, 26.02.  
94469 Deggendorf, KV Donauwald  
**Gilch, Matthias**, 27.02.  
92522 Ansbach, KV Mfr.-Süd

### ... 60. Geburtstag

**Kron, Astrid**, 01.02.  
97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön  
**Krahmer, Hans**, 03.02.  
91477 Markt Bibart, KV Mfr.-Nord  
**Kohl, Franz-Josef**, 05.02.  
63741 Aschaffenburg, KV Untermain  
**Kunz, Friedbert**, 05.02.  
63820 Elsenfeld, KV Untermain  
**Seebauer, Karl**, 07.02.  
83043 Bad Aibling, KV Rosenh.-Miesb.  
**Bauer, Helmut**, 12.02.  
86609, Donauwörth, KV Nordschw.  
**Ruther, Erich**, 12.02.  
87653 Eggenenthal, KV Allgäu  
**Ackermann, Erwin**, 18.02.  
92364 Deining, KV Neumarkt  
**Hahn, Günter**, 18.02.  
97525 Schwebheim, KV Main-Rhön  
**Schambach, Peter**, 18.02.  
81929 München, BV München

**Schmitt, Hubert**, 18.02.  
80337 München, BV München  
**Müller, Erich**, 22.02.  
97456 Dittelbrunn, KV Main-Rhön  
**Engelhardt, Robert**, 24.02.  
97816 Lohr, KV Würzburg  
**Kummer, Sigrid**, 24.02.  
86163 Augsburg, KV Augsburg  
**Kinzler, Renate**, 25.02.  
93049 Regensburg, KV Landshut  
**Helm, Reiner**, 26.02.  
91207 Lauf, KV Mfr.-Nord  
**Albrecht, Günther**, 29.02.  
82024 Taufkirchen, BV München

## In den Ruhestand sind gegangen ...

**Prankel, Marianne** (KV Mfr.-Süd)  
**Wengert, Udo** (KV Mfr.-Nord)  
**Botzlar, Renate** (KV Ndb.-Ost)  
**Krumm, Gerhard** (KV Nordschwaben)  
**Frisch, Ingrid** (KV Nordschwaben)  
**Heid, Marianne** (KV Traunstein/BGD)  
**Namberger, Ludwig** (KV Traunstein/BGD)  
**Kreupl, Helmut** (KV Mfr.-Nord)  
**Berger, Gottfried** (KV Würzburg)  
**Wittmann, Richilt** (KV Cham)  
**Blaschke, Karl** (BV München)

## Wir trauern um ...

**Köttner, Georg** (92), (KV Mfr.-Süd)  
**Diertl, Werner** (30), (KV Opf.-Nord)

## In eigener Sache

Erstmals wird VLB akzente in diesem Kalenderjahr in 10 Ausgaben erscheinen. Verlag und Redaktion haben sich entschlossen zum Zweck der Informations-Strafung neben der bisherigen Doppelnummer 8/9 die Monate März/April zusammenzufassen.

Die Maßnahme läuft zunächst versuchsweise. Wenn sie sich als gangbar erweist, kann sie für die Zukunft festgeschrieben werden. *-red-*

Stadt Nürnberg

**WIR MACHEN SCHULE!**

Wir suchen zum Schuljahr 2000/2001

**Lehrkräfte  
für das Höhere Lehramt  
an beruflichen Schulen**

– mit der Anstellungsprüfung (2. Staatsprüfung) in den gewerblichen Fachrichtungen

- Bautechnik (Schwerpunkte Bau sowie Maler und Lackierer, hierbei erfolgt der Einsatz auch an der Fachschule für das Maler- und Lackiererhandwerk)
- Elektrotechnik
- Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaften (Schwerpunkt Nahrung)
- Metalltechnik (auch für den Bereich Augenoptik)

– mit der Anstellungsprüfung (2. Staatsprüfung) in der Fachrichtung Wirtschaftswissenschaften (Diplom-Handelslehrerinnen/-lehrer möglichst mit dem Zweifach Deutsch oder Englisch)

sowie

**Fachlehrerinnen/Fachlehrer  
für Schreibtechnik  
an beruflichen Schulen**

die mit Können und Engagement helfen, die Qualität der schulischen Ausbildung in Nürnberg zu sichern.

Sie werden im Angestelltenverhältnis, bei Vorliegen der Voraussetzungen im Beamtenverhältnis beschäftigt.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen innerhalb von 4 Wochen an

**Stadt Nürnberg, Personalamt,  
90317 Nürnberg**

Für eine erste Kontaktaufnahme stehen wir Ihnen unter Telefon (09 11/2 31-25 18) gerne zur Verfügung.

Der Frauenförderplan ist Bestandteil unserer Personalarbeit. Bewerbungen von Frauen sind deshalb besonders erwünscht. Die Stadt Nürnberg bemüht sich, Teilzeitwünsche zu berücksichtigen. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Befähigung vorrangig berücksichtigt

<http://www.nuernberg.de>

**Nürnberg**

**VLB-Sport**

**Fußball-Turnier**

**um die Unterfränkische Meisterschaft 2000  
der Lehrer an beruflichen Schulen**

Austragungszeitraum  
2. Mai bis 5. Juni 2000  
Anmeldung bis spätestens  
10. April 2000

Walter Wagner / Karl-Heinz Dotzler  
Franz-Oberthür-Schule Würzburg  
Tel. 09 31 / 7 95 30  
Fax 09 31 / 7 95 31 13

**Volleyball-Turnier**

**um die Unterfränkische Meisterschaft 2000  
der Lehrer an beruflichen Schulen**

am 31. März 2000  
in Bad Kissingen.  
Eine Frauenquote ist bei  
diesem Turnier nicht  
zwingend vorgeschrieben

umgehende Anmeldung bei  
Thomas Oschmann  
an der Staatl. Berufsschule  
Bad Kissingen  
Tel. 09 71 / 7 20 6 1 8

Anregungen für die Durchführung von Turnieren für andere Sportarten nehmen wir gerne entgegen!

**Termine**

**BV – Unterfranken**

**Pfingstreise des BV Unterfranken  
in die AUVERGNE  
vom 10.06. bis 18.06.2000**

Besuch der Regionen *Allier, Haute-Loire, und Puy-de-Dome*

Die Fahrt zu einer Auswahl der schönsten romanischen Kirchen, wie z. B. in Clermont-Ferrand, Billom, Brioude, Ennezat, Issoire, Mozac, Orcival, St.-Saturnin, St.-Nectaire, Le Puy... führt uns durch die größte Vulkanlandschaft Europas mit ihrer einzigartigen Schönheit.

Leistungen: Fahrt im Fernreisebus mit Bordverpflegung  
Übernachtung mit Halbpension in \*\*\* Hotels  
Clermont-Ferrand (5x), Le Puy (2x), Beaune (1x)  
Alle Eintritte des Besichtigungsprogramms  
Sicherungsschein  
Reiseleitung durch Kollegen Gottfried Berger

Mindestteilnehmerzahl: 30 Personen

Reisepreis: pro Person im Doppelzimmer: DM 1 650,-  
Einzelzimmerzuschlag DM 448,-

Fordern Sie bitte Anmeldeunterlagen an bei:  
Omnibusreisen Renate Schickram Tel.: 09 72 1/6 19 46  
Richard-Strauß-Straße 2, 97469 Gochsheim Fax: 09 72 1/63 01 36

## Nachrichtliches

### Aufgaben der Schulleitung in Zukunft

#### Gesellschaftliche Veränderungen im Blickpunkt des Bamberger Symposiums

270 Teilnehmer/innen aus dem In- und Ausland hatten sich in Bamberg versammelt, um auf dem IV. Schulleitersymposium – einer Gemeinschaftsveranstaltung der Akademie Dillingen und der Universität Bamberg – gesellschaftliche Umbrüche und ihre Auswirkungen auf Schule und Schulleitung zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen Vorträge über Schulleitung und Probleme im Umfeld, wie z. B. Gewalt und Verhaltensmuster unter Lehrkräften. In Workshops und Diskussionsgruppen wurden Anforderungen an eine moderne Schulorganisation und Aussagen zum Führungshandeln analysiert. Erfreulich war die Anwesenheit vieler bayerischer Schulleiter/innen, die diese Veranstaltung als Basis für Reflexion und Fortbildung nutzten.

Untrennbar sind die Namen von Prof. Heinz Rosenbusch und Akademiedirektor Ludwig Häring mit dieser Veranstaltung verbunden: Beide legten 1988 den Grundstein für dieses Symposium. Sie betonten erneut die Bedeutung des Leitungsamtes für die Einzelschule: Schulleiter/innen können alles ermöglichen, aber auch alles verhindern! Deshalb organisiere die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung, auf deren Umbenennung Ludwig Häring besonders verwies, Orientierungs- und Qualifizierungskurse.

Zahl und Art der Aufgaben nähmen derart zu, dass die Art der Auswahl von Führungskräften ein immer größeres Gewicht erhalte. Rosenbusch wies Schulleiter/inne/n eine eigene Berufsrolle zu und forderte auch dazu auf, mit Studienanfängern für das Lehramt obligatorische Beratungsgespräche zu führen und Schulentwicklung zum Baustein im Studium zu machen.

Auf die Vorbildrolle des Schulleiters, der selbst zu lernen bereit ist und Erfolge anderen überlassen könne, verwies Prof. Herbert Altrichter (Linz). Er demonstrierte anhand eines Fallbeispiels an-

schaulich, welche sensible Rolle der Schulleiter einnehmen und wie schwankend Schulentwicklung verlaufen könne.

Prof. Eckart Liebau, Erlangen-Nürnberg, forderte dazu auf, Armut unter Schüler/inne/n und den sozialpädagogischen Handlungsbedarf zu thematisieren. Prof. Wolfgang Melzer, Dresden, hatte 3000 sächsische Schüler/inne/n und Lehrkräfte befragt und beleuchtete das Thema „Gewalt an Schulen“; Dr. Elisabeth Schlemmer, Bamberg, kam aufgrund ihrer Umfrage zum Freizeitverhalten von Schüler/inne/n zu dem Schluss, dass es – je nach Familienform – Unterschiede in der Erwartungshaltung gegenüber Betreuungsangeboten gebe. Prof. Edith Glumpler, Dortmund, erinnerte an die Integrationsleistungen der Schulen in den vergangenen Jahrzehnten, wies auf vorbildliche Projekte hin und zeigte Herausforderungen durch die Vielfalt der Kulturen auf. Dr. Heike Ackermann, Bamberg, ging der Frage nach, was Schulen zur Qualitätssteigerung leisten könnten.

Große Resonanz erzielte Dr. Helga Arold, Potsdam, mit ihrem Hinweis auf 4 typische Verhaltens- und Erlebensmuster unter Lehrkräften. Dabei stellte sie fest, dass es Schulleiter/innen in allen von ihr untersuchten Bundesländern zu gut einem Drittel mit dem sog. B-Muster zu tun hätten, das durch verminderte Belastbarkeit und negatives Lebensgefühl hervortrete. Der G-Typ mit hohem beruflichen Engagement und ausgeprägter Widerstandsfähigkeit gegenüber Belastungen nehme einen geringen Anteil (ca. 25 Prozent) ein und halte sich mit dem S-Typ (ausgeprägte Schonungstendenz gegenüber beruflichen Anforderungen und hohe Zufriedenheit) die Waage.

Höhepunkte der Veranstaltung waren die Abschluss-Statements von 4 Referent/inn/en mit anschließenden Gruppendiskussionen. Dr. Jochen Wissinger, Osnabrück, nannte das Schulprogramm das zentrale Instrument, das Verständigung über Ziele notwendig mache. Dipl. Psych. Simone Schumacher, Qualitätsbeauftragte der Deutschen Bank AG, gab zu bedenken, dass Wandel nie ohne den Menschen, sondern nur mit ihm möglich sei, wobei Schwierigkeiten aufträten. So falle manche Führungskraft in alte Rollenmuster zurück oder sei schwer

zu motivieren, da sie wegen Fachlichkeit und nicht wegen Führungsqualitäten aufgerückt sei. Dr. Annette Scheunpflug, Hamburg, die den Zugang zur Organisationsentwicklung aus den Biowissenschaften gewann, betonte, dass Reformen nicht direkt bewirkbar seien und immer auf alten Strukturen aufbauten, Entwicklung sich aber beeinflussen lasse – auch unter erschwerenden Faktoren wie Zufall, Verschwendung und Egoismus. Dr. Peter Schettgen, Augsburg, sah in der Kommunikation und in der Einbeziehung von Gefühlen und Stimmungen geeignete Mittel, um die Bereitschaft zum Wandel zu erhöhen. Führung bedeute, eine Langzeitwirkung mit anderen durch andere zu erzielen, was sowohl den Missions- als auch den Visionscharakter unterstreiche.

Workshops, auch unter Leitung von Dozent/inn/en der Akademie, u. a. zu den Themen Schulentwicklung, Konfliktlösung, Teamentwicklung und Schullinterne Lehrerfortbildung fanden große Resonanz und gaben Impulse zum Einstieg und zur Durchführung von Schulentwicklung.

Eines wurde deutlich: Schulleiter/innen müssen selbst bereit zum Lernen sein. Eine ihrer kommunikativen Hauptaufgaben ist es, die zentrale Verbindung zwischen Teams an ihrer Schule herzustellen. Das ist nur möglich über Offenheit und in einem Klima des Vertrauens. Hergestellt werden kann es über Authentizität im Handeln.

Das nächste Symposium findet in zwei Jahren statt. Diese Veranstaltung ist zu einem festen Bestandteil des Erfahrungsaustausches über Schulleitung geworden und hat sich über die Grenzen Bayerns und Deutschlands in der Fachwelt etabliert: Sie ist zu einem Orientierungsrahmen für zeitgemäße Schulleitung geworden. Die Programmbroschüre der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung weist im entsprechenden Halbjahr dazu weitere Einzelheiten aus. *ALP*

### Neuer KMK-Präsident will Lehrer in Betriebe schicken

Der neue Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Bremens Bildungssektor Willi Lemke (SPD), will die Lehrer künftig auch in die Betriebe schicken.

„Niemand kann gut über eine Welt informieren, die er nicht kennt“, sagte Lemke.

Für Lehrkräfte müsse es künftig „mehr als bisher selbstverständlich werden, eigene Erfahrungen mit der Arbeitswelt außerhalb ihres Arbeitsplatzes Schule zu machen“. Und dies gelte nicht nur für die Lehrer im beruflichen Schulwesen. Er denke dabei insbesondere an die Pädagogen, „die den Schulabsolventen von morgen einen Eindruck von der zukünftigen realen Arbeitswelt vermitteln müssen“.

Dazu gehöre auch, die Kooperation zwischen Schulen und externen Partnern zu stärken. „Es muss auch nicht unbedingt ein Lehrer sein, der die Tücken des Bewerbungsgesprächs mit den Schülern bespricht, warum nicht mal ein Personalchef, warum nicht mal ein Auszubildender, der solche Gespräche gerade erfolgreich hinter sich gebracht hat?“, fragte Lemke.

Die Kultusministerkonferenz der Länder sollte sich nach den Vorstellungen Lemkes in der föderalen Bundesrepublik mehr als eine „Zukunftswerkstatt für Bildung“ begreifen, in der die Kernfragen der Entwicklung des Bildungs- und Ausbildungssystems aufgegriffen werden. Die Kultusminister müssten die Themen besetzen, „auch dann, wenn nicht unbedingt eine neue KMK-Vereinbarung oder eine gemeinsame Beschlussfassung erforderlich ist“.

Lemke: „Themen besetzen heißt für mich die ‚Botschaft‘ auch deshalb, weil es der Kultusministerkonferenz wesentlich darum gehen muss, innovative Entwicklungen in den Ländern für einen gemeinsamen Lern- und Innovationsprozess aufzuarbeiten und zu nutzen. Wenn wir offen unsere Probleme benennen und sie nicht dem jeweils anderen bildungspolitischen ‚Lager‘ zuschieben, wenn wir gemeinsam in einen konstruktiven Wettbewerb um die besten Lösungen eintreten, ohne jeweils immer überzeugt zu sein, dass wir im eigenen Land die beste Lösung schon kennen, dann könnte die Kultusministerkonferenz sich auch als eine ‚lernende Organisation‘ erweisen.“

Der neue KMK-Präsident erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die Kultusminister sich schon oft bemüht hätten, bei ihrer Arbeit die Sichtweise von wissenschaftlichen Experten und

Interessenverbänden einzubeziehen. Dabei verwies er auf die „schwierigen Beratungen“ zur Reform der gymnasialen Oberstufe, auf den Abschlussbericht der ‚Gemischten Kommission‘ zur Reform der Lehrerbildung und die Diskussionen über Qualitätssicherung und Leistungsmessung in der Schule. *dpa*

### Lemke: Lehrern mehr Mut zum pädagogischen Engagement machen

Lemke sagte, er wolle das Image der rund 700 000 Lehrer in Deutschland verbessern und ihnen „mehr Mut zum pädagogischen Engagement“ machen. „Viele Lehrer machen einen guten Job, und unter den heutigen Bedingungen ist das nicht einfach“. Er habe „großen Respekt vor der pädagogischen Leistung“. Man könne von Pädagogen nicht gute Arbeit verlangen „und ihnen gleichzeitig dauernd um die Ohren hauen, was sie alles nicht tun.“

Die Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen hätten sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert, sagte Lemke. Lehrer müssten sich mit dem Gewaltphänomen auseinandersetzen, also auch immer mehr als Sozialarbeiter und Ersatz-Erzieher einspringen. Er habe bei seinen Schulbesuchen engagierte Lehrer getroffen, die einzelne Schüler „sogar inzwischen von zu Hause abholen, damit sie den Hauptschulabschluss nicht verpassen“.

Viel mehr Kinder als früher kämen morgens schlecht versorgt zur Schule, sagte Lemke weiter. Es seien mehr Kinder geworden, die von ihren Eltern morgens nicht geweckt würden oder Frühstück bekämen. Bei seinen Schulbesuchen seien ihm sogar Kinder begegnet, „die mit eingekoteten Hosen herumliegen“.

In der Gesellschaft wie in der Politik fehle es oft am Respekt gegenüber der Arbeitsleistung der Pädagogen, meinte Lemke weiter. Die Bildungsforschung belege deutlich, dass die Berufszufriedenheit und die Motivation der Lehrkräfte „entscheidend für ein positives Schul- und Lernklima“ seien. *dpa*

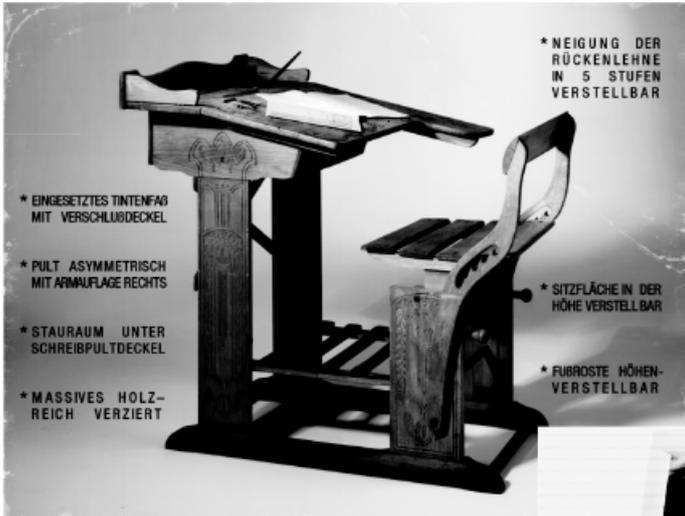
### Betriebe erwarten von ihren kaufmännischen Azubis PC-Kenntnisse

Fast alle mittelständischen Betriebe erwarten von ihren kaufmännischen Lehrlingen PC-Kenntnisse. Rund 80 Prozent der Firmen erwarten von den kaufmännischen Azubis, dass sie sich mit Textverarbeitungsprogrammen auskennen, zwei Drittel halten den Umgang mit Kalkulationsprogrammen für wichtig oder sehr wichtig. Die Betriebe gingen in der Regel nicht davon aus, dass sich ausgesprochene Computerfreaks bei ihnen bewerben, doch immerhin fast jede zweite Firma überprüfe die Kenntnisse der Bewerber bei den Vorstellungsgesprächen. *dpa*

#### Autorenverzeichnis:

Dirrigl, Werner	Michelsgrundweg 19, 97702 Münnerstadt, Tel.: (0 97 33) 72 00
Eisele, Josef	Am Heidenbruch 13 a, 81375 München, Tel.: (0 89) 70 50 33
Greubel, Manfred	VLB-Referent für Dienstrecht Händelstr. 25, 90571 Schwaig, Tel.: (09 11) 50 00 41
Dr. Hermann, Klaus	Deiningerg Weg, 92318 Neumarkt i. d. Opf., Tel.: (0 91 81) 48 03 - 0
Dr. Hummelsberger, Siegfried	Franz-Krinninger-Weg 2, 85604 Zorneding, Tel.: (0 81 06) 2 00 70
Teige, Winfried	Mittlerer Dallenbergweg 2, 97082 Würzburg
Sauerwein, Hermann	VLB-Landesvorsitzender, W.-v.-d.-Vogelweide-Str. 22, 97074 Würzburg, Tel.: (09 31) 7 84 77 25
Thomé, Hans-Wilhelm/ Sachsenröder, Thomas	Staatsministerium für Unterricht und Kultus Salvatorstr. 2, 80333 München, Tel.: (0 89) 21 86 - 25 23

## High Tech früher



## High Tech heute

# Computer für Schulen

und Bildungseinrichtungen-  
direkt von Siemens

Ansprechpartner für Schulen:  
Siemens AG  
PC-Werksvertrieb  
Schulvertrieb / Herr Uwe Tichi  
Bürgermeister-Ulrich-Str. 100  
86199 Augsburg

Tel. (08 21) 8 04 37 88  
Fax (08 21) 8 04 27 44

Besuch Sie unsere Internet-Seiten:  
<http://www.siemens.com/pc/angebot/angebot.htm>  
Hier finden Sie aktuelle Angebote für  
Schulen und Bildungseinrichtungen.  
Oder besuchen Sie unseren Online-Shop:  
<http://www.pc-werksverkauf.de>



**Siemens Computer Systems**  
Information meets Communication